

100 Jahre für soziale Gerechtigkeit



100 Jahre SoVD Hamburg

Eine Festschrift

100
Jahre **SoVD**
Sozialverband
Deutschland
Landesverband Hamburg

100 Jahre für soziale Gerechtigkeit
100 Jahre SoVD Hamburg
Eine Festschrift

**100 Jahre für
soziale Gerechtigkeit
100 Jahre SoVD Hamburg**

Eine Festschrift

www.sovd-hh.de

Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
Landesverband Hamburg
Pestalozzistraße 38
22305 Hamburg
Telefon: 040 / 611 607-0
eMail: info@sov-d-hh.de

V.i.S.d.P.: Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender SoVD Hamburg

Redaktion: Jan-Martin Bettich, SoVD Hamburg; Stefanie Illigen, SoVD Hamburg;
Christian Vogt, Historiker-Genossenschaft eG; Klaus Wicher, SoVD Hamburg;
Karin Wöhrmann, SoVD Hamburg

Gestaltung: Gerd Siebecke

Fotonachweise

Umschlagfoto: Bundestreffen der Deutschen Kriegssopfer »Treffen der Hunderttausend« vom 18. bis 20.6.1955 in Hamburg, hier vor dem Rathaus (SoVD-Archiv).

Die Fotos für die Grußworte und in den Teilen »Ich bin Mitglied im SoVD Hamburg, ...« sowie »Ich schätze die Arbeit des SoVD Hamburg, ...« wurden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren zur Verfügung gestellt (Aydan Özoğuz, S. 111: Bundesregierung/Denzel; Volker Enkerts, S. 116: Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister e.V.; Mareike Engels, S. 117: Helen Fischer)

S. 7: SoVD-Archiv; S. 32: Staatsarchiv Hamburg; S. 37: SoVD-Archiv; S. 41: SoVD-Archiv; S. 47: Website des Stadthaus-Hotel Altona; S. 51: SoVD-Archiv; S. 54: Thomas Reimer/Fotolia; S. 61: BK/Fotolia; S. 67: Kzenon/Fotolia; S. 68: oneinchpunch/Fotolia; S. 75: Jenny Sturm/Fotolia; S. 77: SoVD-Archiv; S. 80: SoVD-Archiv; S. 84: Dan Race/Fotolia; S. 86: Gina Sanders/Fotolia; S. 90: SoVD-Archiv; S. 96: SoVD-Archiv

Hamburg, Februar 2017

Inhalt

Klaus Wicher: Vorwort	7
-----------------------------	---

GRUSSWORTE

Olaf Scholz (Erster Bürgermeister)	11
Dr. Melanie Leonhard (Sozialsenatorin)	12
Kirsten Fehrs (Bischöfin)	13
Dr. Stefan Heße (Erzbischof)	15
Katja Karger (Vorsitzende DGB)	16
Jens Stappenbeck (Geschäftsführer AGFW)	18
Adolf Bauer (Präsident SoVD)	20
Thomas Ritzenhoff (Bezirksamtsleiter Wandsbek)	22
Wolfgang Siewert (Präsident Landessozialgericht)	24
Marianne Schulze (Präsidentin Sozialgericht)	26
Brita Schmidt-Tiedemann (Vorsitzende Landes-Seniorenbeirat)	28

HISTORIE

Sozialverband SoVD Hamburg – 100 Jahre Engagement für ein sozialeres und gerechteres Deutschland	32
1917–1932: Gründung, Aufbau und Entwicklung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik	33
Nach dem Krieg: Hamburg als Zentrum des Neuanfangs	37
Die 1950er, 1960er und 1970er Jahre – Wiederaufbau und Konsolidierung der Verbandsarbeit in der Ära Edward Reimer	39
Die 80er Jahre – Der gute Hamburger Weg – erfolgreich trotz Sparprogrammen	44
Die 90er Jahre – Der Verband zwischen Bundespolitik, Basisarbeit und innerer Restrukturierung	46
Der Landesverband Hamburg im neuen Jahrtausend	48

SOZIALPOLITIK

Der SoVD im Bund und in Hamburg als sozialpolitische Interessenvertretung:

Ziele, Forderungen und Aktivitäten 54

Für soziale Gerechtigkeit kämpfen 55/Für eine solidarische Gesellschaft 57/
Für einen inklusiven Arbeitsmarkt 58/Für eine leistungsfähige und solidarische
Krankenversicherung 61/Für eine würdevolle Pflege 65/Für soziale Sicherung im
Alter und bei Erwerbsminderung 67/Für Gleichstellung und Teilhabe behinderter
Menschen 73

Der Sozialverband SoVD in Hamburg 77

Hamburg: Eine Stadt für alle, eine menschliche Stadt 77/Armut und soziale Spal-
tung 78/Seniorinnen und Senioren mehr Aufmerksamkeit schenken 78/Langzeitar-
beitslose im öffentlichen Sektor qualifizieren und beschäftigen 79/Kinder, Jugend-
liche, Familien bedürfen besonderer Fürsorge 80/Krankenversorgung und Pflege:
nicht streichen, sondern ausbauen 81/Bezahlbare Wohnungen und lebenswerte
Stadtteile 82/Menschen mit Behinderung einbeziehen und fördern 83/Gleichstel-
lung von Frauen und Männern 85/Mobilität muss soziale Teilhabe ermöglichen 86/
Zukunft: sozialpolitisch einmischen und für mehr soziale Gerechtigkeit engagie-
ren 87/Verfügungsfonds des SoVD Hamburg 87/Der SoVD Hamburg heute 88

ALLES AUS EINER HAND

Leistungsspektrum des SoVD Hamburg 90

Der SoVD schützt vor den Folgen sozialer Härte 91/Der SoVD klärt auf und streitet
für Ansprüche 91/Das neue Rundum-Sorglos-Paket des SoVD Hamburg 92/
Mehr erleben, mehr erfahren, mehr erreichen mit dem SoVD Hamburg 95

GUTE GRÜNDE FÜR DEN SOVD HAMBURG

Katharina Fegebank: »Ich bin eingetreten und habe es bis heute nicht bereut« 100

Ich bin Mitglied im SoVD Hamburg, weil 102

Brigitte Krebelder/Dr. Matthias Bartke/Jan van Aken/Peter Deutschland/
Dr. Burchard Bösche/Inge Jefimov/Martin von Kampen/Sabine Boeddinghaus/
Marianne Neumann/Prof. Bernd Petri/Ursula Bracker-Juchem/Anja Szibalski/
Rosemarie Kotras/Günter Ramcke/Ernst M. Heilmann/Gabriele Greguhn/Regina Jäck

Ich schätze die Arbeit des SoVD Hamburg, weil 111

Johannes Köhn/Aydan Özoğuz/André Trepoll/Dirk Fischer/Dirk Heyden/
Ksenija Bekeris/Cansu Özdemir/Manuel Sarrazin/Sönke Fock/Michael Schröder/
Jürgen Klimke/Katja Suding/Dr. Andreas Dressel/Gudrun Nolte-Wacker/
Dr. Anjes Tjarks/Michael Edele/Marcus Weinberg/Volker Enkerts/Metin Hakverdi/
Axel Graßmann/Mareike Engels

Vorwort



Entwicklung und Wandlungen des Reichsbundes – jetzt Sozialverband Deutschland SoVD – sind eng verflochten mit den Veränderungen des gesellschaftlichen Umfeldes. Ihren Spuren nachzugehen bedeutet also, die »große« Geschichte im Kleinen aufzuspüren, eine Geschichte, die nicht nur im Gründungsjahr 1917 und in der Geschichte des Gesamtverbandes zu suchen ist, sondern auch in den Spuren, die sich in der wechselhaften Geschichte und Entwicklung des Verbandes in Hamburg finden.

Hamburger übernahmen schon in den Gründerjahren Verantwortung im Reichsbund und lenkten dessen Geschicke. So zum Beispiel Reinhold Schümann, der auf der 2. Reichsbundeskonzferenz im Mai 1920 zum ersten Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Besonders erwähnenswert ist, dass die Frauen und Männer im Reichsbund in sehr schwieriger Zeit großen Mut und Zivilcourage bewiesen, als sie sich im Herbst 1930 zur Demokratie bekannten und unter Aufgabe der politischen Neutralität dazu aufriefen, Hitler und die NSDAP nicht zu wählen.

Nach dem Krieg war Hamburg das Zentrum für den Neuanfang des Reichsbundes. Erste lokale Gründungen gab es in der Hamburger Innenstadt, im Rathaus in Altona, in Bergedorf-Lohbrügge oder etwa in Kirchwerder. Unser leider im Jahr 2016 verstorbene Walter Prass ge-

**Klaus Wicher ist
1. Landesvorsitzender des
Sozialverbands
Deutschland
e.V. (SoVD),
Landesverband
Hamburg**

hörte zu den Aktiven der damaligen Zeit. Viele selbstlose Helfer fanden sich insbesondere um Senator a.D. Paul Neumann, der 1917 den Reichsbund in Hamburg mitbegründet hatte. Zusammen mit Ernst Born, Vorsitzender des Reichsbundes Hamburg bis zu dessen Auflösung am 31. Mai 1933, war er der Hauptinitiator für die Wiedergründung des Reichsbundes in der Hansestadt. Kaum einer hat wie Edward Reimers, der dem Landesverband von 1950/51 bis 1977 vorstand, die Nachkriegszeit und ersten Entwicklungsjahrzehnte im Reichsbund mit geprägt, als es darum ging, die Verbandsorganisation im zerbombten Hamburg aufzubauen und die beherrschenden sozialpolitischen Aufgaben anzugehen, die sich für große Teile der Bevölkerung aus Flucht, Vertreibung, Wohnraummangel und mangelnder Fürsorge ergeben hatten.

Der Sozialverband Deutschland SoVD ist die Nachfolgeorganisation des Reichsbundes. In Hamburg ist der SoVD nunmehr der mit Abstand größte und leistungsfähigste Sozialverband, der im Jahre 2016 die Marke von 19.000 Mitgliedern überschritten hat.

Insofern wird die Stimme des SoVD gehört und seine sozialpolitischen Initiativen wahrgenommen. Im aktuellen Koalitionsvertrag von Rot/Grün finden sich folgerichtig auch zwei wesentliche Forderungen des SoVD wieder: Die aufsuchende Seniorenarbeit deutlich zu stärken und für 1.000 Langzeitarbeitslose sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen. In einem Leitantrag auf dem Landesverbandstag 2015 hat der Landesvorstand zudem wichtige Themen beschrieben. Hierzu gehören unter anderem:

- Armut bekämpfen und verhindern,
- Kürzungen bei den sozialen Leistungen verhindern,
- Sicherung einer unabhängigen Sozialberatung,
- Stärkung einer sozialen Wohnungspolitik und der Wohnungslosenhilfe,
- ein würdevolles Leben auch bei Pflegebedürftigkeit ermöglichen,
- der Ausbau gesundheitlicher Versorgung,
- den Seniorinnen und Senioren mehr Aufmerksamkeit schenken,
- den sozialen öffentlichen Personennahverkehr entwickeln,
- eine Arbeitsmarktpolitik für alle,
- Kinder und Jugendliche fördern.

Der SoVD hat sich in Hamburg zu einem modernen Sozialverband weiter entwickelt, der seinen Mitgliedern ein serviceorientiertes breites Dienstleistungsangebot anbieten kann. Engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben diesen Schritt ermöglicht. Hilfen für in Not geratene bedürftige Menschen können aus einem Verfügungsfond ge-

leistet werden, der sich aus Erbschaften speist. In vielen Einzelfällen konnten wir bereits unmittelbar in schwierigen Lebenslagen unbürokratisch Unterstützung leisten. In unseren Ortsverbänden findet kulturelles und geselliges Leben statt und das dank unserer vielen ehrenamtlich tätigen Mitglieder. Ein ganz besonderer Dank gilt unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ohne die vieles nicht möglich wäre.

Auch im Jubiläumsjahr werden wir unseren politischen Forderungen Nachdruck verleihen, politische und kulturelle Veranstaltungen durchführen und auch gemeinsam mit Freunden und politischen Wegbegleitern feiern. Wir möchten Danke sagen und werden das Jubiläumsjahr auch dazu nutzen.

Unser besonderes Engagement gilt Menschen mit Behinderung und wir werden besonders gelungene Integrationsprojekte auszeichnen.

Wir wollen den Sozialstaat stärken, um so vielen Menschen die Chance zur Teilhabe an der Gesellschaft überhaupt erst zu ermöglichen. Dafür sind wir aktiv und setzen unsere Kraft ein.



GRUSSWORTE



In den 100 Jahren seines Bestehens hat sich der Sozialverband Deutschland stets dafür eingesetzt, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten. Ein besonderes Augenmerk galt dabei immer den schwächeren und benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft. Denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können, war und ist für den SoVD vorrangige Aufgabe.

Die Geschichte des Verbandes ist auf vielfältige Weise mit der Sozialgeschichte unseres Landes verbunden. Im Interesse der Kriegsoffer, später der Menschen mit Behinderung, der benachteiligten Arbeitnehmer und der Rentner hat sich der Sozialverband mit zahlreichen Initiativen in die sozialpolitische Debatte eingebracht und dabei wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des Sozialstaats gegeben. Die mitgestaltende Kraft des SoVD wird etwa bei der Entwicklung des Behindertenrechts und des in seinen Leistungen beispielhaften Systems der Rehabilitation deutlich.

Ich gratuliere dem Sozialverband Deutschland zu seinem 100-jährigen Bestehen und wünsche mir, dass sich der SoVD weiterhin so erfolgreich engagiert.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'Olaf Scholz'.

**Olaf Scholz
ist Erster
Bürgermeister
der Freien und
Hansestadt
Hamburg**



Dr. Melanie Leonhard ist Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Die Geschichte des SoVD ist eng mit der deutschen Sozialgeschichte wie auch mit der Freien und Hansestadt Hamburg verknüpft. Nach dem zweiten Weltkrieg gründete sich der SoVD in Hamburg erneut und auch der erste Bundesverband hatte zunächst in Hamburg seinen Sitz. Heute ist der Landesverband Hamburg mit über 19.000 Mitgliedern der größte Stadtverband.

Der SoVD hat sich von Anfang an zum Ziel gesetzt, ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit durch sozialpolitische Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung zu erreichen. Einen Schwerpunkt legt der SoVD dabei auf die Schwächsten dieser Gesellschaft – seien es Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung, in der Arbeitswelt Benachteiligte oder die Älteren, die in der sich schnell wandelnden Gesellschaft mitkommen müssen.

Der SoVD ist eine feste Größe in unserer Gesellschaft. Sein Wirken wird besonders bei der Entwicklung des Behindertenrechts und des in seinen Leistungen beispielhaften Systems der Rehabilitation deutlich. Der SoVD hat hier die Debatte immer engagiert gestaltet.

Mit Blick auf die Fülle der Themen, die der SoVD bewegt, und sein Engagement, ist es mein Wunsch an den SoVD: Bleiben Sie am Ball, begleiten Sie die vielen Vorhaben und Herausforderungen dieser Stadt weiter mit. Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

Ihre

M. Leonhard



Hundert Jahre, das ist ein stolzes Alter. Und so gratuliere ich dem Sozialverband Deutschland ganz herzlich zu diesem besonderen Ehrentag, in einem Jahr, in dem wir als evangelische Kirche mit 500 Jahren Reformation selbst ein großes Jubiläum feiern. Kirche und Diakonie pflegen zahlreiche Kontakte mit dem SoVD. Uns verbindet der gemeinsame Einsatz für sozial Benachteiligte, für die Integration von Flüchtlingen und gegen Kinder- oder Altersarmut. Dass wir uns gegenseitig wahrnehmen und als Partner schätzen, war nicht immer so. Der Rückblick in das Jahr 1917 ist ein wenig beschwerlich für mich. Warum?

Es war eine Zeit voller Not und Elend. Der große Krieg, den man später den Ersten Weltkrieg nennen würde, ging in sein viertes Jahr. Schon viele hunderttausend Menschen waren ums Leben gekommen. Besonders der Stellungskrieg an der Westfront hatte sich zu einer gigantischen Zerstörungsmaschinerie entwickelt, die Körper und Seelen der Soldaten geradezu zermalmte und eine ganze Armee von Kriegsverehrten hinterließ. Blinde, Arm- und Beinamputierte, Männer mit völlig entstellten Gesichtern und traumatisierte »Kriegszitterer« prägten 1917 auch die Straßen Hamburgs. Die Kriegspropaganda suchte ihr Schicksal zu verharmlosen, gar zu verschweigen. Dem setzten Betroffene eine Selbstorganisation entgegen: Im Mai gründeten sie in Berlin den »Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten«, später umbenannt in »Reichsbund« – der Vorläufer des SoVD war geboren. Rasch breitete sich der Bund in ganz Deutschland aus, auch in Hamburg.

**Kirsten Fehrs
ist Bischöfin im Sprengel
Hamburg und Lübeck der
Evangelisch-Lutherischen Kirche
in Norddeutschland**

Das war die Situation, als in der Hauptkirche St. Michaelis, dem »Hamburger Michel«, am 18. Juni 1917 ein großer und feierlicher Gottesdienst stattfand. Der Anlass: Neun der zehn Glocken wurden vom Turm herabgelassen und abtransportiert, eingezogen für die Waffenproduktion. Auch das Kupferdach der Hauptkirche wurde dafür geopfert. Hauptpastor August Wilhelm Hunzinger hielt eine martialische Predigt zum so genannten Glockenabschied: »Gott will, dass feuerspeiende Schlünde aus diesen Glocken werden«, verkündet er von der Kanzel, »damit unser deutsches Vaterland verteidigt bleibe gegen die Feindschaft aller Welt.«

Feuerspeiende Schlünde, deren Geschosse dann wiederum die Leiber von Menschen zerreißen würden – unvorstellbare Worte aus heutiger Sicht, gesprochen im Angesicht der vielen, die bereits entsetzt, getötet oder zu Witwen und Waisen geworden waren. Wie weit hatte sich die Kirche damals vom Leben entfernt, und wie weit von der Friedensbotschaft Jesu! Und für mich ist es eine besondere Symbolik, dass in dem Moment, als die Glocken zu schweigen begannen, die Betroffenen selbst ihre Stimme erhoben. Vielleicht geschah das nicht gleich im Sinne eines politischen Widerstandes. Aber das pure Drängen auf Entschädigung und Gerechtigkeit wurde doch mahnend und immer lauter bis hin zu großen Demonstrationen gegen den Krieg.

Auch wenn das alles nun schon 100 Jahre zurückliegt, soll es an dieser Stelle nicht vergessen sein. Die Erinnerung kann uns Ansporn sein für die Gegenwart, und das heißt für mich: Sich unbedingt einzusetzen für die Schwächsten der Gesellschaft. Zunächst ganz praktisch mit der Tat – aber wir sind auch gefordert, den Mund aufzumachen, wenn wir Unrecht sehen oder gar Gewalt, wenn zum Krieg gerufen wird, wo doch der Frieden so bitter nötig wäre. Und es bedeutet: Immer wieder neu hinzusehen und die Herausforderungen der Zeit zu erkennen, so wie jetzt beispielsweise die Notwendigkeit, die vielen Menschen aufzunehmen und zu integrieren, die als Flüchtlinge und Zuwanderer zu uns kommen. Seinen Ausdruck findet diese Haltung für mich in dem biblischen Wort: »Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind.« (Sprüche 31,8). Damit wünsche ich dem Sozialverband Deutschland alles Gute, noch viele weitere Jahre des Engagements und denen, die in ihm arbeiten und wirken, Gottes reichen Segen.

Ihre

A handwritten signature in black ink, reading "Kirsten Fehrs". The signature is written in a cursive, flowing style with a prominent horizontal line above the name.



**Dr. Stefan Heße
ist Erzbischof
von Hamburg**

Als die Soldaten 1914 in den Vernichtungskrieg zogen, der als der Erste Weltkrieg in die Geschichte eingegangen ist, haben viele Menschen sie jubelnd verabschiedet. Als diese dann ihre Väter, Brüder und Söhne verloren oder als Invaliden wiederbekommen hatten, waren sie mit ihrer Not allein. Als »Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer« setzte sich ab 1917 der Sozialverband für die Versorgungsansprüche der Opfer dieses Krieges ein. Diese Tradition setzte der Verband nach dem Zweiten Weltkrieg fort und stand wieder an der Seite der Opfer von Krieg und Gewalt.

Über 70 Jahre lebt Deutschland jetzt im Frieden mit seinen Nachbarn, in Freiheit und Wohlstand. Dieser Wohlstand kommt aber nicht bei allen Menschen an. Und so engagiert sich der Sozialverband heute für die Armen in unserer Gesellschaft, die aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Die Kirche ist in besonderer Weise der Sorge für die Armen verpflichtet. Deshalb sind wir dem Sozialverband wie allen verbunden, die diese Sorge mit uns teilen. Wir sehen mit besonderer Sorge, wie viele Menschen heute von ihrer Arbeit nicht in voller Teilhabe leben können oder mit einer kleinen Rente in Altersarmut geraten werden.

Im Namen aller Katholikinnen und Katholiken in Norddeutschland gratuliere ich Ihnen zu Ihrem Jubiläum. Für Ihre Zukunft und Ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit in unserem Land wünsche ich Ihnen viel Kraft, Fantasie und Gottes Segen!

Ihr

+ Stefan



**Katja Karger ist
Vorsitzende des
DGB
Hamburg**

Herzlichen Glückwunsch zum 100-jährigen Bestehen, SoVD, liebe Schwester im Geiste!

Eng wie zwei Geschwister sind unsere beiden Organisationen verbunden. Uns eint die Idee einer sozialen und gerechten Stadt – und auch das Wissen, dass es dafür viel zu tun gibt.

Wie häufig haben wir gemeinsam für Chancengleichheit, eine bessere Rentenpolitik, gegen drohende Alters- oder Kinderarmut, einen guten Zugang zu Bildung für alle, die Integration von Menschen mit Behinderungen oder von Flüchtlingen und nicht zuletzt für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf und Gesellschaft gekämpft. Immer wissend, dass wir Gewerkschafter/innen mit dem Sozialverband einen starken Partner an unserer Seite haben – genauso wie andersherum: der SoVD immer sicher sein kann, starke Gewerkschaften an seiner Seite zu wissen.

Diese Kraft wird gebraucht: Denn Bedürftigkeit breitet sich in Hamburg weiter aus, während der Reichtum zunimmt – und die Kluft dazwischen wächst. Zu viele Menschen müssen für Niedriglöhne arbeiten und können von ihrem Einkommen nicht leben. Ihre Rente ist nicht mehr so sicher, wie erhofft. Zehntausende Kinder leben in Hartz IV-Haushalten – Ihnen fehlt es an sozialer und kultureller Teilhabe, Bildungschancen. Langzeiterwerbslose haben kaum vernünftige Job-

perspektiven. Hohe Mieten sorgen für eine Verdrängung von einkommensschwachen Menschen an die Ränder der Stadt. Die Inklusion behinderter Menschen in die Gesellschaft gelingt nur langsam.

Es ist ein großer Verdienst von dir, lieber SoVD, diese Entwicklung innerhalb des Sozialstaats immer wieder anzuprangern und Vorschläge zu präsentieren, die dagegenhalten. Damit bereicherst du die politischen Debatten in der Stadt.

Verbunden bist du in besonderer Weise mit der Stadt Hamburg. Dein Wieder-Auferstehen fand 1946 hier statt. Dass deine Stimme in der Bundesrepublik gehört wird, hat viel mit dem Gründungselan deiner Hamburger Mitglieder zu tun.

Daher wünschen wir dir von Schwester zu Schwester weiterhin diesen Schwung, Elan und das Engagement, das dich über die 100 Jahre bis hierhergetragen hat.

Ihre





**Jens
Stappenbeck ist
Geschäftsführer der
Arbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege
Hamburg e.V.
(AGFW)**

Im dritten Kriegsjahr des Ersten Weltkrieges 1917 wird der »Sozialverband Deutschland« zunächst als »Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten« in Berlin gegründet. Die Gründung dieses Kriegsopferverbandes war die Reaktion darauf, dass erstmals in einem Krieg die Kriegsbeschädigung mit ihren negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Betroffenen zum millionenfachen Massenschicksal wurde. Dabei verstand sich der Verband als demokratischer und fortschrittlicher sozialer Interessenverband. Bereits im Jahr 1922 hatte der Verband 830.000 Mitglieder, die nicht nur für eine bessere Versorgung der Opfer des Weltkrieges, sondern insgesamt für den Aufbau einer sozialen und solidarischen Gesetzgebung eintraten. 1933 beschloss der Verband seine Auflösung und kam damit der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten zuvor.

Im November 1946, wurde der »Sozialverband Reichsbund« in Hamburg neu ins Leben gerufen. Bis zum Jahre 1964 war die Bundesgeschäftsstelle des Reichsbundes in Hamburg verortet. Es folgte erst der Umzug nach Bonn und dann nach Berlin. Während sich der Reichsbund in den fünfziger und sechziger Jahren vor allem für die Versorgung der Kriegsoffer sowie die Angleichung der Renten an das veränderte Lohn- und Preisgefüge einsetzte, waren die siebziger Jahre hauptsächlich davon geprägt, die Leistungsvoraussetzungen und Leistungen des

zersplitterten Sozialrechts zu harmonisieren. Einen großen Erfolg erreichte der Sozialverband Reichsbund mit dem 1974 verabschiedeten Schwerbehindertengesetz, in dessen Schutz alle Behinderten unabhängig von der Ursache der Behinderung einbezogen wurden. In den achtziger und neunziger Jahren kämpfte der »Sozialverband Reichsbund« erfolgreich gegen den Sozialabbau im Rahmen von Haushaltsgesetzen und gegen Leistungsverlechterungen in der Kranken- und Rentenversicherung.

Dieser Tradition verpflichtet heißt es in den »Programmatischen Leitlinien des SoVD Hamburg« aus dem Jahr 2013, dass sich der Verband »als Sprachrohr für alle benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft« versteht und Leitsätze entwickelt, »die eine Stadt für alle – eine menschliche Stadt« zum Ziel haben.

Der »Sozialverband Deutschland« ist Mitglied der Arbeiterwohlfahrt und damit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (AGFW). Der »SoVD« Hamburg strebt nach »einem breiten sozialen Konsens, um soziale Gerechtigkeit, die Beachtung der Menschenwürde und die Selbstbestimmung der Menschen in allen Bereichen in unserer Gesellschaft zu verwirklichen«.

Wir, die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg, werden den Sozialverband Deutschland in diesem Ziel mit allen Kräften unterstützen und wünschen ihm für die Verwirklichung dieser Ziele allen nur denkbaren Erfolg.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'J. Stappenbeck', written in a cursive style.



**Adolf Bauer ist
Präsident des
Sozialverbands
Deutschland
e.V. (SoVD)**

Der Sozialverband Deutschland e.V. wird 100 Jahre alt. Das ist ein recht stattliches Alter. Zunächst als Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten gegründet, setzen wir uns seit jeher für Frieden, Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit ein. Dieser Tradition verpflichtet, streitet der SoVD engagiert und konstruktiv für einen Rechtsstaat, der Verteilungsgerechtigkeit garantiert, ein solidarisches Miteinander fördert und Inklusion als Leitprinzip verfolgt.

Die Entwicklung des SoVD hin zu einem modernen Sozialverband ist uns trotz wechselvoller Zeitgeschichte gut gelungen. Dies ist vor allem der engagierten Arbeit unserer Landesverbände zu verdanken. Der Landesverband Hamburg spielt in der Geschichte unseres Sozialverbandes eine wesentliche Rolle: 1946 erfolgte in der Hansestadt die Wiedergründung unseres Verbandes und auch die Bundesgeschäftsstelle hatte dort 18 Jahre ihren Sitz.

Mit der vorliegenden Festschrift treten wir in das Jahr unseres Verbandsjubiläums. Wir blicken zurück auf Geleistetes und nutzen dies zugleich als Gelegenheit, Ausblick auf zukünftige sozialpolitische Entwicklungen und Herausforderungen zu geben, zu ermahnen und klar Position zu beziehen. Unser Verband bündelt als gesellschaftspolitische Einrichtung einzigartiges Knowhow, er artikuliert die Meinung seiner Mitglieder und verschafft so jedem Einzelnen Gehör.

Der Stellenwert sozialer Themen ist auch in der Gegenwart sehr hoch und die Bandbreite enorm: für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, für soziale Sicherung und eine solidarische Krankenversicherung. Für eine würdevolle Pflege oder für einen inklusiven Arbeitsmarkt, um nur einige Beispiele zu nennen.

Mit unserer aktuellen Kampagne zum Thema »Alterssicherung« treffen wir den Nerv der Zeit. Unsere Vorschläge sind ein Signal an die Bundesregierung und politische Akteure, dass es gelingen muss, die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest zu gestalten und Altersarmut zu verhindern.

Ihnen und uns wünsche ich auch in Zukunft viel Erfolg beim Eintreten für einen starken Verband und damit eine soziale Gesellschaft.

Ihr

A handwritten signature in black ink, reading "Adolf Bauer". The signature is written in a cursive, flowing style with a prominent initial 'A'.



**Thomas
Ritzenhoff ist
Bezirksamtslei-
ter des Bezirks
Wandsbek**

In diesem Jahr feiert der SoVD ein rundes Jubiläum: Zum 100-jährigen Bestehen gratuliere ich dem Sozialverband recht herzlich!

Hamburg spielt in der Geschichte des SoVD eine besondere Rolle und findet so Einzug in die Festschrift: Tatsächlich erfolgten die ersten Wieder-Gründungsschritte nach dem Zweiten Weltkrieg in unserer Hansestadt und der erste Bundesverband hatte hier zunächst seinen Sitz. Aber auch heute ist der SoVD aus Hamburg nicht wegzudenken.

Die Festschrift zum Jubiläum steht unter dem Motto »100 Jahre SoVD. 100 Jahre für soziale Gerechtigkeit«. Damit thematisiert sie das seit 100 Jahren bestehende Kernziel der Arbeit des Sozialverbands. Sich den aktuellen Entwicklungen in der Sozialpolitik zu widmen und damit verbunden bei den laufenden Veränderungen auf dem Gebiet des Sozialrechts stets bestens informiert zu sein, um als »Sozialverband« kompetent fungieren zu können, ist eine Herausforderung, der sich der Sozialverband erfolgreich verschrieben hat.

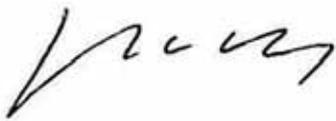
Sein Engagement als Partner in sämtlichen sozialen Fragen hat seit Langem eine Vorbildfunktion inne. Mitglieder erhalten Hilfe sowie persönliche Betreuung in zahlreichen Ortsverbänden durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, ohne die diese umfangreichen Leistungen nicht zu vollbringen sind. Zu allererst fungiert der Sozialverband allerdings als eine große sozialpolitische Interessenvertre-

tung zum Beispiel in zahlreichen Ausschüssen, Arbeitsgemeinschaften oder auch Beiräten.

Die soziale Gerechtigkeit muss Beachtung finden: Politik und Öffentlichkeit gilt es ausreichend zu informieren und zugleich zu sensibilisieren. Es gibt zahlreiche Bereiche, von denen alle Bürgerinnen und Bürger betroffen sind: Sei es auf dem Gebiet der Rentenleistungen und der Seniorenpolitik, der Chancengleichheit im Allgemeinen, bei der Integration sowie Inklusion, bei Gleichstellungsangelegenheiten in Beruf sowie Gesellschaft, im Gesundheitsschutz oder auch bei Angelegenheiten, bei denen das Entschädigungsgesetz Anwendung findet – um nur einige wichtige Aspekte zu nennen.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich viel Freude beim Lesen der Festschrift!

Ihr





**Wolfgang
Siewert ist
Präsident des
Landessozialge-
richts
Hamburg**

»Der Sozialverband, der hilft«, so beschreiben Sie sich selbst. Und diese Einschätzung trifft unter vielen Gesichtspunkten gerade für den SoVD Hamburg zu:

Sie helfen Ihren Mitgliedern bei der Antragstellung und Durchsetzung von Ansprüchen aus dem Sozialrecht gegenüber Behörden, Ämtern oder Versicherungsträgern. Allein in Hamburg sind Sie für mehr als 19.000 Mitglieder in 32 Ortsverbänden im wahrsten Sinne des Wortes »vor Ort«. Sie beraten zu Fragen der Renten-, Kranken-, Unfall-, und Pflegeversicherung, der Arbeitslosenversicherung, bei SGB II-Leistungsbezug (Hartz IV) und Grundsicherung, des Schwerbehindertenrechts und des sozialen Entschädigungsrechts. Das spannt den Bogen zu den Sozialgerichten. Denn damit decken Sie im Wesentlichen die Rechtsgebiete ab, für die auch die Sozialgerichte zuständig sind. Und dort vertreten Sie – wenn nötig – engagiert und fachkundig in entsprechenden Klageverfahren Ihre Mitglieder. Dabei lassen sich durch Ihre Fachkunde und Ihre Kenntnis der örtlichen Verhältnisse gerichtliche Verfahren häufig schon im Vorfeld vermeiden. Kommt es aber zum Rechtsstreit, haben Ihre Mitglieder einen kompetenten Partner an ihrer Seite. Vor den Sozialgerichten besteht auch im Rechtsmittelverfahren gegen Entscheidungen des Sozialgerichts kein Anwaltszwang bzw. kein Vertretungserfordernis. Umso wichtiger ist es in meinen Augen,

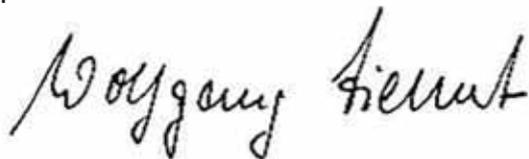
dass Rechtssuchende auf niedrigschwellige Angebote zugreifen können, vor Gericht kompetent vertreten zu werden.

Gerade der Landesverband Hamburg hilft auch nicht nur durch die bewährte Sozialrechtsberatung und -vertretung, sondern erweitert sein Angebot beständig, um seine Mitglieder gegen die Wechselfälle des Lebens abzusichern. Ich denke da an Kurs- und Beratungsangebote zur häuslichen Pflege oder ihr Beratungsangebot rund um die Themen Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Eine Hilfe, die auch die Gerichte (Betreuungsgerichte) entlasten kann.

Sie helfen aber auch unserem Gemeinwesen: Schon als Reichsbund haben Sie mit Ihrem sozialpolitischen Engagement seit nunmehr 100 Jahren einen wichtigen Beitrag zum Aufbau und Erhalt des deutschen Sozialstaates geleistet. Die lange Liste Ihrer erfolgreichen sozialpolitischen Initiativen liest sich wie eine Kurzfassung der Geschichte der Sozialgesetzgebung in Deutschland im 20. und 21. Jahrhundert. Für dieses Engagement gebühren Ihnen unser Dank und unser Respekt!

Die Hamburger Sozialgerichte, die – erst im Jahr 1954 errichtet – noch kein so stolzes Alter erreicht haben, gratulieren dem SoVD zu seinem 100-jährigen Jubiläum und wünschen insbesondere dem Hamburger Landesverband und allen seinen Mitgliedern viel Erfolg und eine sichere Zukunft.

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Wolfgang Siewert". The script is cursive and fluid, with the first name and last name clearly distinguishable.



**Marianne
Schulze ist
Präsidentin des
Sozialgerichts
Hamburg**

100 Jahre »Reichsbund« und inzwischen SoVD – ein stolzes Alter.

»100 Jahre für soziale Gerechtigkeit«. Dieses Motto des SoVD zielt auf den Gesetzgeber, zugleich auf die Sozialverwaltung und letztlich auch auf die Sozialgerichtsbarkeit. Nach der Eingangsbestimmung des Sozialgesetzbuches dient das Sozialrecht der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Indes wird es unter den Bedingungen der Massenverwaltung für diejenigen, die auf Sozialleistungen für sich und ihre Familien angewiesen sind, immer schwieriger, sich in dem breit gefächerten und dabei kleinteiligen Sozialrecht zurechtzufinden. Oft ist dies ohne kompetente Hilfe nicht mehr möglich.

Aus gutem Grund gehört daher die sozialrechtliche Beratung der Mitglieder bis hin zur Vertretung vor den Sozialgerichten zu den Kernaufgaben des SoVD. Die Zahlen sprechen für sich: Fast 2.000 vom SoVD erhobene Klagen weist die Statistik des Sozialgerichts Hamburg für die letzten fünf Jahre auf, diese insbesondere im Rentenversicherungs- und im Schwerbehindertenrecht.

Die Verbindung zwischen dem SoVD und dem Sozialgericht Hamburg hat noch weitere Standbeine: Der SoVD gehört zu den vorschlagsberechtigten Organisationen für die Ernennung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in der Sozialgerichtsbarkeit. Demgemäß wirken Mitglieder des SoVD, gestützt auf ihre soziale Erfahrung und Kompe-

tenz, gemeinsam mit den Berufsrichterinnen und -richtern unmittelbar an der sozialgerichtlichen Rechtsprechung mit. Über den im Sozialgerichtsgesetz vorgesehenen »Beratenden Ausschuss« ist der SoVD auch an der Übernahme der Berufsrichterinnen und -richter in das Richterverhältnis auf Lebenszeit beteiligt.

Diese vielfältige Beziehung zwischen SoVD und Sozialgericht ist über mehr als 60 Jahre gewachsen. Wir möchten sie nicht missen. Sie trägt dazu bei, dass auch unsere juristischen Entscheidungen ihre Basis in der sozialen Wirklichkeit haben.

Ich danke dem SoVD für die über Jahrzehnte währende Zusammenarbeit und wünsche dem Verband und seinen Mitgliedern in ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit weiterhin viel Erfolg.

Ihre

A handwritten signature in cursive script, reading "Marianne Schulze".



Brita Schmidt-Tiedemann ist Vorsitzende des Landes-Seniorenbeirats Hamburg

Die gesellschaftliche Teilhabe der älteren Generation stärken!

Hamburg hat seit 2012 ein Seniorenmitwirkungsgesetz, das dem Ziel dient, die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern. Die Mitwirkungsrechte der Älteren hinsichtlich Verwaltung und Politik nehmen die Seniorenvertretungen wahr. In den Bezirken sind das die Seniorendelegiertenversammlungen und Bezirks-Seniorenbeiräte, auf Landesebene der Landes-Seniorenbeirat Hamburg (LSB). Er berät die Behörden in allen Angelegenheiten, die die Älteren betreffen. Die Bezirks-Seniorenbeiräte widmen sich dieser Aufgabe in den Ausschüssen der Bezirksversammlungen und gegenüber den Bezirksämtern.

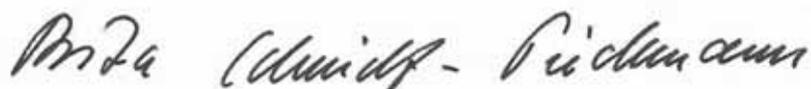
Mehr als 500 Frauen und Männer, die über 60 Jahre alt sind, engagieren sich ehrenamtlich in Hamburgs Seniorenvertretungen. Sie bringen ihre ganz unterschiedlichen Erfahrungen und Fähigkeiten in die Arbeit ein. In einer Vielzahl von Gremien bei Institutionen in der Stadt, zum Beispiel beim HVV, im Integrationsbeirat oder im Landespflegeausschuss, wirken Mitglieder der Seniorenbeiräte beratend mit. Eine Vielzahl von Themen und Anliegen gilt es zu bewegen und voranzubringen, um die Lebensbedingungen in der Stadt zu verbessern. Ein Beispiel ist unser Einsatz für Barrierefreiheit, um mobilitätseingeschränkten Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu erleich-

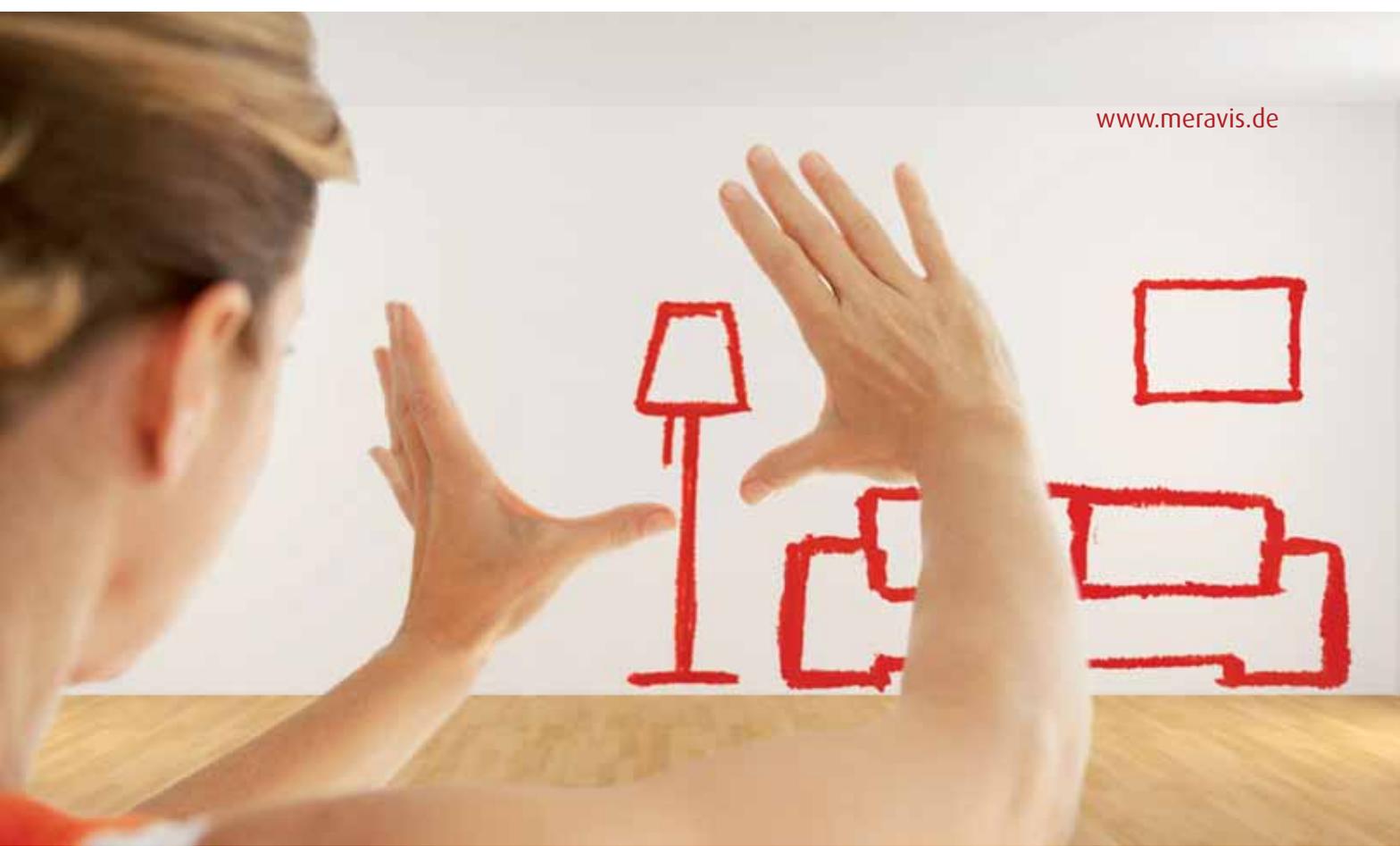
tern. Aktuell haben wir die besorgniserregende Entwicklung der sozialen Absicherung im Alter und anwachsenden Altersarmut aufgegriffen.

Für alle Problemlagen gilt: Nur gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften und Organisationen lassen sich positive Veränderungen anstoßen und erreichen. Daher setzt der Landes-Seniorenbeirat auf Kooperationen mit Partnern, die ebenfalls für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe streiten. In jüngster Zeit hat sich unsere Zusammenarbeit mit dem SoVD Hamburg intensiviert. Dabei steht vor allem das Thema Rentenentwicklung und Zunahme der Altersarmut im Mittelpunkt. Der Bekämpfung von Altersarmut widmet sich der SoVD kompetent, nachdrücklich und öffentlichkeitswirksam. Wir danken Klaus Wicher und seinem Team für Rat und Tat in Diskussionen und auf Veranstaltungen. Im Oktober des Vorjahres hat der SoVD auf dem von uns organisierten Informationstag »Älter werden in Hamburg« eine aktive Rolle übernommen und Akzente gesetzt.

Zum hundertjährigen Bestehen gratuliert der Landes-Seniorenbeirat dem SoVD sehr herzlich. Der Jubilar hat sich zu einer festen, unverzichtbaren Größe als Mahner und Impulsgeber in der deutschen Sozialpolitik entwickelt – und er wird es bleiben. Besonders verbunden fühlen wir uns mit dem SoVD auch hinsichtlich der Wertschätzung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement. Wir freuen uns auf das künftige Miteinander und weitere gemeinsame Projekte.

Ihre

A handwritten signature in black ink, reading "Brita Schmidt-Tiedemann". The signature is written in a cursive, flowing style.



mensch • raum • vision

Wir vermieten, verkaufen und verwalten
Wohnqualität. Immobilienkompetenz seit 1949.

meravis Immobiliengruppe

Katharinenstr. 13
20457 Hamburg
040 35 915 0
www.meravis.de

Hannover | Hamburg | Düsseldorf



meravis

mensch • raum • vision

The ERGO logo is displayed in white, bold, uppercase letters on a red, rounded rectangular background.

Versichern heißt verstehen.

www.ergo.de/vereine-und-verbaende

Unabhängig und mobil bleiben – auch nach einem Unfall.

Als Mitglied im Sozialverband Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Die Volks-Unfallversicherung mit Notfallhilfe bietet weit mehr als finanzielle Sicherheit: einen umfangreichen Beratungsservice, praktische Hilfe und Pflegeleistungen sowie zahlreiche Fahrdienste.

Wenn Sie künftig unsere interessanten Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Informieren Sie uns hierzu einfach über www.ergo.de/info oder rufen Sie uns an unter: 0800 3746-925 (gebührenfrei).

Ja, ich möchte mehr über die Unfall-Vorsorge wissen:

Herr Frau

Nachname

Vorname

Geburtsdatum

Straße

Haus-Nr.

PLZ

Ort

Telefon (für eine Terminvereinbarung innerhalb der nächsten Wochen)

303

Bitte ausfüllen und einsenden an: ERGO Beratung und Vertrieb AG, ERGO Stamm-Organisation / 55plus, Regionaldirektion Hamburg, Wendenstr. 21, 20097 Hamburg Tel 040 23702375

HISTORIE

Sozialverband SoVD Hamburg –
100 Jahre Engagement für ein sozialeres
und gerechteres Deutschland



Auf eine ereignisreiche Geschichte zurückblickend, begeht der Sozialverband Deutschland und damit der Landesverband Hamburg 2017 sein hundertjähriges Bestehen. Ein Bestehen, das insbesondere seit der Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg personell und strukturell eng mit Hamburg verbunden ist und durch das beständige Hinwirken auf einen modernen Sozialstaat heute einen tief verwurzelten Eckpfeiler des sozialpolitischen Lebens der Hansestadt darstellt.

1917–1932: Gründung, Aufbau und Entwicklung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik

Die Wurzeln des heutigen Sozialverbandes liegen in Berlin. Hier gründete sich am 23. Mai 1917 die neue Organisation mit dem Namen »Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten« auf Initiative u.a. des *Vorwärts*-Redakteurs Erich Kuttner. Das Ziel: Die gravierenden Missstände in der staatlichen Fürsorge und die täglichen Existenzsorgen der Kriegsoffer durch eine eigene Interessenvertretung zu lindern. Die Gruppe um Kuttner skizzierte mit ihren Forderungen dabei schon früh eine Art sozial- und allgemeinpolitisches Programm, das die parteipolitische Neutralität voranstellte und sich für alle Kriegsoffer einsetzen wollte.

Die Kriegsfolgen und die Versorgungskrise infolge der alliierten Wirtschaftsblockade hatten das Leben gerade in den Großstädten schon seit 1914 massiv verändert, was z.B. dazu führte, dass den Hamburgern zeitweise nur noch ein Sechstel der Friedensverbrauchsmenge an Lebensmitteln blieb. So verzeichneten die Hamburger Kriegsküchen Mitte 1916 eine tägliche Besucherzahl von 150.000 Menschen, und viele Hamburger, zurückkehrende Soldaten und Flüchtlinge führten ein Leben zwischen Versorgung im Schleichhandel, Hamsterfahrten, Hunger und harter Arbeit, vor allem in der expandierenden Rüstungsindustrie.

Zunächst verzichtete der Reichsbund noch auf die Gründung einer eigenen Ortsgruppe in Hamburg, weil eine Gruppe um den späteren Senator Paul Neumann Vereinigungsgespräche z.B. mit dem »Hamburger Bund« geplant hatte. Als dieser jedoch im Frühjahr 1918 der Vereinigung nicht zustimmte, gründete sich am 11. Mai 1918 eine eigene Hamburger Ortsgruppe.

Vor dem Hintergrund der aufziehenden Revolution und der angespannten Versorgungslage erreichte der Reichsbund im August 1918

*Foto links:
Hamburger
Kriegsküchen
wurden im Ersten
Weltkrieg täg-
lich von mehr als
150.000 Men-
schen besucht*

1. Landesvorsitzende im SoVD-Landesverband Hamburg zwischen 1918 bis 1933 und 1946/1951 bis 2017

1918–1924/1925	Paul Neumann (*20.6.1880; †17.8.1961)
1924/1925–1933	Ernst Born (*20.3.1885; †24.8.1954)
1946–1951	Paul Neumann/Ernst Born
1951–1977	Edward Reimer (*22.1.1905; †24.11.1988)
1977–1986	Hellmut Strauch (*10.11.1915; †4.2.1993)
1986–1992	Harro Schulz (*5.11.1927; †7.12.2008)
1992–2001	August Bronnmann (*27.8.1941; †9.12.2008)
2001–2004	Alfred Deh (*17.2.1950)
2004–2011	Inge Jefimov (*15.5.1939)
2011–heute	Klaus Wicher (*17.7.1948)

zum ersten Mal, dass er im Kriegsbeschädigtenausschuss vertreten war und somit direkt sozialpolitischen Einfluss nehmen konnte. Ab November kam es überdies auch zu ersten lokalen Zusammenschlüssen von Invalidenrentnern nach dem Vorbild der Kriegsofopferbewegung. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands wurde 1920 unter dem Vorsitzenden August Karsten als eigene Interessenvertretung gegründet, um ebenso wie beim Reichsbund die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Altersrentner und der durch Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten zu Schaden gekommenen Arbeitnehmer selbst in die Hände zu nehmen. Bedingt durch ähnliche wirtschaftliche und soziale Probleme arbeiteten sowohl die Verbandsspitzen als auch die Ortsgruppen eng zusammen. Insgesamt wuchsen die Mitgliederzahlen des Reichsbundes stetig – später nur unterbrochen durch die Inflation, durch die der Verband fast drei Viertel seiner Mitglieder verlor und das Verbandsleben komplett zum Stillstand kam. Nach der Einführung der Rentenmark kehrte Deutschland im November 1923 zu einer stabilen Währung zurück, und die Mitgliederzahlen stiegen wieder an.

Es wurde eine Neufassung der Satzung unter ausdrücklicher Einbeziehung der Frauen, Kriegswitwen, Kriegswaisen und Kriegseltern erarbeitet. Ziel war es, auch die Lage der Frauen zu verbessern und den

weiterhin vorherrschenden Geschlechterverhältnissen emanzipatorische Ansätze entgegenzustellen. Spätestens seit Mitte der 20er Jahre waren Frauen an maßgeblichen Stellen in den Reichsbund integriert.

Exemplarisch für Hamburger Frauen, die sich über Jahrzehnte im Reichsbund engagierten, sei an dieser Stelle Ida Rischar, geb. Wedekind (1886-1973) genannt. Sie trat bereits 1917 als Kriegerwitwe dem Reichsbund bei, war Mitbegründerin desselben und wurde 1933 als SPD-Mitglied aus politischen Gründen aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Sie war Mitinitiatorin bei der Wiedergründung des Reichsbundes in Hamburg und wurde auf der Zonenkonferenz am 29. November 1946 als Beisitzerin in den geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt. Auf Bundes- und Landesebene kennzeichneten zahlreiche ehrenamtliche hohe Ämter den Schaffungsweg von Ida Rischar. Ihr wurde nicht nur die Verdienstmedaille des Reichsbundes, sondern auch das Bundesverdienstkreuz verliehen. Rischar gehörte bis 1951 dem Bundesvorstand und bis 1956 dem sozialpolitischen Ausschuss des Bundesvorstandes an und war lange Jahre als Fachreferentin für Hinterbliebenenfragen tätig.

Der Verband bekannte sich vehement zur Weimarer Republik und zum demokratischen Rechtsstaat. Mit der Neuregelung des Militärversorgungsverfahrens bewirkte er im März 1919 wieder einen geordneten Rechtsweg für die Kriegsoffer und beschäftigte sich gerade in städtischen Ballungsgebieten wie Hamburg mit der Schaffung bezahlbaren und gesunden Wohnraums.

In der Folgezeit unterstützte der Reichsbund viele bedeutsame Schritte hin zu einem modernen Sozialstaat, als er drei wegweisende Neuregelungen mitinitiierte, die in ihrer modernen Form bis heute weiter bestehen: So gilt die Verordnung zur Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 als Wurzel des Schwerbehindertengesetzes und die Verordnung über die Neuregelung des Militärversorgungsverfahrens vom 1. Februar 1919 als Keimzelle der Sozialgerichtsbarkeit, die mögliche gerichtliche Nachprüfungen staatlicher Sozialleistungen ermöglichte. Drittens war es die Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 8. Februar 1919, welche den Grundstein für die moderne Sozialhilfe setzte.

Schon sehr früh lenkten Hamburger die Geschicke des Reichsbundes, so z.B. Reinhold Schümann, der auf der 2. Reichsbundeskonzferenz im Mai 1920 zum ersten Bundesvorsitzenden gewählt wurde und bis 1922 im Amt blieb.

Auf gut besuchten Kundgebungen protestierte der Reichsbund Anfang 1924 auch in Hamburg gegen Personalabbau und unzureichende Rentenleistungen in der Kriegsopferversorgung. Thematisch ging es wie vor der Wirtschafts- und Gesellschaftskrise um Entlassungsschutz für Schwerbeschädigte, Arbeitsschutz, unzureichende Rentenleistungen, Armenpflege, Erholungsfürsorge und Wohnungsbau.

Vor dem Hintergrund eines von Personalabbau, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit geprägten Arbeitsmarktes – selbst in der Blütezeit der Weimarer Republik – fanden vom 22. bis 25. Mai 1927 in Hamburg der 4. Reichsbundestag und die Jubiläumsfeierlichkeiten zum 10-jährigen Bestehen statt.

Mit dem erst 1969 durch ein moderneres Arbeitsförderungs-gesetz abgelösten »Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung« vom 16. Juli 1927 wurde dann ein elementarer sozialpolitischer Erfolg erzielt, der das vielfache Wirken und Mitwirken auf den spezialisierten Gebieten der Sozialgesetzgebung belegt und die wahre Bedeutung beider Verbände sowie der in ihnen handelnden Personen dokumentiert.

Gerade der Inflation entkommen, brach sich 1930 die nächste Krise Bahn. Weltwirtschaftskrise – das bedeutete in der Folge des Schwarzen Freitags 1929 vor allem ein Anstieg der Arbeitslosenzahl auf sechs Millionen Anfang 1932 und damit den Kollaps für die junge, erst 1927 eingeführte Arbeitslosenversicherung, welche für solche Zahlen nicht ausgelegt war. Die Entwicklung mündete in einer massenhaften Verarmung und immer brisanter werdenden zwischenparteilichen Auseinandersetzung über den Umgang mit dem Versailler Friedensvertrag.

Vielleicht ist es neben seinem sozialpolitischen Engagement das größte Verdienst des Reichsbundes, in dieser politischen Auseinandersetzung abermals öffentlich seine Treue zur Demokratie demonstriert zu haben. Ab Herbst 1930 rückte neben dem Kampf gegen den Sozialabbau der Kampf gegen den Nationalsozialismus immer stärker in den Fokus. Beide Verbände gaben sogar ihre satzungsmäßige Verpflichtung zur politischen Neutralität auf und riefen vor den Reichstagswahlen dezidiert dazu auf, Hitler und die NSDAP nicht zu wählen – leider ohne Erfolg.

Nach der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler wurden die Grundrechte der Weimarer Verfassung systematisch außer Kraft gesetzt. Um der Auflösung zuvorzukommen, beschloss der Reichsbund die Selbstauflösung zum 31. Mai 1933. In der Folge wurde das gesamte Vermögen des Reichsbundes beschlagnahmt. So auch u.a. die hohen

Rücklagen für die Sterbekasse, sämtliche Dienststellen und sonstigen Einrichtungen in Hamburg. Alle Kriegsoferversände wurden in der Nationalsozialistischen Kriegsoferversorgung e.V. (NSKOV) zwangsvereinigt – einem Propagandainstrument der NSDAP, das keine echte Interessenvertretung der Kriegsofener darstellte.

Nach dem Krieg: Hamburg als Zentrum des Neuanfangs

Das Jahr 1945 war wie überall in Deutschland auch in Hamburg geprägt von den Kriegsfolgen und mithin eine intensive Phase der Konsolidierung und Neu-Orientierung – aber schon zu diesem Zeitpunkt gab es lokale Gründungen in einzelnen Hamburger Stadtteilen: in der Hamburger Innenstadt, im Rathaus in Altona, in Bergedorf-Lohbrügge oder in Kirchwerder.

Stellvertretend für die vielen selbstlosen Helfer der ersten Stunden seien an dieser Stelle die mehrfach für ihr soziales Engagement

Ankunft am Hamburger Hauptbahnhof zum Bundestreffen der Deutschen Kriegsofener »Treffen der Hunderttausend« vom 18. bis 20.6.1955.



ausgezeichnete Landeshinterbliebenenbetreuerin und Bundessozialrichterin Käthe Vollnberg sowie der Gründer der Ortsgruppe Harvestehude Lothar Weigelt genannt. In der ersten Stunde der Wiedergründung schloss er sich mit Gleichgesinnten zusammen und verfolgte den Wunsch, im Sinne der Menschlichkeit und Nächstenliebe die größte Not ein wenig erträglicher zu machen.

In Hamburg begann die Neugründung des Reichsbundes vor allem mit dem Wirken des Senators a.D. Paul Neumann, der 1917 den Reichsbund in Hamburg mitbegründet hatte. 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Amt gedrängt, war er zusammen mit Ernst Born, der den Reichsbund Hamburg bis zu dessen Auflösung am 31. Mai 1933 geführt hatte, der Hauptinitiator für die Wiedergründung des Reichsbundes in Hamburg. Über alte Verbindungen zur Arbeiterbewegung, namentlich zur Arbeiterwohlfahrt und zur SPD – die beide 1945 schon zugelassen waren und überregional arbeiten konnten – gelang es Neumann und Born im Mai 1946, für die britische Besatzungszone eine Liste mit bereits bestehenden lokalen Organisationen zu erstellen, die sich unlängst nach Kriegsende für die Opfer beider Weltkriege einsetzten. Insbesondere für Luftkriegsbeschädigte, Kriegs- und Zivilblinde, Arbeitsopfer, Invalidenrentner sowie zivile Körperbehinderte und Hinterbliebene. Unter enormem planerischem und logistischem Aufwand gelang es ihnen schließlich, 63 Vertreter verschiedenster Gruppen zu versammeln, die für circa 86.000 Mitglieder sprachen.

So konnte nach monatelangen Verhandlungen mit der britischen Besatzungsmacht am 29. November 1946 im Phönix-Saal des Hamburger Rathauses der »Reichsbund der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen« als zonenweite Organisation wiedergegründet werden. In der neuen Organisation vereinigten sich Kriegsoffer, die vor 1933 im alten Reichsbund organisiert waren, mit Unfallopfern und Sozialrentnern, die dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands angehört hatten.

Nach einer lebhaften Debatte um die organisatorische und strukturelle Ausrichtung des Verbandes, wählten die Delegierten der Zonenkonferenz – allen voran die Hamburger Karl Schulz-Raase, Hans Voigt, Ida Rischar, Ernst Rost, August Kronberg, Rudolf Dittmer und Hermann Hußmann – Paul Neumann zum ersten Bundesvorsitzenden sowie Ernst Born zum 2. Bundesvorsitzenden und Bundesgeschäftsführer. Neumann blieb bis zu seinem Tod am 17. August 1961 als 1. Bundesvorsitzender an der Spitze des Reichsbundes. Dass nur Politik und gesellschaftliche Akteure gemeinsam eine solidarische und le-

benswerte Gesellschaft aufbauen können, unterstrichen Bürgermeister Max Brauer und Sozialsenator Paul Nevermann mit ihrer Anwesenheit auf der Gründungskonferenz.

Die sozialpolitische Verbandsarbeit begann sofort nach der Gründung, und schon Ende des Jahres hatte der Verband maßgeblichen Anteil daran, dass im Oktober 1950 das Bundesversorgungsgesetz in Kraft trat. Die erste Nachkriegs-Satzung des Reichsbundes wurde am 1. Januar 1947 verabschiedet.

Die 1950er, 1960er und 1970er Jahre – Wiederaufbau und Konsolidierung der Verbandsarbeit in der Ära Edward Reimer

Der Zeitraum nach der Gründung des Landesverbandes Hamburg war sehr eng mit der Person Edward Reimers verbunden, der dem Hamburger Landesverband von 1950/51 bis 1977 vorstand und ab 1966 SPD-Bürgerschaftsabgeordneter war. Reimers NSDAP-Parteimitgliedschaft, er war 1937 eingetreten, spielte weder in der SPD noch im Reichsbund eine Rolle.

Als es darum ging, die Organisation in der zerbombten Hansestadt aufzubauen und die beherrschenden sozialpolitischen Aufgaben anzugehen, die sich für große Teile der Bevölkerung aus Flucht, Vertreibung, Wohnraummangel und mangelnder Fürsorge ergeben hatten, zeigte sich das große Talent Reimers: vor allem, wenn es um die praktische Umsetzung von Hilfeleistungen ging. Sein Appell »Reichsbund heißt Kameradschaft« oder auch das Bekenntnis »Wir wollen die letzten Kriegsoffer gewesen sein!« beschreiben vielleicht am besten das Selbstverständnis derjenigen, die die neue demokratische Gesellschaft aktiv nach sozialen Maßstäben mitgestalten wollten.

Reimer wie auch sein Landesgeschäftsführer und späterer Nachfolger Herbert Starcke nahmen sich der Wohnfürsorge für im Krieg Hirnverletzte an, bauten die Rechtsschutzberatung gerade auch für Witwen und Waisen aus und organisierten in Wentorf bei Reinbek zusammen mit der orthopädischen Beschaffungsstelle Gehschulkurse für beinamputierte Kriegsbeschädigte. Reimer gründete zudem den Hamburger Versehrtensport und förderte zusammen mit dem Treuhänder der Wohnungsbau- und Siedlungs-GmbH Emil Bachmann den sozialen Wohnungsbau in Hamburg, z.B. mit den neuen Reichsbund-Siedlungen in Hummelsbüttel, in Schnelsen und ab 1955 in Poppenbüttel.

Rechts: Plakat zum Bundestreffen der Deutschen Kriegsoffer »Treffen der Hunderttausend« vom 18. bis 20.6.1955.

Reimer und Starcke erweiterten ihr Wirken auf zusätzliche Bereiche, etwa wenn es darum ging, wertvolles Kulturgut auch den Bedürftigen zugänglich zu machen, die Blindenarbeit zu vertiefen oder die Betreuung der Alten auf- und auszubauen. Ebenso schnell richtete der Landesverband den Blick auf die Jugend und half schon bald nach Kriegsende, zusammen mit der Arbeiter-Wohlfahrt, Ferienangebote für Kinder z.B. aus Berlin zu organisieren.

Das Highlight 1955 bildete in Hamburg sicherlich das »Treffen der Hunderttausend« vom 18. bis 20. Juni, welches als die größte Versammlung, die je deutsche Kriegsoffer zusammenführte, in die Geschichte eingegangen ist.

Systematisch baute der Landesverband, in Person Edward Reimers, der seit April 1964 vom Landesgeschäftsführer Walther von Appen unterstützt wurde, sowohl die Kooperation mit Vertretern der Stadt, z.B. der Arbeits- und Sozialbehörde, als auch mit anderen Organisationen, wie z.B. dem Verein Hamburger Feriendorf e.V., aus. Später in den 1960er Jahren seien stellvertretend für die Zusammenarbeit z.B. der Bund der Kriegsblinden Deutschlands, der Bund Deutscher Hirngeschädigter, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. oder der Arbeiter Samariter Bund Landesverband Hamburg e.V., aber ebenso Finanzinstitute, wie z.B. die Hamburger Sparkasse oder Versicherungen wie die Hamburg-Mannheimer, genannt. Dass sich der Reichsbund in den 1960er Jahren besonders auch der Unterstützung aus der Hamburger Politik gewiss sein konnte, war gerade unter den Bürgermeistern Max Brauer, Dr. Paul Nevermann und später Prof. Dr. Herbert Weichmann eine Selbstverständlichkeit.

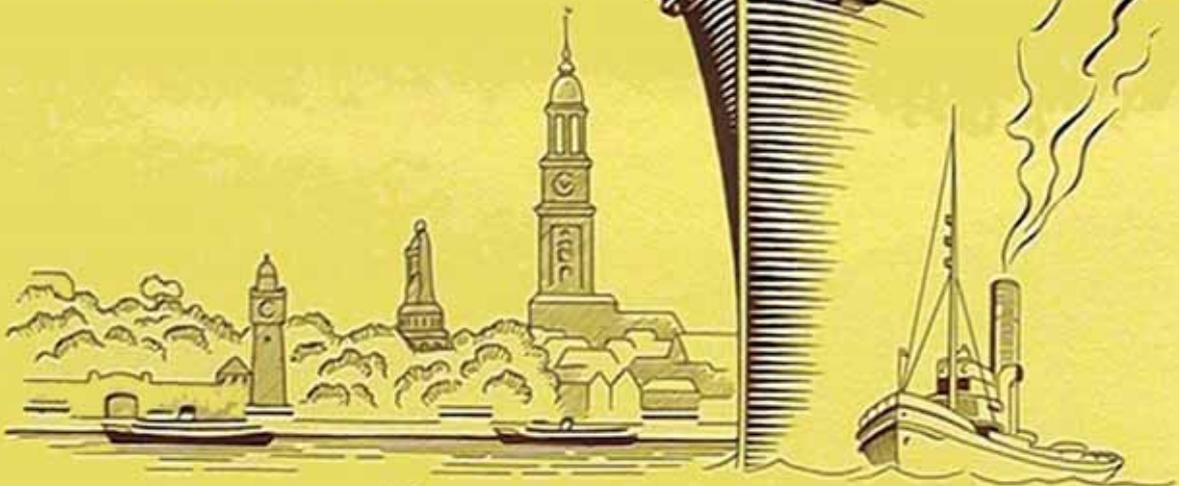
Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Problemfelder derjenigen Gesellschaftsgruppen, die sich nur schwer selbst helfen konnten, stand somit schon früh im Mittelpunkt der Arbeit des Landesverbandes. Die Organisation erinnerte zudem immer wieder an die 55.000 Hamburger Bombenopfer, kümmerte sich um alle Aspekte der Kriegsopferversorgung, um Spätheimkehrer und deren ärztliche Versorgung, um Rehabilitation sowie soziale und wirtschaftliche Reintegration.

Der Landesverband wirkte als pragmatischer, sozialpolitischer Gestalter in den 1960ern vielfach im Kleinen weiter und organisierte z.B. Adventsfeiern für spastisch gelähmte Kinder oder Spendensammlungen auf der HEW-Weihnachtsfeier. In den 103 Ortsgruppen, die es 1963 gab, wurde Beratung bei der Wiederbeschaffung verloren gegangener Urkunden angeboten – aber auch in der konkreten Hilfe vor Ort wurde nicht nachgelassen. So z.B. beim Bau von Pflegestätten für Körperbe-

BUNDESTREFFEN

DER DEUTSCHEN KRIEGSOPFER IN HAMBURG

18. UND 19.
JUNI 1955



Reichsbund

DER KRIEGS- UND ZIVILBESCHÄDIGTEN
SOZIALRENTNER UND HINTERBLIEBENEN
SITZ HAMBURG

hinderte, wie dem 1962 eingeweihten »Senator-Neumann-Heim« in Hamburg-Bergstedt, das damals als Deutschlands modernstes Wohnheim für Schwerst-Körperbehinderte galt.

Auch wenn sich der Fokus des Bundesverbandes ab 1964 mit der Verlegung der Bundesgeschäftsstelle von Hamburg nach Bad Godesberg auf die Arbeit in der Bundeshauptstadt richtete, blieb der Landesverband die zentrale Einheit der Wohltätigkeitsarbeit in der Hansestadt. Er bildete mit sozialpolitischen Schulungen seine Sozialbetreuer weiter, kümmerte sich auf Landesebene, geführt von Marga Janssen, intensiv um die Hinterbliebenenbetreuung und errichtete in Bergedorf-Lohbrügge-Nord und in Hamburg Iserbrook weitere Wohneinheiten.

1967 feierte auch der Landesverband das 50-jährige Bestehen des Reichsbundes, zu dessen Würdigung am 7. Juni ein Empfang im Hamburger Rathaus stattfand. Die Festansprache hielt Edward Reimer, der die Bedeutung der Ortsgruppen als die »Urzelle der Kraft unserer Gemeinschaft« betonte.

Vor dem Hintergrund des ersten wirklichen Regierungswechsels zur Regierung Brandt, der leicht zurückgehenden Kriegsofferzahlen, der Studentenunruhen und einer sich diversifizierenden Gesellschaft endeten auch in Hamburg die 1960er Jahre mit dem Wunsch und dem Versprechen des neuen Kanzlers nach Kontinuität und Erneuerung sowie, bezogen auf die Innenpolitik, damit »mehr Demokratie wagen zu wollen«.

Auf Bundesebene ließ der neu gewählte Bundeskanzler Willy Brandt seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 mit dem ersten und zweiten Anpassungsgesetz zur Kriegsofferversorgung schnell strukturelle Verbesserungen folgen. Unter Führung von Edward Reimer, dem 2. Landesvorsitzenden Hellmut Strauch und dem neuen Landesgeschäftsführer Hans-Werner Fichtner kümmerte sich der Landesverband weiter um die Entwicklung in der Stadt.

»Nur der Staat ist ein Kulturstaat, der sich seiner Alten, Behinderten, Kranken und Schwachen in ausreichender Weise annimmt«, referierte der streitbare Eugen Glombig Anfang der 1970er Jahre vor dem Deutschen Bundestag. Und trotz des vom neuen Bürgermeister Schulz vorgesehenen Sparprogramms waren die Tätigkeiten des Landesverbandes im höchsten Maße erfolgreich. Durch die engen Verbindungen zwischen dem Landesverband, der Politik sowie anderen karitativen Einrichtungen – wie der Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Groß Hamburg e.V. oder dem Berufsförderwerk – wurde ein immer größeres Netzwerk entwickelt, das sich gemeinsam dafür einsetzte,

Menschen mit Behinderungen und sozial Benachteiligte ganzheitlich zu betreuen. Ziel war es, sie in das tägliche gesellschaftliche und berufliche Leben zu integrieren, durch exzellente Beratung, Betreuung und Rehabilitation insgesamt zu einer neuen Bewusstseinsbildung innerhalb der Gesellschaft beizutragen sowie eine behindertengerechte Umwelt in der Großstadt zu schaffen.

Die enge inhaltliche Kooperation mit der Arbeits- und Sozialbehörde unter Senator Ernst Weiß erbrachte z.B. den systematischen Ausbau der Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern und damit die so wichtige Früherfassung von Behinderten. 1971 erwirkte der Verband mit dem Gesetz über die Gewährung von Blindengeld die wichtige Gleichstellung zwischen Kriegs- und Zivilblinden.

Natürlich stand das Jahr 1971 ganz im Zeichen des 25. Jahrestages der Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg, aber der Landesverband ruhte sich nicht auf seinen Erfolgen aus, sondern verstärkte sein Engagement. Mit wesentlichen Verbesserungen für alle Behinderten traten mit dem neuen Schwerbehindertengesetz Mitte der 1970er die Belange von Behinderten noch mehr in den Vordergrund. Um seine Themen auch im praktischen Wissenschaftsbetrieb zu etablieren, kam der Landesverband Hamburg einer Bitte des Allgemeinen Krankenhauses Ochsenzoll nach, im Rahmen des Lehrplanes Vorträge über Fragen der beruflichen und medizinischen Rehabilitation zu halten.

Kurz nach Amtswechsel im Rathaus im November 1974 zum jungen Hans-Ulrich Klose, der z.B. in den Bereichen Koordinierung und Planung des Wohnungsbaus, Rehabilitation, Ausweis- und Vergünstigungswesen oder der Erwachsenenbildung für Behinderte auf konstruktive und kontinuierliche Zusammenarbeit setzte, erfolgte wenig später auch der Stabswechsel im Landesverband. Bereits 1976 übernahm Harry Lüdicke das Amt des Landesgeschäftsführers von Hans-Werner Fichtner. Mit dem Ausscheiden von Edward Reimer 1977 endete eine Hamburger Ära, innerhalb derer der Verband eine Verdreifachung der Mitgliedzahlen verzeichnen konnte. Später wurde Reimer zum Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes ernannt.

Die neue Mannschaft unter dem neuen 1. Landesvorsitzenden Hellmut Strauch sowie dessen Stellvertreter Herbert Starcke trat an, den Verband im besten gemeinnützigen Sinne fortzuführen und zu modernisieren. Konkrete Verbesserungen, die in den 1970er Jahren erreicht werden konnten, waren ein konstanter Ausbau der Rechtsberatung (so konnte der Landesverband laut Harry Lüdicke z.B. 1977 über 2,8 Millionen Mark Nachzahlungen erreichen) oder auch bauliche Optimie-

rungen, die z.B. die Hamburger Musikhalle oder das Volksparkstadion für Schwerbehinderte besser zugänglich machten.

Der seit 1973 regelmäßig vom Senat vergebene Senator-Neumann-Preis, der Einrichtungen und Personen in Hamburg würdigt, die sich erfolgreich für Chancengleichheit, soziale Integration und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen einsetzen und zu einer gelungenen Inklusion beitragen, geht ebenfalls auf diese Zeit zurück.

Die 80er Jahre – Der gute Hamburger Weg – erfolgreich trotz Sparprogrammen

Die 1980er Jahre begannen auf Bundesebene mit einem großen Erfolg, denn es wurde erreicht, dass schwerbehinderte Arbeiter und Angestellte von nun an von der flexiblen Altersgrenze Gebrauch machen und bereits ab dem 60. Lebensjahr in den verdienten Ruhestand gehen konnten. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten lag allerdings mit 100.000 sehr hoch, weshalb der Reichsbund 1982 ein Aktionsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe vorlegte. Das Sparprogramm, das im Juli 1983 von der sozialliberalen Koalition verabschiedet wurde, führte allerdings zu circa 8 Milliarden Mark Einsparungen an Sozialleistungen, was sich vor allem auf die Kriegsoffer, Rentner, Arbeitslosen und Kranken auswirkte.

Der Landesverbandstag 1983 fand im Berufsförderungswerk in Hamburg-Farmsen im Beisein des Ersten Bürgermeisters Dr. Klaus von Dohnanyi in einer von Einschränkungen geprägten Zeit statt. Der Bürgermeister bedankte sich ausdrücklich für die Arbeit des Landesverbandes und sicherte die volle Unterstützung des Senats beim gemeinsamen Einstehen für eine gerechtere Sozial- und Wirtschaftspolitik zu. Er nahm damit Bezug auf die Ermahnungen, die der Verband kurz zuvor im Curio-Haus unter dem Motto »Kampf gegen die soziale Demontage« an die Politik gerichtet hatte: bei aller notwendigen Anpassung des Systems der sozialen Sicherung an die realen finanziellen Gegebenheiten, die grundlegenden Prinzipien der Fürsorge nicht aufzugeben.

Der Landesverband in Hamburg arbeitete auf lokaler Ebene so unermüdlich wie erfolgreich weiter, um die Bedingungen in der Hansestadt konsequent zu optimieren. Es konnte erreicht werden, dass der Service für schwerbehinderte Stadtparkbesucher verbessert und diverse Anlagen an der Schönen Aussicht, dem Eppendorfer Marktplatz, am Eulenkamp oder am Winterhuder Marktplatz behindertengerecht

umgebaut wurden. Die Zahlen der Baubehörde Hamburg von 1983 zeigen zudem, dass das Angebot an behindertengerechten Wohnungen im inneren wie im äußeren Stadtgebiet vergrößert werden konnte. An der Universität Hamburg, der Technischen Universität Harburg oder auch an der Hochschule für Bildende Künste wurden Beratungsstellen für behinderte Studenten eingerichtet, die über Wohnmöglichkeiten, Serviceangebote oder Selbsthilfegruppen informierten. Darüber hinaus kümmerte sich der Verband z.B. auch um die Führerscheinausbildung für Körperbehinderte in Hamburg.

1986 löste Harro Schulz, Mitglied im Reichsbund seit 1968, den bisherigen 1. Landesvorsitzenden Hellmut Strauch in seinem Amt ab. Stellvertretend für so viele, die sich über Jahrzehnte in den Dienst des Menschen stellten, sei an dieser Stelle Hermann Hußmann erwähnt, der im November 1946 von der britischen Militärregierung die Lizenz für die Herausgabe des »Rohrpostbriefes« erhalten und so mit viel persönlichem Einsatz den Grundstein der heutigen Verbandszeitschrift gelegt hatte. Im Jubiläumsjahr 1987 wurde Hußmann mit der Verdienstmedaille des Reichsbundes ausgezeichnet.

Auf dem 11. Landesverbandstag im Mai 1987 bekräftigte der Landesverband einmal mehr seine Forderung, den allgemeinen Entsolidarisierungsprozess zu stoppen und Hamburger Behinderte an den Entscheidungen auf allen Ebenen zu beteiligen. Das vorrangige Ziel war es damals wie heute, Politik für Behinderte aktiv zu gestalten. Mit dem Ziel, eine weitestgehende Unabhängigkeit von fremder Hilfe zu ermöglichen, die gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen, die soziale und berufliche Integration zu ermöglichen sowie rationalisierte, wohnortnahe Hilfe und Betreuungsangebote zu schaffen. Diesem Ziel diente ab Ende der 80er auch der neue, zusätzliche Beratungsschwerpunkt beim Landesverband, nämlich die Rehabilitationsberatung.

Auf der Verbraucherausstellung »Du und Deine Welt« präsentierte sich der Verband wie in den Folgejahren auch, u.a. vertreten durch Dina Thormann, einem größeren, interessierten Publikum und intensivierte damit seine Öffentlichkeitsarbeit.

Der Reichsbund in Hamburg stand aber Ende der 1980er Jahre, wie Harro Schulz es ausdrückte, auch vor immensen organisatorischen Aufgaben. Es galt nicht nur, neue und jüngere Mitglieder aus den vertretenen Personenkreisen zu werben und eine bessere Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Vielmehr galt es, die neuen Mitglieder auch zur Mitarbeit in den Ortsgruppen und Kreisen zu motivieren und dabei zu berücksichtigen, dass Behinderte und Frauen angemessen vertreten waren.

Es ging ihm darum, den Reichsbund als starke Interessenvertretung auch für zukünftige Generationen zu erhalten.

Die 90er Jahre – Der Verband zwischen Bundespolitik, Basisarbeit und innerer Restrukturierung

Unter dem Eindruck der Wiedervereinigung und der Auflösung der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung richtete sich nun der Blick des Reichsbundes verstärkt auf die Lebensverhältnisse der Behinderten, Älteren und Rentner gerade auch in den neuen Bundesländern sowie auf die Entwicklung in Europa und das soziale Gefälle zur Dritten Welt. Der Verband unter dem Vorsitzenden Harro Schulz konnte weiter auf deutliche Unterstützung aus dem Rathaus bauen – auch unter dem neuen Bürgermeister Dr. Henning Voscherau, der zusagte, das Problem der finanziellen Sicherung der Pflege umfassend anzugehen.

Max Müller, heute noch Mitglied im Landesverband, war einer derjenigen, die sich konsequent für die Rechte der Senioren in der Stadt stark machte. Bereits Anfang der 1990er plädierte er für mehr Mitspracherechte der Senioren, unterstrich den Stellenwert der Basisarbeit, um die Anliegen der Älteren überhaupt thematisieren zu können und wies vehement auf die Notwendigkeit einer zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit hin, um Einfluss auf die Entscheidungsebenen nehmen zu können. Wie viele Ältere sich für den Landesverband in Hamburg verdient gemacht hatten, verdeutlichen beispielhaft diese Zahlen: 1990 wurden in Hamburg 255 Mitglieder für ihre 40-jährige Mitgliedschaft, zwei für ihre 50-jährige und zwei weitere sogar für ihre 60-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet.

Im Juni 1991 stellte der Landesverband die Weichen für die kommenden vier Jahre in Hamburg. Existenzsicherung der 40 Sozialstationen, die bessere Ausbildung von Pflegekräften, der Ausbau der Betreuung von behinderten Kindern in Tagesstätten, die langfristige Sicherung von Betreuung in Sonderschulen, die Intensivierung der Jugend- und Frauenarbeit oder der Bau von genügend behindertengerechten Wohnungen waren Zielsetzungen, die es zu verfolgen galt. Vorbildlich schritt der Landesverband bei vielen dieser Themen voran, wie z.B. 1991 bei der Grundsteinlegung für neue Reichsbundhäuser in der Holstenstraße. Ein besonderes Projekt wurde 1994 mit dem Senator-Neumann-Preis ausgezeichnet. Nämlich das vom Landesverband vor-



geschlagene »Stadthaus-Hotel« in Altona, welches, bundesweit einzigartig, von behindertem Personal betrieben wurde.

Konkrete Projekte, die der Landesverband in den 90er Jahren umsetzte, waren Computerkurse für Behinderte, Initiativen für rollstuhlgerechte Toiletten oder Informationskampagnen für Arbeitgeber über die Möglichkeit von Lohnzuschüssen bei Einstellung von Langzeitarbeitslosen. Ebenso erreichte der Landesverband in Zusammenarbeit mit der Hamburger Hochbahn und anderen Behindertenverbänden deutliche Fortschritte im behindertengerechten Nahverkehr. Als Pionierprojekt herauszuheben war die Unterstützung für die Realisierung des Zentrums für Gebärdensprache und Kommunikation Gehörloser an der Universität Hamburg als erste und einzige Forschungs- und Arbeitsstelle dieser Art im deutschen Sprachraum. Zudem wahrte der Verband natürlich die Qualität seines Personals und schulte seine ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der Sozialgerichtsbarkeit zum Thema Pflegeversicherung. Der 13. Landesverbandstag wählte August Bronnmann wieder zum 1. Landesvorsitzenden und Elke Frank sowie Herbert Gumps zu dessen Stellvertretern.

Ende der 1990er drängte das Thema Rente und Generationenvertrag immer mehr auf die Tagesordnung, und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vermeldete signifikant erhöhte Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger-Zahlen. Zum Jahresende 1997 waren doppelt so viele Haushalte auf staatliche Hilfe angewiesen wie noch zwölf Jahre

Das »Stadthaus-Hotel« in Altona gilt heute als das bekannteste Integrationshotel Europas.

zuvor. Angesichts dieser statistischen Zahlen formulierte der Landesverband 1999 ein sozialpolitisches Förderungsprogramm, das noch mehr darauf ausgerichtet war, den behinderten und alten Menschen in Hamburg das Leben zu erleichtern.

Bevor sich der gesamte Reichsbund unter dem neuen Namen »Sozialverband Deutschland« nach der 14. Bundestagung in ein neues Jahrtausend aufmachte, begannen im Landesverband Diskussionen über eine interne Strukturreform: Eine Verschlankung von sieben auf drei Kreise sollte eine effektivere Arbeit des Verbandes ermöglichen. Nach sehr intensiven und emotionalen Kontroversen, die von 1999 bis 2001 dauerten und in deren Zuge die bisherige Führung unter August Bronnmann, Bodo Schümann und Margot Garbers ihre Ämter niederlegte, musste sich auch die Führungsspitze auf einem außerordentlichen Landesverbandstag 2001 neu finden. Es übernahmen als 1. Landesvorsitzender Alfred Deh und Inge Jefimov als 2. Landesvorsitzende.

Der Landesverband Hamburg im neuen Jahrtausend

2001 ging eine jahrzehntelange, sozialdemokratische Ära zu Ende, als die SPD unter Ortwin Runde die Regierungsgeschäfte an eine von Ole von Beust geführte, konservativ-liberale Koalition abgeben musste. Damit endete zunächst auch ein etabliertes, gutes Verhältnis des Verbandes zu den politischen Entscheidern, das jetzt neu aufgebaut werden musste.

Im Bund protestierte der Sozialverband ab 2003 unter dem Motto »Quo vadis, soziale Gerechtigkeit« in zunehmendem Maße gegen die Sozialleistungskürzung, gegen die Rente mit 67 wie auch gegen die Gesundheitsreform, die unter Bundeskanzler Schröders Agenda 2010 umgesetzt werden sollten, und drohte sogar mit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Mehr Zuzahlungen bei Medikamenten, Nullrunden bei den Rentnern oder die Erhöhung der Kassenbeiträge waren weitere Punkte, bei denen der Sozialverband per definitionem Einspruch einlegen musste.

Die langjährig erprobte lokale Verbandsarbeit hingegen war nach wie vor erfolgreich. Der Landesverband warb um mehr junge Mitglieder, informierte über Angebote auf der Fachmesse »Pflege und Reha 2003« und gab Arbeitslosen sowie Rentnern Tipps bei Themen wie Kontopfändung und Nebenjobvoraussetzungen oder erteilte Mietern Ratschläge zur Kostenbeteiligung bei Schönheitsreparaturen.

2003 wurden Alfred Deh als 1. Vorsitzender und Inge Jefimov als 2. Landesvorsitzende in ihren Ämtern bestätigt, wobei Jefimov ab April 2004 den ersten Landesvorsitz übernahm. Anlässlich des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung informierte der Landesverband in Kooperation mit dem Senat und »Barrierefreies Leben e.V.« in einer Wanderausstellung über Erfolge und Ziele ihrer Arbeit. Zudem unterstützte er das Modellprojekt »Persönliches Budget«, um die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung zu fördern. Einen großen Erfolg konnte der Landesverband im März 2005 verbuchen, als in Hamburg die gesetzlichen Grundlagen für eine Gleichstellung behinderter Menschen geschaffen wurden. Mit dieser Hamburger Regelung wurde das Diskriminierungsverbot aus dem Grundgesetz im öffentlich-rechtlichen Bereich umgesetzt.

Die 3. Gesundheitsreform der Großen Koalition 2007 begleitete der Sozialverband – im Jahr seines 90-jährigen Jubiläums – höchst kritisch und verurteilte die gravierenden Mängel in der Pflege aufs Schärfste. Weitere Beispiele für die unermüdliche, wirksame Arbeit des Landesverbandes im Kleinen waren ein Aktionstag rund um das ehrenamtliche Engagement und damit einhergehend die Kampagne »Guttun – tut gut«, ebenso wie vom Landesfrauenausschuss organisierte Informationsveranstaltungen zum Thema Demenz und die Unterstützung des Pilotprojektes der Bücherhallen Hamburg, die einen Hol- und Bringdienst einrichteten.

Bei allen guten Ergebnissen und Fortschritten auf der lokalen Ebene blieben die Themen Mindestlohn, Lohndumping, Rentenkürzung und Altersarmut weiterhin aktuell. Seit dem Einsetzen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 stieg die Arbeitslosigkeit erneut und traf vor allem Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund und Jugendliche aus sogenannten Problemstadtteilen. Durch die Aktionswoche »Älter werden in Hamburg« endete das Jahrzehnt mit der Fokussierung auf das Problem der Altersarmut.

Der Eintritt ins neue Jahrzehnt erfolgte dann unter dem Stichwort Inklusion, sprich der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Teilen der Gesellschaft. Allerdings stand das Gemeinwesen auch zu dieser Zeit auf dem Weg zur wirklichen Inklusion, wie es der erste Bundesvorsitzende Adolf Bauer 2011 treffend beschrieb, noch am Anfang und benötigte – und benötigt bis heute – Einrichtungen wie den Landesverband, um dieses ehrenwerte Vorhaben im täglichen Miteinander fest zu etablieren.

Der Landesverband Hamburg gab 2011 eine Expertenstudie zur Entwicklung der sozialen Lage und der zukünftigen Entwicklung in Hamburg in Auftrag – und dokumentierte damit im Ergebnis deutlichen Handlungsbedarf in den Bereichen Armut und soziale Spaltung, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Lage der Senioren und Kinder, der Situation von Migranten und Obdachlosen und bei Alleinerziehenden sowie der Barrierefreiheit. Der Verband kritisierte überdies Lohndiskriminierung und forderte auf dem »Equal Pay Day« gleichen Lohn für Männer und Frauen in Hamburg.

In Hamburg zerbrach 2011 das schwarz-grüne Bündnis unter Christoph Ahlhaus, und nach den Neuwahlen übernahm die von Olaf Scholz geführte SPD wieder die Regierungsgeschäfte. Im Landesverband übernahm der langjährige Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses Klaus Wicher die Nachfolge von Inge Jefimov und kündigte an, die Hamburger Politik streng in die Pflicht zu nehmen. Die Organisation stellte sich mit seinem neuen Vorsitzenden deutlich professioneller auf, da ab nun noch mehr Wert auf Transparenz, auf Evaluation sowie auf die Überprüfbarkeit der sozialen Hilfen gelegt wurde, um die Wirksamkeit der Maßnahmen einschätzen zu können. Natürlich blieb der Landesverband ganz nah an der Politik und setzte mit dem 10-Punkte-Programm gegen Armut und der »Hamburger Erklärung« deutliche Ausrufezeichen für eine sozial gerechtere Gesellschaft. Der Landesverband forderte eindrücklich eine Abkehr von der Fokussierung auf bloße wirtschaftliche Interessen in der Hansestadt sowie eine stärkere finanzielle Inanspruchnahme der Wohlhabenden und der Wirtschaft, um das Gemeinwesen zu stärken. In diesem Zusammenhang betonte er auch den Wert einer funktionierenden Asylpolitik, unterstützte den Senat bei seiner Arbeit, den Hilfesuchenden ein menschenwürdiges Asyl zu geben und sprach sich deutlich gegen die Pegida-Bewegung aus.

Im September 2013, nach fast einjähriger Renovierungszeit, konnte die Landesgeschäftsstelle an ihrem angestammten Ort in Barmbek wieder ihren Betrieb aufnehmen. Auf der 20. Landesverbandstagung im Mai 2015 wurde Klaus Wicher in seinem Amt als 1. Landesvorsitzender bestätigt und führt so, unterstützt vom 2. Landesvorsitzenden Peter Deutschland, der 2. Landesvorsitzenden Brigitte Krebelder und dem gesamten Team des Landesvorstandes sowie der Landesgeschäftsführerin Karin Wöhrmann, den SoVD Hamburg 2017 ins zweite Jahrhundert seines Bestehens.

Wie wichtig innerorganisatorische Innovation dem Landesverband heute ist, zeigt sich immer mehr gerade auch in der Verbandsführung:



Klaus Wicher entwickelte den Landesverband zusammen mit dem Landesvorstand und Karin Wöhrmann zu einer wirtschaftlich stabilen und in jeder Hinsicht leistungsstarken Organisation weiter, die ihre Rolle in Hamburg als Mahnerin an die Politik mehr denn je erfüllt und Sozialpolitik dezidiert mitgestaltet.

So gelang es nach der Bürgerschaftswahl 2015 sogar, dass in den Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung langjährige Forderungen des Sozialverbandes einfließen, wonach in einem ersten Schritt 1.000 Langzeitarbeitslose sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten erhalten und Seniorinnen und Senioren durch aufsuchende Sozialarbeit nach dem Bremer Modell und Vorbildern aus Skandinavien Unterstützung erhalten sollten.

Insbesondere durch das Wirken von Klaus Wicher zog betriebswirtschaftliches Denken und Handeln in die hauptamtliche Arbeit ein.

*20. Landesverbandstagung
»Für ein soziales und gerechtes
Hamburg« des
SoVD Hamburg
am 30.5.2015 im
BFW Berufsförderungswerk.*

Marketing wurde zur Handlungsmaxime, genauso wie Controlling als Voraussetzung für Entscheidungen. Das Leistungsangebot wurde deutlich erweitert, so dass hierdurch sowohl die Mitgliedergewinnung als auch die Mitgliederbindung wesentlich stimuliert wurde. Als Redner auf Veranstaltungen wie »Umfairteilen«, »TTIP/CETA« sowie diversen Neujahrsempfängen oder zum 1. Mai mit bis zu 50.000 Besuchern auf dem Hamburger Rathausmarkt hat Klaus Wicher politisch Einfluss genommen und zur Verbreitung der Marke SoVD in Hamburg beigetragen. Im Verband machte er sich als kritischer Reformler einen Namen. Mit ihm ist beispielsweise die Einführung der elektronischen Beratung und damit die Hinwendung zu einem modernen Sozialverband im digitalen Zeitalter verbunden, der die Chance hat, sein Wachstum und damit seinen Einfluss deutlich zu vergrößern.

Sowohl die Verbandsführung als auch die Mitglieder wollen und werden der Politik weiter »unbequeme Wahrheiten sagen« und die Politik in den Bereichen Inklusion, Gleichberechtigung, Kinderrechte, Chancengleichheit, Kinder- und Altersarmut, Wohnungsnot und allen anderen Bereichen der sozialen Gerechtigkeit an ihre fortwährende Verantwortung für eine für alle lebenswerte Gesellschaft erinnern.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, alle namentlich zu nennen, die in meist jahrzehntelanger Tätigkeit den Reichsbund und Sozialverband in Hamburg mit Leben erfüllt haben. Langjährige und verdiente Mitglieder wie Edda Reimer, Walter Praß, Max Müller oder Ernst Heilmann mögen exemplarisch für das stehen, was diesen Verband ausmacht.

Was Harro Schulz Ende der 1980er wünschend und animierend formulierte, ist im Sinne aller Mitglieder und Funktionsträger wahr geworden: Die mittlerweile über 19.000 Mitglieder tragen gemeinsam diesen Landesverband – sie haben ihn gegründet, weiterentwickelt und verteidigt, angetrieben von dem unbedingten Willen, sich uneigennützig in die Gesellschaft einzubringen. Vor dem Hintergrund der eigenen, ereignisreichen Geschichte wird der Sozialverband Hamburg auch weiterhin eines der großen Aushängeschilder der Hansestadt bleiben, wenn es darum geht, dem Nächsten leidenschaftlich Hilfe zu gewähren und sich für die soziale Gerechtigkeit stark zu machen.

Christian Vogt, Historiker-Genossenschaft eG

GEMEINSAM FÜR BEGEGNUNG UND AUSTAUSCH ZWISCHEN DEN GENERATIONEN

Wir gratulieren dem SoVD zum 100-jährigen Jubiläum
und freuen uns über unsere Kooperation



Ein Projekt der GEMEINSAM Jung und Alt für Teilhabe und Lebensfreude gUG(mbH)
www.kulturisten-hoch2.de

IHRE GESCHICHTE - UNSER THEMA



Unser Team für Ihre Geschichte
WWW.HISTORIKERGENOSSENSCHAFT.DE

Historiker-Genossenschaft eG
Specksaalredder 54, 22397 Hamburg
City-Büro: Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg

040 645 043 35 · info@historikergeno.de

Historiker
GENOSSENSCHAFT

SOZIALPOLITIK

Der SoVD im Bund und in Hamburg als sozialpolitische Interessenvertretung: Ziele, Forderungen und Aktivitäten



Der Sozialverband SoVD hat sich von Anfang an zum Ziel gesetzt, im Interesse der sozial Schwachen und Benachteiligten ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe insbesondere durch die sozialpolitische Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung sowie durch Mitwirkung in der Sozialgerichtsbarkeit zu erreichen. Er hat dabei immer den Menschen in den Mittelpunkt gestellt.

Für soziale Gerechtigkeit kämpfen

Die Geschichte des SoVD ist eng mit der deutschen Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts verknüpft. Durch konstruktive Mitwirkung und viele Initiativen hat der Verband am Aufbau des Sozialstaates in der Bundesrepublik Deutschland maßgeblichen Anteil. Dies gilt für die Weiterentwicklung der Kriegsopferversorgung und des Schwerbehindertenrechts genauso wie für alle anderen Zweige der sozialen Sicherung. Ganz besonders deutlich wird die mitgestaltende Kraft des SoVD bei der Entwicklung des Behindertenrechts und des in seinen Leistungen beispielhaften Systems der Rehabilitation.

Heute liegen die Schwerpunkte der politischen Einflussnahme des SoVD vor allem auf den Gebieten der Armutsverhinderung und Armutsbekämpfung, der Weiterentwicklung der Kranken- und Pflegeversicherung, Neuausrichtung der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie einer uneingeschränkten Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben und damit an der Gesellschaft.

Die Sozialpolitik des SoVD war nie Selbstzweck, sondern mitgestaltender Beitrag zur Verwirklichung des Sozialstaatsgebots – sie verbindet sachliche Überzeugungskraft mit kämpferischem Einsatz für die Idee der sozialen Gerechtigkeit. Parteipolitische Neutralität und finanzielle Eigenständigkeit verhalfen dem Verband zu jener Unabhängigkeit von Regierungen und Parteien, die das Recht auf kämpferischen Einsatz wahrte, wenn sozialpolitische Grundsätze und soziale Leistungen in Gefahr waren.

Auch der Jugend- und Frauenarbeit widmet der SoVD besondere Aufmerksamkeit. In den Landesverbänden und auf Bundesebene befassen sich Frauenarbeitskreise und -ausschüsse mit vielfältigen Themen unter frauenpolitischen Aspekten. Die Jugendorganisation im Sozialverband Deutschland e.V., kurz SoVD-Jugend, ist der Zusammenschluss von behinderten und nichtbehinderten Jugendlichen in zahlreichen SoVD-Jugendgruppen vieler Städte und Gemein-

den; die SoVD-Jugend steht für Integration und gleichberechtigte Partnerschaft.

Von besonderer Bedeutung ist die Mitarbeit in sozialpolitischen Beratungs- und Entscheidungsgremien. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landes-, Kreis- und Ortsebene ist der SoVD in zahlreichen Beiräten, Arbeitsgemeinschaften und Ausschüssen vertreten und kann auf diese Weise die Politik für behinderte, ältere und sozial schwache Menschen maßgeblich mitgestalten. Unter anderem wirkt der SoVD im Bund in folgenden Fachgremien und Fachverbänden mit:

- Beirat für die Teilhabe behinderter Menschen beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
- Bundesausschuss der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
- Beratender Ausschuss für Behinderte bei der Bundesanstalt für Arbeit
- Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR)
- Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V.
- Deutscher Frauenrat
- Deutscher Behindertenrat
- Ausschuss für Fragen behinderter Menschen beim Bundesinstitut für Berufsbildung
- durch ehrenamtliche Richter wirkt der Sozialverband Deutschland darüber hinaus in allen Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit bei der Rechtsfindung und der Sozialrichterschulung mit.

Hinzu kommen in der Freien und Hansestadt Hamburg:

- Verwaltungsausschusses beim Amt für Soziales in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
- Landesfrauenrat Hamburg e.V.
- Beratender Ausschuss für behinderte Menschen beim Integrationsamt Hamburg

Das Bekenntnis zu Frieden, Völkerverständigung und Abrüstung war für den SoVD stets mehr als eine bloße Deklamation. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg bemühte man sich um die Wiederaufnahme internationaler Kontakte und hat bei der internationalen Arbeit immer das Ziel verfolgt, der Verständigung zwischen den Völkern zu dienen und den Friedenswillen des deutschen Volkes sichtbar zu machen. Dadurch ist es gelungen, nicht nur zu Partnerverbänden in den westlichen Ländern, sondern auch zu entsprechenden Verbänden in Osteuropa ein vertrauensvolles Verhältnis herzustellen. Der SoVD arbeitet seit vielen Jahren mit verschiedenen internationalen Organisationen zusammen.

An sozialpolitischen Auseinandersetzungen hat es in der Geschichte des Sozialverbandes SoVD nicht gefehlt. Sie wurden zu Stationen der Bewährung und der Bestätigung dafür, dass der SoVD durch zehn Jahrzehnte seines Wirkens hinweg zu einer unverzichtbaren progressiven Kraft in der Sozialpolitik geworden ist. Als große Solidargemeinschaft bildet der Verband eine starke Lobby für Menschen, die Hilfe brauchen und benachteiligt sind.

Diese Solidarität wirkt seit 1917, als der Verband in Zeiten größter Not gegründet wurde. Auch heute wird diese gesellschaftliche Verantwortung gelebt und die Vorschläge des SoVD tragen noch immer maßgeblich dazu bei, den Sozialstaat sowie seine sozialen Sicherungssysteme zu verbessern und zu erhalten. Durch öffentliche Stellungnahmen und Fachpublikationen, politische Initiativen und Protestaktionen tritt der SoVD auch dem zunehmenden Sozialabbau offensiv entgegen und erreicht Aufmerksamkeit für die wichtigen sozialpolitischen Themen in der Gesellschaft.

Für eine solidarische Gesellschaft

Der SoVD setzt sich ein für Frieden, Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Nur ein Höchstmaß an Chancengleichheit, Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Sicherheit ermöglicht allen Menschen ein menschenwürdiges Leben sowie eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe in unserer Gesellschaft und sichert den sozialen Frieden. Staatliches Handeln muss deshalb in allen Bereichen stets von dem Ziel geprägt sein, das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes wirkungsvoll umzusetzen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Der SoVD setzt sich für die Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft ein, die von Toleranz und Mitmenschlichkeit geprägt ist. Aufgabe einer solchen solidarischen Gesellschaft ist es, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen sowie allen Ausgrenzungs- und Entsolidarisierungstendenzen entschlossen entgegenzutreten. Alle Menschen in unserem Land müssen die gleichen Chancen auf ein erfülltes Leben in unserer Gesellschaft haben – egal ob jung oder alt, gesund oder krank, behindert oder nicht behindert, reich oder arm. Jedes politische Handeln muss darauf ausgerichtet sein, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu unterstützen und zu befördern.

Für einen inklusiven Arbeitsmarkt

Trotz eines spürbaren Rückgangs der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren hat sich die Deregulierung des Arbeitsmarktes über die letzten Jahrzehnte fatal auf die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitssuchenden ausgewirkt: Unbefristete »normale« Arbeitsverhältnisse werden verdrängt durch atypische Beschäftigungsverhältnisse. Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglohnssektoren und Armut haben trotz Arbeit stark zugenommen. Der SoVD fordert eine Wiederherstellung der Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Hierzu gehören die Verstetigung und die Wiedereinführung bewährter Arbeitnehmerschutzvorschriften und eine faire Entwicklung der Löhne. Soziale Regulierungen des Arbeitsmarktes müssen die Unternehmen dazu anhalten, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Alle erwerbsfähigen Menschen haben das Recht auf gute Arbeit. Arbeit darf nicht krank machen, sondern muss die Gesundheit aufrechterhalten. Arbeit darf nicht zu Armut führen, sondern muss ein Leben in sozialer und materieller Sicherheit ermöglichen und die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sicherstellen. Arbeit muss Raum für die freie Entfaltung der Persönlichkeit schaffen und individuelle Talente fördern. Daher muss oberstes Ziel einer nachhaltigen Arbeitsmarktpolitik sein, sozialversicherungspflichtige Arbeit zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und zu tariflichen beziehungsweise ortsüblichen Löhnen zu fördern.

Durch den gesetzlichen Mindestlohn muss der zunehmenden Ausweitung von Niedriglöhnen entgegengewirkt werden. Allerdings muss der Mindestlohn für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten. Insbesondere sind die Ausnahmeregelungen für Jugendliche unter 18 Jahre und für vormals Langzeitarbeitslose zu streichen. Der Mindestlohn sollte jährlich angepasst werden. Gleichzeitig müssen wirksame Überwachungsmechanismen eingeführt werden, damit der Mindestlohn auch tatsächlich gezahlt wird. Ebenso unverzichtbar zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors ist, dass die geringfügige Beschäftigung wieder in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt wird. Der SoVD fordert, für geringfügige Beschäftigung grundsätzlich die volle Sozialversicherungspflicht einzuführen. Damit wäre ein wichtiger Beitrag geleistet, um die fortschreitende Prekarisierung aufzuhalten. Insbesondere Frauen, die den Großteil der Minijobbeschäftigten ausmachen, erhalten dadurch die Chance auf ein höheres Einkommen und eine verbesserte soziale Sicherheit.

Der SoVD fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik, den Vorrang für eine aktive Beschäftigungspolitik und für eine erhöhte soziale Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Unternehmen. Die Arbeitsförderung von benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt muss verbessert werden. Hierzu gehören gering qualifizierte, gesundheitlich eingeschränkte, ältere, behinderte und schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen sowie Migrantinnen und Migranten. Der SoVD fordert, den Abbau der Arbeitsmarktförderung rückgängig zu machen, die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter mit einem ausreichenden Haushalt für eine aktive Arbeitsförderung auszustatten und diese Mittel auch tatsächlich einzusetzen.

Qualifizierte Beratungs-, Förderungs- und Vermittlungsangebote sind vor allem für Menschen mit Behinderungen unverzichtbar und daher dringend auszubauen. Die steigende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften erfordert weitere Kraftanstrengungen beim Ausbau der Aus- und Weiterbildung. Insoweit haben Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber eine vordringliche Verantwortung dafür, dass alle Jugendlichen, insbesondere auch junge Menschen mit Behinderungen, einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten.



**100 Jahre für eine gerechte
und soziale Stadt.
Darauf könnt ihr stolz sein.
Herzlichen Glückwunsch!**



Es ist nicht hinzunehmen, dass trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung für viele Menschen in Deutschland eine existenzsichernde Vollzeitbeschäftigung nicht erreichbar ist. Besonders schwer haben es Langzeitarbeitslose, die trotz erheblicher Vermittlungsbemühungen derzeit kaum noch Aussicht darauf haben, in reguläre Beschäftigung integriert zu werden. Der SoVD setzt sich für die Schaffung öffentlich geförderter und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit Tariflöhnen für diesen Personenkreis ein. Es muss ein Anspruch auf eine sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigung geschaffen werden, um die Beschäftigungsfähigkeit der benachteiligten Personengruppen zu verbessern, ihre Qualifikationen zu erweitern und damit ihre Eingliederung in reguläre Beschäftigung zu ermöglichen.

Neben einer aktiven Arbeitsmarktpolitik fordert der SoVD auch eine bessere soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenversicherung muss wieder einen grundsätzlichen Schutz bei Arbeitslosigkeit bieten. Darauf haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund ihrer Beiträge einen grundgesetzlich garantierten Anspruch. Daher sind die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld I zu erleichtern. Insbesondere die Anspruchsvoraussetzungen müssen an die veränderte Arbeitsmarktsituation angepasst werden. Unstetig Beschäftigten, wie Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern oder befristet Beschäftigten, sollte auch bei einer Vorbeschäftigungszeit von weniger als zwölf Monaten ein – zeitlich gekürzter – Anspruch auf Arbeitslosengeld I gewährt werden. Darüber hinaus ist die Dauer des Leistungsbezugs zu verbessern. Um einen schnellen Absturz in das Fürsorgesystem von Hartz IV zu verhindern, fordert der SoVD eine Verlängerung der Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes I, die sich am Lebensalter und damit an den Arbeitsmarktchancen der Betroffenen orientiert. Die Übergänge vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II müssen finanziell abgefedert werden. Um dem zu begegnen, fordert der SoVD die Einführung einer zusätzlichen Geldleistung (»Arbeitslosengeld II Plus«), die neben dem Arbeitslosengeld II gewährt wird und im Anschluss an den Bezug von Arbeitslosengeld I beansprucht werden kann. Das Arbeitslosengeld II Plus sollte zeitlich unbefristet gewährt werden.

Für eine ausreichende und sachgerechte Finanzierung müssen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung so ausgestaltet werden, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Kernaufgaben und Versicherungsleistungen erbringen kann. Darüber hinaus muss wieder ein verlässlicher Bundeszuschuss geleistet werden, damit sichergestellt ist, dass die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit

in ausreichendem Maß und sozial gerecht finanziert werden können. Hierzu zählt auch das vom SoVD geforderte Arbeitslosengeld II Plus, das über Steuermittel zu finanzieren ist. Die von der Politik in den letzten Jahren zur Sanierung des Bundeshaushalts vorgenommenen ungerechtfertigten Kürzungen im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit sind wieder rückgängig zu machen.

Für eine leistungsfähige und solidarische Krankenversicherung

Jeder Mensch hat unabhängig von Einkommen und Alter einen unbedingbaren Anspruch auf Schutz, Erhaltung und bestmögliche Wiederherstellung der Gesundheit. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist eine vorrangige sozialstaatliche Aufgabe. Die gesetzliche Krankenversicherung stellt dabei den tragenden Eckpfeiler im System der Gesundheitssicherung dar. Der SoVD setzt sich dafür ein, die gesetzliche Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung fortzuentwickeln. Sie muss solidarisch und paritätisch finanziert werden.

Im Mittelpunkt des Gesundheitssystems müssen die Patientinnen und Patienten stehen. Sie sind in das Behandlungsgeschehen aktiv ein-



„Ich werde 100 Jahre alt.“

Entdecken Sie jetzt das vielfältige Engagement der AOK Rheinland/Hamburg für Kinder in allen Lebenslagen. Damit die Kleinen gesund groß werden.
ichwerde.aok.de

Entdecken Sie die Vorteile der AOK Rheinland/Hamburg:
ichwerde.aok.de

Glückwunsch
an den SoVD
zu seinem
100jährigen
Bestehen.



zubeziehen. Die Leistungsgewährung und -erbringung muss ihren Bedarf im Einzelfall decken. Es ist gesetzlicher Auftrag der Krankenversicherung, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder den Gesundheitszustand zu verbessern sowie die Versicherten aufzuklären, zu beraten und auf eine gesunde Lebensführung hinzuwirken. Der SoVD wendet sich vor diesem Hintergrund entschieden gegen die fortschreitende Kommerzialisierung des Gesundheitswesens, die durch das geltende Vergütungssystem verstärkt wird. Der politisch gewollte und durch politische Rahmensetzungen forcierte Preiswettbewerb zwischen den Krankenkassen, der besonders zulasten chronisch kranker Menschen sowie der Bevölkerung in strukturschwachen Regionen geht, muss beendet werden. Patientenorientierung, wie sie der SoVD versteht, heißt, flächendeckend eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung sicherzustellen. Alle Versicherten müssen im Krankheitsfall umfassend und auf einem Niveau versorgt werden, das dem Stand der aktuellen medizinischen Wissenschaft entspricht. Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen sind sukzessive gemindert worden. Der SoVD fordert, dass alle notwendigen medizinischen Leistungen erbracht werden müssen. Eine Versorgung auf hohem medizinischen Niveau muss zugleich höchste Qualität der Leistungserbringung bedeuten. Neben der Heilbehandlung müssen Prävention und Rehabilitation gleichrangige Schwerpunkte der Gesundheitsversorgung sein. Der SoVD fordert, das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge rückgängig zu machen.

Die angesichts wachsender Gesundheitsausgaben ständig wachsende Belastung der Versicherten durch einseitige Zusatzbeiträge ist sozial und unsolidarisch. Einseitige Belastungen und privatwirtschaftliche Elemente wie Auf- und Zuzahlungen sowie Wahltarife sind abzuschaffen. Sie führen insbesondere bei sozial benachteiligten Menschen, die aufgrund von Armut ohnehin höhere Gesundheitsrisiken tragen, zum Verzicht auf Behandlungsmaßnahmen. Solche Elemente verschärfen die soziale Spaltung und haben in der solidarischen Krankenversicherung keinen Platz. Zur Stärkung der Finanzierungsbasis der gesetzlichen Krankenversicherung müssen als Sofortmaßnahmen die private Krankenversicherung in einen umfassenden Solidarausgleich einbezogen sowie die Versicherungspflichtgrenzen angehoben werden. Darüber hinaus ist die Beitragsbemessungsgrenze in einem ersten Schritt zumindest auf das Niveau in der Rentenversicherung anzuheben.

Der SoVD fordert die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer solidarischen und auf Dauer leistungsfähigen



Vorausschauen. Für Ihre Gesundheit.

Sicher in den richtigen Händen sein, z. B.
mit unserem DAK-Spezialisten-Netzwerk.

Eines von zahlreichen Beispielen dafür, dass wir jederzeit vorausschauend für Sie und Ihre Gesundheit da sind. **Sie werden persönlich beraten:**

DAK-Gesundheit Hamburg-Mitte
Großer Burstah 23
20457 Hamburg

Tel.: 040 - 866 25 19 - 0
Fax: 040 - 866 25 19 - 70 60
E-Mail: service715700@dak.de

DAK
Gesundheit



**WIR ARBEITEN ALLE
DARAN, DASS SIE
DAS LEBEN ENTSPANNT
ANGEHEN KÖNNEN.**



100 JAHRE FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT!

DIE BARMER GEK GRATULIERT DEM
SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND
ZUM 100-JÄHRIGEN BESTEHEN

www.barmer-gek.de
service@barmer-gek.de

BARMER GEK

Bürgerversicherung. Sie muss die gesamte Wohnbevölkerung einbeziehen, von der Prävention über die Akutbehandlung bis hin zur Rehabilitation einen umfassenden Versicherungsschutz bieten und nach dem individuellen Einkommen finanziert werden. Der SoVD fordert die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung, damit Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihrer Verantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung gerecht werden. Die heutige Form der Familienversicherung muss auch in einer Bürgerversicherung beitragsfrei bleiben.

Für eine würdevolle Pflege

Die Verwirklichung einer würdevollen Pflege ist eine vorrangige Aufgabe unserer Gesellschaft. Eine würdevolle Pflege trägt elementar dazu bei, die Grundrechte pflegebedürftiger Menschen zu respektieren und zu sichern. Die 1995 eingeführte Pflegeversicherung hat hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet. Jedoch bestehen nach wie vor erhebliche Defizite in der pflegerischen Versorgung wie auch in der strukturellen Ausgestaltung der Pflegeversicherung. Vor diesem Hintergrund und angesichts der großen Herausforderungen, vor denen unsere älter werdende Gesellschaft im Bereich der Pflege steht, fordert der SoVD eine ständige Fortentwicklung der Pflegeversicherung und der Pflegestrukturen.

Pflegebedürftigkeit ist eine Lebenssituation in Abhängigkeit von der Hilfe Dritter, in der die Menschenwürde besonders verletzlich ist. Pflegepolitik muss die Verbesserung der Lebenssituation aller Menschen mit Pflegebedarf und ihrer pflegenden Angehörigen zum vorrangigen und grundlegenden Ziel haben. Menschen mit Pflegebedarf zählen zu den behinderten Menschen. Der mit dem SGB IX erreichte Paradigmenwechsel hin zu Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist auch im Bereich der Pflege zu vollziehen. So kann beispielsweise die Weiterentwicklung des Pflegebudgets eine selbstbestimmte Form der Lebensführung mit Pflegebedarf unterstützen. Im Vordergrund der Pflegepolitik müssen das Wohl und die Interessen des pflegebedürftigen Menschen stehen, nicht Finanzierungsaspekte, wirtschaftliche Interessen und technische Abläufe.

In der Regel wollen pflegebedürftige Menschen selbstbestimmt und in privater Atmosphäre zu Hause leben. Jeder Mensch muss frei wählen können, wo, wie und mit wem er leben will. Der SoVD fordert, den im SGB XI verankerten Vorrang der häuslichen Pflege konsequent

zu verwirklichen. Die Achtung der Menschenwürde auch im Alter und bei Behinderung erfordert, dass Dienstleistungen zu den Menschen gebracht und an ihrem Bedarf gemessen werden. Dazu sind quartiersbezogene Pflegekonzepte umzusetzen und weiterzuentwickeln, alternative Wohn- und Betreuungsformen auszubauen und die Vereinbarkeit von Pflege- und Berufstätigkeit zu verbessern.

Eine präventive Gesundheits- und Pflegepolitik muss grundsätzlich darauf ausgerichtet sein, Selbstständigkeit und Kompetenz in allen Lebensphasen soweit und solange wie möglich zu erhalten und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Dazu braucht es ein integriertes und trägerübergreifendes Zusammenwirken aller Akteure im Gesundheitswesen. Wohnortnahe Angebote für kompetenzerhaltende Maßnahmen und Krisenintervention sowie aufsuchende Beratung und Betreuung, beispielsweise der präventive Hausbesuch bei älteren Menschen, haben sich bewährt und sind auszubauen.

Nach wie vor bestehen in der häuslichen und stationären Pflege erhebliche Mängel und Defizite. Um die Qualität einer würdevollen Pflege sicherzustellen, die sich allein am Wohl des pflegebedürftigen Menschen orientiert, bedarf es vor allem entsprechender tragfähiger und für Kostenträger und Leistungserbringer gleichermaßen verbindlicher Qualitätsmaßstäbe sowie einer entsprechenden Personalausstattung der Pflegeeinrichtungen und -dienste.

Die soziale Pflegeversicherung hat sich zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Sozialstaats entwickelt. Sie muss allerdings gestärkt und weiterentwickelt werden. Zur Stärkung der Finanzierungsbasis der sozialen Pflegeversicherung müssen als Sofortmaßnahmen ein umfassender Solidarausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung installiert sowie die Versicherungspflichtgrenzen angehoben werden. Darüber hinaus ist die Beitragsbemessungsgrenze in einem ersten Schritt zumindest auf das Niveau in der Rentenversicherung anzuheben. Um den Wert der Leistungen zu erhalten, ist eine regelgebundene Dynamisierungsautomatik in die Pflegeversicherung einzuführen. Schließlich ist zu prüfen, inwiefern sich in Anbetracht der demografischen Entwicklung und der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Pflege auch der Bund mit einem dynamisch ausgestalteten Bundeszuschuss an der Finanzierung der Pflegeversicherung beteiligt. Bestrebungen zu einer stärkeren Privatisierung des Pflegerisikos, zum Beispiel durch den Vorsorgefonds oder das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, lehnt der SoVD mit Nachdruck ab. Perspektivisch muss die soziale Pflegeversicherung zu einer paritätisch finanzierten



Pflegebürgerversicherung ausgebaut werden, die alle Bürgerinnen und Bürger und alle Einkommensarten umfasst. Die organisatorische und finanzielle Trennung in soziale und private Pflegeversicherung muss aufgehoben werden.

Für soziale Sicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Der SoVD bekennt sich zur solidarischen gesetzlichen Rentenversicherung. Die Finanzkrise und die anschließende Niedrigzinsphase haben die Anfälligkeit kapitalgedeckter Alterssicherungssysteme abermals deutlich gemacht und gezeigt, dass die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ein außerordentlich leistungs- und anpassungsfähiges Alterssicherungssystem darstellt und damit auch die gesamte Wirtschaft stärkt. Dieses System gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln, damit in Zukunft wieder jede und jeder Versicherte im Alter und bei Erwerbsminderung verlässlich vor materieller Not und sozialem Abstieg geschützt ist.

Eine Stärkung der Akzeptanz des Rentensystems in der Bevölkerung kann allein durch eine Rückkehr zur lohndynamischen und lebensstan-



dardsichernden Rente sowie durch gezielte Maßnahmen des sozialen Ausgleichs zur Vermeidung von Altersarmut erreicht werden.

Die kapitalgedeckte Altersvorsorge kann die mit dem Rentenniveauabbau verbundene Versorgungslücke nicht schließen. Auch deshalb ist die Riester-Rente gescheitert. Der SoVD lehnt daher einen weiteren Ausbau des Kapitaldeckungsverfahrens zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung mit Entschiedenheit ab.

Stattdessen muss eine Rückkehr zur lohndynamischen und lebensstandardsichernden Rente erreicht werden. Nach den massiven Kaufkraftverlusten infolge der erheblichen Eingriffe in das Rentenniveau muss das Sicherungsziel der gesetzlichen Rentenversicherung wieder vorrangiger Maßstab der Rentenpolitik sein und darf nicht weiter dem Ziel der Beitragsstabilität untergeordnet werden. Das Sicherungsziel der gesetzlichen Rentenversicherung muss primär darauf ausgerichtet sein, den im Ruhestand wegfallenden Lohn zu ersetzen und einen angemessenen Lebensstandard im Alter zu sichern. Dieses Ziel wird wegen des immer weiter sinkenden Rentenniveaus schon heute verfehlt und bei allen künftig beginnenden Renten erst recht nicht erreicht werden können. Der SoVD fordert daher eine Rückkehr zur bruttolohnorientierten Anpassung der Renten. Nur durch den Gleichklang von Lohn- und Rentenentwicklung kann die Teilhabe der Rentnerin-

nen und Rentner an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung in der Gesellschaft wieder verlässlich und dauerhaft gesichert werden. Darüber hinaus ist für eine Rückkehr zur lebensstandardsichernden Rente ein schrittweiser Aufbau des Rentenniveaus erforderlich.

Zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards im Alter bedarf es jährlicher und lohnorientierter Rentenanpassungen, um die Renten vor schleichenden, inflationsbedingten Wertverlusten zu schützen und die Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung während der gesamten Dauer des Rentenbezugs zu sichern. Der permanente Wertverfall und der damit verbundene stetige soziale Abstieg der Rentnerinnen und Rentner müssen gestoppt werden. Deshalb fordert der SoVD eine Abschaffung der willkürlichen Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel. Für die schrittweise Rückkehr zur lebensstandardsichernden Rente sind zusätzliche Rentenanpassungen erforderlich.

Der Anstieg von Armut im Alter und bei Erwerbsminderung gefährdet die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung. Zentrale Armutsrisiken, die vor allem Frauen treffen, sind die zunehmenden Lücken in den Erwerbsbiografien, hauptsächlich durch Arbeitslosigkeit, Niedriglohn und prekäre Erwerbstätigkeit einerseits und durch den Leistungsabbau in der gesetzlichen Rentenversicherung andererseits. Die Verhinderung und Bekämpfung von Armut im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine Aufgabe höchster Priorität und muss ursachenbezogen, zielgenau und systemgerecht erfolgen. Dies erfordert in erster Linie eine bessere rentenrechtliche Absicherung in der Erwerbsphase, insbesondere durch gute Löhne sowie ausreichende Rentenversicherungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege. Auch in der Rentenbezugsphase bedarf es einer besseren Absicherung. So müssen insbesondere die zurückliegenden Lücken in den Erwerbsbiografien durch eine befristete Verlängerung der Rente nach Mindesteinkommen geschlossen werden. Wer trotz dieser vorrangigen Maßnahmen nur über ein niedriges Alterseinkommen verfügt, muss über einen gestaffelten Rentenfreibetrag in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung so gestellt werden, dass das Gesamteinkommen deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegt.

Seit der Gründung der gesetzlichen Rentenversicherung gehört die soziale Absicherung bei Erwerbsminderung zu deren Kernaufgaben. Um ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern und eine möglichst dauerhafte Wiedereingliederung zu erreichen, lautet die erstrangige und solidarische Aufgabe, Erwerbsminderungen

90 Jahre Erfahrung in Rehabilitation und Produktion
4.000 Mitarbeiter mit und ohne Behinderung
50-mal im Hamburger Raum

Wir gratulieren zum 100-jährigen Jubiläum!

Innerhalb der Werkstatt wie auch
direkt vor Ort in regionalen Unternehmen
bieten wir Menschen mit Behinderung
berufliche Bildung und Arbeit.

Elbe-Werkstätten GmbH
Nymphenweg 22
21077 Hamburg

Postfach 720163
22151 Hamburg

Telefon 040 | 42868-0
Telefax 040 | 42868-1009

E-Mail info@elbe-werkstaetten.de
www.elbe-werkstaetten.de

anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen

Uns eint das Bestreben, für Chancengleichheit und Inklusion zu sorgen, die Schwachen zu stärken und Hamburg sozial gerechter zu machen.

Wir freuen uns, dass wir dafür im SoVD seit vielen Jahren einen starken Mitstreiter haben.

Der **PARITÄTISCHE Hamburg** gratuliert zum 100. Geburtstag und wünscht weiterhin viel Schwung, gute Ideen und eine wachsende Mitgliederbasis, damit sich der SoVD ein weiteres Jahrhundert für die Belange benachteiligter Menschen einsetzen kann. Denn seine Stimme ist wichtig.

zu verhindern oder zu überwinden. Der Grundsatz »Rehabilitation vor Rente« muss daher in der Praxis stärker und effektiver umgesetzt werden. Um dem gesteigerten Armutsrisiko bei Erwerbsminderung wirksam zu begegnen, fordert der SoVD durchgreifende Leistungsverbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten, insbesondere die Abschaffung der systemwidrigen Abschläge. Ferner muss die Grundsicherung bei Erwerbsminderung auch für diejenigen Betroffenen geöffnet werden, die nur zeitweise erwerbsgemindert sind. Die betriebliche und die private Altersvorsorge sind nicht geeignet, die Versorgungslücke bei Erwerbsminderung zu schließen.

Die gesetzliche Regelaltersgrenze ist für die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer noch eine Fiktion. Die meisten Versicherten arbeiten nicht einmal bis 65 Jahre, sondern scheiden deutlich vor Erreichen der Regelaltersgrenze aus dem Erwerbsleben aus. Der SoVD lehnt daher jede weitere Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung mit Entschiedenheit ab und fordert, die Rente mit 67 unverzüglich auszusetzen. Das Ziel muss sein, das tatsächliche Renteneintrittsalter weiter an die Regelaltersgrenze heranzuführen. Hierzu muss die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich verbessert werden. Gleichzeitig kann der gleitende Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand stärker als bisher gefördert werden. Hierzu bedarf es vor allem eines attraktiven Teilrentenmodells, das nicht zu einer Verschlechterung der Förderbedingungen bei der Altersteilzeit führen darf.

Um dem Wandel in der Arbeitswelt und in den Erwerbsverläufen sowie der gestiegenen beruflichen Mobilität in Europa hinreichend Rechnung zu tragen, muss die gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zu einer Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt werden. Hierzu sind in einem ersten Schritt alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, die bislang in keinem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. In weiteren Schritten sind auch die anderen Erwerbstätigen, insbesondere politischen Mandatsträgerinnen und -träger, Beamtinnen und Beamte sowie Erwerbstätige in den freien Berufen unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben in die Erwerbstätigenversicherung einzubeziehen.

Die Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung müssen unter Beibehaltung der paritätischen und staatlichen Finanzierungsverantwortung auf der Einnahmenseite gestärkt werden. Dies erfordert zunächst eine Arbeitsmarktpolitik, die vorrangig dem Ziel ei-

BARRIEREFREI LEBEN e.V.

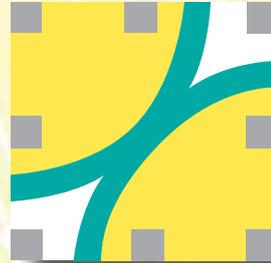
Wer wir sind, was wir tun

Der Verein berät und informiert Hamburger Bürgerinnen und Bürger mit körperlichen Einschränkungen, die ihre Wohnsituation durch Hilfsmiteleinsetzung oder Wohnraumanpassung verbessern wollen.

Dazu unterhält der Verein seit 1991 das **Beratungszentrum für Technische Hilfen & Wohnraumanpassung.**

Wir erarbeiten mit Ihnen zusammen die für Sie beste Lösung. Wenn es erforderlich ist, kommen wir auch zu Ihnen nach Hause. Wir setzen uns dafür ein, dass Sie die ausgewählte technische Hilfe – wenn möglich – zu Hause ausprobieren können.

Sie wollen sich nur informieren? Besuchen Sie uns **nach Terminvereinbarung**, es lohnt sich. In unserer Dauerausstellung zeigen wir Ihnen Produkte zu den Bereichen Wohnraumanpassung, Technik in der Pflege und Alltagshilfen. Alle Hilfsmittel können Sie in Ruhe testen und ausprobieren.



Richardstraße 45 (Richardhof)
22081 Hamburg
Tel. (040) 29 99 56 0
Fax (040) 29 36 01
beratung@barrierefrei-leben.de
www.barrierefrei-leben.de

Nutzen Sie auch
unsere Beratung per Internet:
www.online-wohn-beratung.de

- Hilfsmittel für die Wohnung
- Wohnungsumbau und Wohnungsanpassung
- Barrierefreier Hausbau
- Virtuelle Produktschau
- und vieles mehr!



ner Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der Bekämpfung prekärer und sozialversicherungsfreier Erwerbstätigkeit verpflichtet ist.

Die betriebliche und die private Altersvorsorge können die gesetzliche Rentenversicherung als freiwillige Optionen ergänzen, dürfen sie aber nicht teilweise ersetzen. Daher muss die Beitragsfreiheit der Entgeltumwandlung abgeschafft werden, denn die beitragsfreie Entgeltumwandlung wirkt sich in mehrfacher Weise negativ bei den Renten der gesetzlichen Rentenversicherung aus. Um die Transparenz zu erhöhen und den Versicherten eine optimale Zusatzvorsorge zu ermöglichen, fordert der SoVD eine Einbeziehung der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge in die jährliche Renteninformation. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber tragen eine Mitverantwortung für die Alterssicherung ihrer Beschäftigten. Sie müssen daher für ihre Zusagen einstehen und sich in angemessenem Umfang an der Finanzierung der betrieblichen Altersvorsorge beteiligen.

Für Gleichstellung und Teilhabe behinderter Menschen

Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch darauf, dass die Gesellschaft ihre Rechte auf Selbstbestimmung und Teilhabe achtet und umsetzt. Die Stärke eines Sozialstaates zeigt sich gerade auch darin, inwieweit er die Rechte behinderter Menschen im Alltag stärkt und eine inklusive Gesellschaft gestaltet.

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention wurde Behindertenpolitik zum Menschenrechtsthema. Die umfassende Inklusion sowie die konsequente Umsetzung von Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen in Deutschland müssen verwirklicht werden. Dies gilt für alle Lebensbereiche: zum Beispiel im Arbeitsleben, bei frühkindlicher, vorschulischer, schulischer und beruflicher Bildung, beim Wohnen, in der Freizeit und im Sport.

Die in der Konvention konkret verbrieften Rechte zugunsten behinderter Menschen sind zu achten, zu schützen und zu verwirklichen. Hierfür bedarf es konkreter gesetzgeberischer Maßnahmen sowie ergänzender Aktionspläne in Bund, Ländern, Kommunen, Kommunalverbänden und Unternehmen sowie vonseiten anderer gesellschaftlicher Akteure. Alle Initiativen müssen vom Ziel getragen sein, Behinderung als gesellschaftliche Vielfalt anzuerkennen und diese Vielfalt wertzulassen.

schätzen, die Rechte behinderter Menschen zu stärken, Benachteiligungen konsequent entgegenzutreten und Barrieren abzubauen.

Ziel muss es sein, Inklusive Bildung zu verwirklichen und ein Recht auf gemeinsames Lernen zu schaffen. Kinder mit und ohne Behinderungen haben ein Recht auf eine gemeinsame, inklusive Bildung. In Deutschland bestehen hier noch immer erhebliche Defizite, insbesondere im Schulbereich. Bund, Länder und Kommunen müssen daher im Rahmen ihrer Zuständigkeiten endlich gemeinsam aktiv werden. Alle Teile der Bildungskette – Kindertagesstätten, Grund- und weiterführende Schulen, Studium, Aus- und Weiterbildung sowie lebenslanges Lernen – müssen einbezogen, keine Schulform oder -stufe darf ausgeklammert werden. Das Recht auf inklusive Bildung ist als individuelles Recht in den entsprechenden Gesetzen ohne Vorbehalte zu verankern. Dazu muss in den Regelbildungseinrichtungen, insbesondere in Regelschulen, eine hohe Qualität inklusiver Bildungsangebote gewährleistet sein und die hierfür erforderlichen Finanzmittel müssen uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden. Individuell erforderliche Unterstützung, Nachteilsausgleiche und Assistenz sind dort ebenso zu gewährleisten wie sonder- und sozialpädagogische Kompetenzen. Lernorte sollten sich zu Orten der Vielfalt entwickeln, die die Heterogenität der Lernenden wertschätzen und für das Lernen nutzen. Barrierefreiheit muss gewährleistet und kleine Klassen angestrebt werden.

Die Arbeitslosigkeit behinderter und schwerbehinderter Menschen ist überdurchschnittlich hoch und dauert oft lang an. In den letzten Jahren hat sich ihre Situation – gegenüber den arbeitslosen Menschen ohne Behinderungen – deutlich verschlechtert. Mit Nachdruck fordert der SoVD daher ein entschlossenes Engagement, um die Teilhabe behinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt endlich deutlich und dauerhaft zu verbessern. Gesellschaftliche Teilhabe ist ohne berufliche Teilhabe nicht realisierbar. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist mit dem Ziel zu verstärken, qualifizierte Aus- und Weiterbildung, Rehabilitation sowie nachhaltige, qualifizierte Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für behinderte Menschen zu ermöglichen. Arbeitsmarktpolitische Instrumente, wie Eingliederungszuschüsse, müssen offensiv und auch ohne Begrenzung zugunsten behinderter Menschen genutzt und dürfen nicht zurückgefahren werden. Zudem müssen qualifizierte Beratungs- und Vermittlungsangebote für behinderte und schwerbehinderte Menschen, einschließlich des hierfür qualifizierten Personals, bei der Bundesagentur für Arbeit sowie in den Jobcentern gewährleistet werden.



Menschen mit Behinderungen haben wie alle Menschen den Wunsch und das Recht, Wohnort und Wohnform selbst zu wählen. Jedoch wird in der Praxis der Grundsatz »ambulant vor stationär« beim Wohnen noch nicht ausreichend umgesetzt. Entsprechende Angebote müssen entwickelt und finanziell abgesichert werden. Unterstützungsleistungen der bisherigen Eingliederungshilfe müssen personenzentriert dort erbracht werden, wo der behinderte Mensch wohnen und leben möchte. Die Leistungen müssen weiterhin bedarfsdeckend erbracht werden. Dieser Bedarfsdeckungsgrundsatz darf nicht durch pauschalisierte Leistungen infrage gestellt werden. Die Leistungen der bisherigen Eingliederungshilfe sind aus dem Fürsorgerecht herauszulösen und die neuen Fachleistungen einkommens- und vermögensunabhängig zu erbringen. Um die Bedarfe der Betroffenen tatsächlich auf »Augenhöhe« mit diesen zu ermitteln, sind leistungsträger- und leistungserbringerunabhängige Beratungsangebote unabdingbar.

Alle im SGB IX und in den Leistungsgesetzen geschaffenen Instrumente und Leistungen der medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation und Teilhabe sind konsequent anzuwenden. Es war und ist ein übergeordnetes Ziel des Sozialgesetzbuches IX zugunsten behinderter Menschen, trotz unterschiedlicher Reha-Trägerschaften, eine trägerübergreifende, vernetzte und zügige Leistungserbringung wie aus einer Hand sicherzustellen. Die Umsetzung des SGB IX muss vom

Grundsatz der umfassenden Teilhabe behinderter Menschen an der Gesellschaft geprägt sein. Die noch immer bestehenden Umsetzungsdefizite des SGB IX müssen behoben werden, indem das Recht konkretisiert, Verfahrensvorschriften verbessert und Verstöße mit Sanktionen und Rechtsfolgen belegt werden.

Auch Menschen mit Behinderungen sind vielfältig Diskriminierungen ausgesetzt, zum Beispiel im Versicherungs- und im Dienstleistungsbereich. Ein wirksames Antidiskriminierungsrecht muss hier für Schutz und Abhilfe sorgen. Deshalb gilt es, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu stärken und seine praktische Umsetzung zu fördern. Der Diskriminierungsschutz ist im Interesse behinderter Menschen enger mit der Pflicht zur Barrierefreiheit zu verknüpfen. Der SoVD fordert, Unternehmen anzuhalten, zumutbare Barrierefrei-Anpassungen für behinderte Menschen vorzunehmen.

Eine barrierefreie Umwelt ist elementare Voraussetzung für eine selbstbestimmte, unabhängige Lebensführung und die gesellschaftliche Teilhabe aller. Zu Recht normiert die UN-Behindertenrechtskonvention die staatliche Pflicht zur systematischen Feststellung und Beseitigung von Barrieren. Barrierefreiheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss Vorrang vor privatwirtschaftlichen und fiskalischen Interessen haben. Sie ist strukturell flächendeckend umzusetzen. Damit dies gelingt, ist Barrierefreiheit als Zulassungskriterium, zum Beispiel im Baurecht, zu verankern und als geltendes Recht konsequent anzuwenden. Barrierefreiheit darf sich nicht auf Neu- und große Umbauten beschränken, sondern muss sukzessive auch auf Bestandsbauten erstreckt werden. Außerdem muss Barrierefreiheit so weit wie möglich zum zwingenden Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Gelder werden.

Um persönliche Mobilität sicherzustellen, sind öffentliche Verkehrsräume, Verkehrsmittel und Serviceangebote konsequent barrierefrei zu gestalten. Hierfür sind Barrierefrei-Standards zu entwickeln, Umsetzungsfristen gesetzlich zu verankern und die Umsetzung durch verbindliche Pläne oder Programme zu gewährleisten. Gleiches gilt auch für den Bereich des Wohnens und Lebens in der Gemeinde. Damit behinderte und ältere Menschen in ihrer vertrauten Umgebung wohnen können, müssen Wohnungen sowie öffentliche Dienste und Einrichtungen, zum Beispiel Behörden, Arztpraxen und Geschäfte, barrierefrei umgestaltet und gegebenenfalls um barrierefreie flexible (ländliche) Angebote erweitert werden. Nicht zuletzt müssen Information und Kommunikation für behinderte Menschen barrierefrei zugänglich und nutzbar sein.

Der Sozialverband SoVD in Hamburg

Im November 1946 wurde der Sozialverband Reichsbund in Hamburg neu ins Leben gerufen und die sozialpolitische Arbeit konnte nach dem Zweiten Weltkrieg hier wieder aufgenommen werden – nachdem sich der Verband nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im April 1933, weil ein Eigenleben des Verbandes nicht mehr möglich war und um der vollständigen Überführung in eine NS-Organisation zuvorzukommen, aufgelöst hatte. Im Bewusstsein dieser Erfahrungen und der Hamburger Geschichte engagiert sich der Sozialverband SoVD Landesverband Hamburg als unabhängige sozialpolitische Interessenvertretung und Streiter für mehr soziale Gerechtigkeit in der Freien und Hansestadt Hamburg seit 100 Jahren.

Hamburg: Eine Stadt für alle, eine menschliche Stadt

Hamburg ist für mehr als 1,77 Millionen Menschen Wohnort und Lebensmittelpunkt. Als starke, stetig wachsende nordeuropäische Wirtschafts- und Wissenschaftsmetropole und »Tor zur Welt«, geprägt von Hafen und Handel, ist die Stadt für zahlreiche Menschen Hoffungs-ort. Mit ihren Chancen und Freiheiten suchen und versuchen viele hier ihr Glück. Gleichzeitig ist die Stadt auch immer wieder Zufluchtsort für zahlreiche Menschen, die in Not geraten sind und vor Gewalt und Verfolgung, Krieg und Terror fliehen. Der SoVD Hamburg setzt sich dafür

Diskussion mit dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und Klaus Wicher zur »Flüchtlingspolitik« am 24.5.2016 in der Handwerkskammer Hamburg.



ein, dass Hamburg für Einheimische, Zugezogene und Neuankömmlinge, junge und alte und Menschen mit Behinderung eine Stadt für alle, eine menschliche Stadt wird, ist und bleibt.

Armut und soziale Spaltung

In Hamburg leben 42.000 Millionäre und sogar 18 Milliardäre, zugleich lebten im Jahr 2015 rund 19% (Landesmedian) der Hamburgerinnen und Hamburger in Armut oder waren von Armut bedroht. Mehr als 233.000 Menschen erhielten am Jahresanfang 2015 in Hamburg Sozialleistungen zur laufenden Lebensführung (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, laufende Sozialhilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen oder Regelleistungen nach dem Asylbewerbergesetz), um ihr Leben zu bestreiten.

Als Maßnahmen gegen Armut und soziale Spaltung fordert der SoVD Hamburg insbesondere als Sofortmaßnahmen:

- Armuts- und Reichtumsbericht mit sozialräumlicher Betrachtung alle zwei Jahre
- Gesamtkonzept zur Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung
- eine eigenständige Grundsicherung für Kinder und Jugendliche
- mehr kostenfreie kulturelle Angebote für bedürftige Menschen
- Einführung eines Sozialtarifs zur Sicherstellung der Stromversorgung für Bedürftige
- Abschaffung von Strom- und Wassersperren sowie die Einrichtung einer Clearingstelle
- kostenfreies Frühstück und Mittagessen für Schülerinnen und Schüler
- Einführung eines vollumfänglichen HVV-Sozialtickets

Seniorinnen und Senioren mehr Aufmerksamkeit schenken

Fast 430.000 Menschen in Hamburg sind 60 Jahre und älter. Sie machen fast ein Viertel der Bevölkerung aus (24%) und bis 2030 werden die älteren fast ein Drittel (30%) ausmachen. Die Armutsquote der Hamburgerinnen und Hamburger, die 65 Jahre und älter sind, liegt bei fast 15%, im Jahr 2005 lag sie noch bei 9,5%. Am Jahresende 2015 waren etwa 24.500 Menschen, die 65 Jahre und älter sind, auf unterstützende Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten konnten. Im Jahr 2005 waren es mit 13.000 Menschen nur etwa halb so viele. Der rasante Anstieg war vorauszusehen und wird sich fortsetzen.

Wesentlicher Wunsch vieler Menschen ist es, auch wenn sie aufgrund ihres Alters, finanzieller Verhältnisse, Krankheit, Pflegebedürfnis

tigkeit oder Behinderung auf Hilfe angewiesen sind, ein solange wie möglich selbständiges und selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden und in der vertrauten Wohnumgebung zu führen sowie am sozialen Leben teilzuhaben. Hierfür ist wohnortnahe und praktische Unterstützung erforderlich.

Als Maßnahmen für mehr Aufmerksamkeit für Seniorinnen und Senioren fordert der SoVD Hamburg:

- Konzept und Aufbau aufsuchender Seniorenarbeit und wohnortnaher Hilfen im Alltag
- Aufbau eines Angebotes für kostenfreie haushaltsnahe Dienstleistungen mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
- Ausbau quartiersnaher bezirklicher Seniorenberatungsstellen
- Erhalt und Ausbau der bezirklichen Seniorentreffs mit angestelltem Personal
- Einführung eines Sozialtarifs zur Sicherstellung der Stromversorgung
- Abschaffung von Strom- und Wassersperren sowie die Einrichtung einer Clearingstelle
- Einführung eines vollumfänglichen HVV-Sozialtickets
- Verbindung der einzelnen Politikbereiche Wohnen, Sozialleistungen zu einem quartiersnahen Gesamtkonzept

Langzeitarbeitslose im öffentlichen Sektor qualifizieren und beschäftigen

In Hamburg liegt die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit vielen Jahren auf einem sehr hohen Niveau, ohne dass eine merkliche Trendwende eingetreten ist. Sie betrug zwischen 2009 und heute zwischen 20.000 und 24.000 Menschen. Tatsächlich sind mehr als 30.000 Menschen langzeitarbeitslos, werden aber statistisch nicht vollständig erfasst. Ein Drittel von ihnen ist zudem seit Einführung von Hartz IV nie aus dem Bezug gekommen. Ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt sind gering, und wenn sie eine Beschäftigung finden, landen sie oftmals in prekärer Beschäftigung und im Niedriglohnsektor, die kein auskömmliches Einkommen ermöglichen.

Als Maßnahmen für die Integration von langzeitarbeitslosen Menschen fordert der SoVD Hamburg:

- Schaffung öffentlich geförderter Beschäftigung mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen
- Einführung eines Sozialen Arbeitsmarktes
- flexiblere Arbeitsmarktinstrumente

Zum Konzept des SoVD Hamburg zur Integration Langzeitarbeitsloser in Beschäftigung siehe die Broschüre »Perspektiven und Chancen für Langzeitarbeitslose schaffen!« unter www.sovd-hh.de.

- ein Höchstmaß an Qualifizierung
- Begleitung Langzeitarbeitsloser und Betriebe
- sozialpädagogische und psychologische Unterstützung
- Familienberatung

Kinder, Jugendliche, Familien bedürfen besonderer Fürsorge

Mehr als 68.000 Kinder und Jugendliche in Hamburg (und damit fast ein Viertel) leben heute in Armut, sind von Armut bedroht oder erhalten Sozialleistungen zur laufenden Lebensführung. Die Armut von Kindern und Jugendlichen ist eng verknüpft mit der Armut ihrer Eltern. Verfügen die Eltern nicht über ein ausreichendes Einkommen, dann sind ihre Kinder gleichsam mit ihnen von Armut betroffen. Besonders schwierig ist die Lage für Alleinerziehende und Familien mit mehr als zwei Kindern. Hinzu kommen die allgemeinen Kürzungen bei staatlichen Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche in den letzten Jahren.

Jeden Tag werden Kinder und Jugendliche in Hamburg mit Problemen und Gewalt konfrontiert. Sie werden vernachlässigt, allein gelassen, geschlagen und missbraucht. Die Sensibilität für Fälle von Kindeswohlgefährdung ist zwar gestiegen, dennoch kam es in der Vergangenheit und kommt es immer wieder zu tragischen Todesfällen.

Als Maßnahmen zur besonderen Fürsorge für Kinder, Jugendliche und Familien fordert der SoVD Hamburg:

- Verstärken der aufsuchenden Familienarbeit (ASD) und vermehrter Einsatz der Hilfen zur Erziehung (HzE) und Eingliederungshilfen
- Unterstützung für Eltern durch sozialpädagogische Familienhelfer vor Ort

*Jahresempfang
»Teilhabe sichern. Armut bekämpfen« des
SoVD Hamburg
am 8.6.2016 im
Junges Hotel
Hamburg:
Dr. Melanie
Leonhard,
Senatorin für
Arbeit, Soziales,
Familie und Integration der Freien
und Hansestadt
Hamburg.*



- Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) in die Lage versetzen, mehr als bisher zielgerichtete aktive Familienhilfe zu leisten
- personell besser ausstatten, qualifizieren und besolden
- Schaffung angemessener Ausstattung und Arbeitsbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- regelmäßige Supervisionen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD
- Familienberatungsstellen sowie gezielte Beratung und Hilfe für Familien und Alleinerziehende vor Ort stärken
- Offene Kinder- und Jugendarbeit auf neue Bedingungen der Ganztagsbeschulung stärker ausrichten, ohne deren Qualität zu schwächen
- Öffnung von genügend Jugend- und Sporteinrichtungen auch abends und am Wochenende
- Kinderbetreuung qualitativ verbessern – Förderung statt Verwahrung (Betreuungsschlüssel deutlich und schnell verbessern)
- Mittel aus dem Betreuungsgeld in Betreuungs- und Bildungsangebote investieren
- Kostenfreies Frühstück und Mittagessen für Schülerinnen und Schüler
- Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket konsequent einsetzen und Zugang erleichtern
- Kinderrechte in die Verfassung einbringen

Krankenversorgung und Pflege: nicht streichen, sondern ausbauen

In Hamburg existiert in einigen Stadtteilen ein Mangel an Fach- und Hausärztinnen und Ärzten, eine Überversorgung in anderen Vierteln. Das Problem ist, dass Hamburg als ein Niederlassungsgebiet gilt und eine Ärztin bzw. ein Arzt nach Übernahme einer Praxis den Standort im Stadtgebiet frei wählen kann.

Pflege muss Lebensführung in den eigenen vier Wänden möglichst lange ermöglichen. In jedem Fall muss die Qualität der pflegerischen und medizinischen Unterstützung stimmen. Erforderliche Kontrollen von Wohn-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen und die Prüfung der Qualität der angebotenen Leistungen werden in ungenügendem Maß durchgeführt. Die Defizite bei der Wohn-Pflege-Aufsicht sind auf strukturelle Defizite und Personalmangel zurückzuführen.

Als Maßnahmen für den Ausbau von Krankenversorgung und Pflege fordert der SoVD Hamburg:

- Aufsuchende Seniorenarbeit deutlich ausbauen und gesundheitspolitische Angebote integrieren
- Gesundheitsversorgung für alle Altersgruppen in allen Stadtteilen gewährleisten
- Ungleichgewichte der medizinischen Versorgung im Rahmen sozialräumlicher Planung aufheben
- das Angebot barrierefreier Praxen erhöhen
- kleinräumige Aufteilung des Niederlassungsgebietes für die ärztliche Versorgung
- Unabhängige Patientenberatung verbessern
- Etablierung ehrenamtlicher und unabhängiger Patientenförsprecher in Krankenhäusern
- Konzept für die Integrierte Versorgung psychisch kranker Menschen verbessern
- Bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht personell und qualitativ ausbauen, Regelprüfungen sicherstellen und verbraucherorientiert zur Verfügung stellen
- Angehörige und Familien mit Pflegefällen auch finanziell nicht im Stich lassen

Bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Stadtteile

Hamburg ist eine wachsende Stadt, doch mangelt es an bezahlbaren und zu den unterschiedlichen Bedürfnissen von Singles und Familien, jungen und älteren Menschen passenden Wohnungen. Das hohe Mietpreisniveau in der Stadt trifft und belastet besonders finanziell schwache Menschen.

In den 1970er Jahren gab es rund 400.000 Sozialwohnungen in Hamburg. 1990 waren es noch 265.600 Sozialwohnungen. Mittlerweile sind es weniger als 90.000. Der Anteil der sozial geförderten Wohnungen liegt zurzeit bei unter 10%. Binnen der nächsten fünf Jahre werden weitere mehr als 25.000 Sozialwohnungen aus der Bindung fallen. Unabhängig von der Zahl der Sozialwohnungen bieten der staatliche Wohnungsbaukonzern SAGA GWG, Genossenschaften und sozialverpflichtete Wohnungsunternehmen preiswerten Wohnraum an. Dies gilt es zu unterstützen und zu fördern. Keine Privatisierung öffentlichen Wohneigentums und Verkauf preisgünstiger Grundstücke an z.B. Genossenschaften für Neubauvorhaben.

In Hamburg leben mehr als 12.000 Menschen in öffentlichen Unterkünften und gelten damit als wohnungslos. Weitere 2.000 Menschen sind obdachlos und leben auf der Straße. Vor allem die wohnungs- und

obdachlosen Menschen benötigen Unterstützung, eigene vier Wände und ein Dach über dem Kopf und zudem verbesserte Angebote, um ihnen die Teilnahme an der Gesellschaft wieder zu ermöglichen.

Die Hamburger Stadtteile und Quartiere sind für zahlreiche ihrer Bewohnerinnen und Bewohner mehr als ein Wohnort. Sie sind ihre Heimat, in der sie leben, wohnen und arbeiten, lernen und einkaufen und sich mit anderen Menschen treffen und austauschen. Zugleich sind sie lebenswerter Rückzugs- und Erholungsort. Dies muss erhalten oder, wo erforderlich, geschaffen werden.

Als Maßnahmen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Stadtteile fordert der SoVD Hamburg:

- Schaffung und Erhalt von bezahlbarem Wohnraum
- 6.000 preiswerte Wohnungen (u.a. Sozialwohnungen) jedes Jahr planen und bauen
- Bindungsfrist für Sozialwohnungen wieder verlängern
- Fortsetzung und Stärkung der integrierten sozialen Stadtteilentwicklung durch Einsatz von Quartierfonds und RISE-Mitteln sowie die Zusammenarbeit der Behörden stärken
- soziale und soziokulturelle Einrichtungen im Bezirk verlässlich finanzieren und dauerhaft erhalten mit einer Mischung aus Bürgertreffs, Beratungs- und Bildungsangeboten sowie Freizeitgestaltungsangeboten
- ausreichend weitere menschenwürdige Unterkünfte und niedrigschwellige Hilfsangebote für obdach- und wohnungslose Menschen schaffen
- Sicherung und Ausbau von Wohnprojekten für obdachlose Frauen und Frauenhäuser
- weitere Angebote für wohnungslose Frauen nach dem Vorbild des Kemenate Tagestreff
- Wohnraum für Obdach- und Wohnungslose
- Fachstelle für Wohnungsnotfälle personell verstärken und kurzfristige Hilfe zur Vermeidung von Wohnungsverlust ausbauen

Menschen mit Behinderung einbeziehen und fördern

Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf gleiche Rechte und Chancen. Doch im Alltag ist das nicht immer der Fall. Deshalb macht sich der SoVD Hamburg dafür stark, dass die Politik Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen aktiv fördert und Gleichstellung ermöglicht wird. Der SoVD fordert umfassende Barrierefreiheit in Bund, Ländern und Kommunen. Seit Jahrzehnten setzt sich



der SoVD für eine behindertengerechte und barrierefreie Gestaltung der Umwelt sowie für umfassende Maßnahmen zur dauerhaften beruflichen Eingliederung auf möglichst hohem Niveau ein. Die berufliche Rehabilitation ist zu fördern und ihr Erhalt auf hohem Niveau zu sichern. In diesem Zusammenhang sind Berufsförderungswerke und Berufsbildungswerke als Regelangebote zu sichern. Wer behindert ist, darf wegen seiner Behinderung nicht benachteiligt werden.

Außerdem setzt sich der SoVD dafür ein, dass Behinderung als gesellschaftliche Vielfalt anerkannt wird, ein öffentliches Bewusstsein für die Rechte von behinderten Menschen geschaffen und Barrieren in den Köpfen abgebaut werden. Ein wichtiges Schwerpunktthema ist für den Verband deshalb auch inklusive Bildung, also das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Kein Kind soll aufgrund seiner Behinderung von der Regelschule ausgeschlossen werden!

Als Maßnahmen für die gleichberechtigte und barrierefreie Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen fordert der SoVD Hamburg:

- öffentliches Bewusstsein für die Rechte von behinderten Menschen schaffen
- individuelle Ansprüche für behinderte Menschen sicherstellen
- Inklusion als Normalität verankern und Barrieren in den Köpfen abbauen
- Inklusive Bildung, also das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung stärker fördern

- Barrierefreiheit im öffentlichen und privaten Raum umsetzen und fördern
- Sozialräume verlässlich gestalten
- aufsuchende Stadtteilsozialarbeit nahe bei den Menschen
- Aus- und Weiterbildung sowie Rehabilitation für behinderte Menschen auf hohem Niveau gewährleisten

Gleichstellung von Frauen und Männern

Der SoVD tritt ein für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und fordert nicht nur gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit, sondern auch die Unterstützung von Alleinerziehenden und damit einhergehend flächendeckende ganztägige Kinderbetreuung. Dies gilt auch für den Abend- und Nachtbereich, um z.B. Schichtarbeit auszugleichen.

Frauen haben in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland viel erreicht, viele Rechte mussten sie sich hart erkämpfen. Dass noch einiges zu tun ist, zeigt die Tatsache, dass Frauen noch immer durchschnittlich 23% weniger Lohn erhalten als Männer – und das bei gleicher Qualifikation. Die Ursachen für die Lohnlücke lassen sich auf einige zentrale Umstände zusammenfassen: So fehlen Frauen in bestimmten Berufen, Branchen und auf höheren Stufen der Karriereleiter. Dagegen sind sie in anderen Berufsfeldern (z.B. soziale Berufe und Dienstleistungsberufe) stärker vertreten, erzielen dort besonders niedrige Löhne und erfahren damit weder hohe gesellschaftliche Wertschätzung noch angemessene Entlohnung. Frauen unterbrechen oder reduzieren den Job öfter und länger als Männer, weil sie eher als Männer Erziehungsaufgaben übernehmen. Dies wirkt nach in der Rente. In der jüngsten Zeit steigt die Zahl gering bezahlter Tätigkeiten («prekäre Beschäftigung»). Diese Tätigkeiten werden überproportional von Frauen geleistet. Deshalb fordert der SoVD schon seit Jahren gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Aufmerksam macht der Verband darauf unter anderem mit seinen Aktionen zum internationalen »Equal-Pay-Day« (Aktionstag für die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen). Außerdem setzt der SoVD sich für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Dazu gehört neben einer flächendeckenden ganztägigen Kinderbetreuung mit einem adäquaten Betreuungs- und Stellenschlüssel auch die Unterstützung von Alleinerziehenden. Denn: Viele Alleinerziehende beziehen Hartz IV, 90% davon sind Frauen. Die Gründe dafür sind vielfältig, aber insbesondere die mangelnde und wenig flexible Kinderbetreuung verschärft die Armut alleinerziehenden



der Frauen. Für alle diese Themen macht sich vor allem der Frauenausschuss im SoVD Hamburg stark. Er steht dabei dem Landesvorstand beratend zur Seite und sorgt für eine entsprechende Vernetzung innerhalb und außerhalb des Verbandes.

Als Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern fordert der SoVD Hamburg:

- die Durchsetzung der Frauenquote und Equal-Pay; nicht nur in den öffentlichen Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg
- ein Gleichstellungsbericht, der alle Lebens- und Arbeitsbereiche von Frauen in Hamburg erfasst, ist einmal pro Legislaturperiode der Bürgerschaft vorzulegen
- die Förderung der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- den gezielten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, um mehr Frauen als bisher eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und Frauen gezielt zu fördern

Mobilität muss soziale Teilhabe ermöglichen

Mobilität ist eine maßgebliche Voraussetzung für soziale Teilhabe der Menschen. Die Steigerung der Bevölkerungszahl, die Verdichtung von Wohngebieten und der Neubau von Wohnungen, die zusätzliche An-

siedlung von Gewerbe- und Industrieansiedlungen sowie der zunehmende Pendlerverkehr und die Abkehr vom eigenen Auto sind Bedingungen und Entwicklungen, die berücksichtigt werden müssen, damit ein alltagstaugliches Mobilitätsangebot, das sich alle leisten können, zur Verfügung steht.

Als Maßnahmen zur Förderung der Mobilität und sozialen Teilhabe fordert der SoVD Hamburg:

- Ausbau sicherer und barrierefreier Mobilität
- Einführung eines umfassenden Sozialtickets ohne Zeitbegrenzung für bedürftige Menschen für den öffentlichen Personennahverkehr
- Seniorenkarte ohne Uhrzeitbarriere auch von Montag bis Freitag
- Zugang und Verfügbarkeit von öffentlichen Toiletten verbessern

Zukunft: sozialpolitisch einmischen und für mehr soziale Gerechtigkeit engagieren

Der Sozialverband SoVD Landesverband Hamburg wird sich auch in Zukunft als unabhängige sozialpolitische Interessenvertretung und Streiter für mehr soziale Gerechtigkeit in der Freien und Hansestadt Hamburg einmischen und engagieren.

Verfügungsfonds des SoVD Hamburg

Der SoVD Hamburg hilft Menschen in Not auch ganz konkret. Mit unserem Verfügungsfonds können wir

- bedürftigen Frauen im Einzelfall helfen,
- bedürftigen Männern und Frauen einen Erholungsurlaub bezuschussen
- Mitgliedschaften für bedürftige Frauen übernehmen.

Mit einer kurzen E-Mail oder auch mit einem Brief an unsere Landesgeschäftsführerin können betroffene Menschen ihr Problem darlegen. Die Angaben werden streng vertraulich behandelt und das vorgetragene Anliegen individuell bearbeitet.

Der SoVD Hamburg überprüft das Vorliegen der Bedürftigkeit. Ein Rechtsanspruch auf Zahlungen aus dem Verfügungsfonds des SoVD Hamburg besteht allerdings nicht. Sind die zur Verfügung stehenden Gelder für das laufende Kalenderjahr erschöpft, können wir die Anfrage erst zu einem späteren Zeitpunkt berücksichtigen.

Es ist dem SoVD Hamburg eine Herzensangelegenheit, möglichst vielen Menschen konkret zu helfen.

Der SoVD Hamburg heute

EHRENAMTLICH AKTIV

Unser Landesvorstand seit der 20. Landesverbandstagung am 30.5.2015

Klaus Wicher (*1. Landesvorsitzender*)
Peter Deutschland (*2. Landesvorsitzender*)
Brigitte Krebelder (*2. Landesvorsitzende*)
Martin Von Kampen (*Landesschatzmeister*)
Anja Szibalski (*Landesschriftführerin*)
Susanne Langhagel (*Landesfrauensprecherin*)
Ursula Bracker-Juchem (*Sprecherin der Revisoren*)

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Gabriele Greguhn, Inge Jefimov (bis 31.12.2015), Günter Ramcke (bis 31.12.2016), Werner Rowoldt, Heike Schiller, Wolfgang Seipp

Revisorinnen und Revisoren:

Ursula Bracker-Juchem (Sprecherin),
Margarethe Breisig, Hartmut Pawlak

Unser Kreisvorstand Ost

Wolfgang Seipp (*1. Vorsitzender*)
Werner Rowoldt (*2. Vorsitzender*)
Manfred Stannek (*2. Vorsitzender*)

Unser Kreisvorstand Süd

Brigitte Krebelder (*1. Vorsitzende*)
Rosemarie Kotras (*2. Vorsitzende*)

Unser Kreisvorstand West

Klaus Wicher (*1. Vorsitzender*)
Helgard Winkel (*2. Vorsitzende*)
Heinz Wagner (*2. Vorsitzender bis 31.3.2016*)

Unsere Ausschüsse

Sozialpolitik in Hamburg mit zu gestalten ist eine Schwerpunktaufgabe des SoVD. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe berät und unterstützt der Sozialpolitische Ausschuss (SPA) und der Landesfrauenausschuss (LFA) den Landesvorstand.

Sozialpolitischer Ausschuss

Prof. Bernd Petri, Vorsitzender (*Mitglied der Geschäftsführung Verwaltungs-Berufsgenossenschaft – VBG*)

Prof. Dr. Thomas Bock (*Leitung Spezialambulanz für Psychosen und Bipolare Störung, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf*)

Prof. Dr. Ingrid Breckner (*Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie, Hafen-City Universität Hamburg*)

Prof. Dr. Simon Güntner (*Professor für Sozialwissenschaften/Sozialpolitik, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg*)

Jan Rübke (*Arbeitsvermittler Agentur für Arbeit, ver.di Landesbezirksfachbereichsvorstand Sozialversicherung*)

Prof. i. R. Dr. Wolfgang Seyd (*Fachbereich Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Fakultät für Erziehungswissenschaft Universität Hamburg*)

Wolfgang Siewert (*Präsident Landessozialgericht Hamburg*)

Uwe Werner (*Referent für Kranken- und Pflegeversicherung*)

Johanna Wessels (*Sozialpädagogin Stadtteilschule Barmbek*)

Ulrich Wittwer (*Vorsitzender Arbeitskreis Politik für Menschen mit Behinderung/ Soziales Entschädigungsrecht, Stv. Vorsitzender Beratender Ausschuss für behinderte Menschen Integrationsamt Hamburg, Mitglied Sozialpolitischer Ausschuss SoVD-Bundesverband*)

Landesfrauenausschuss

Susanne Langhagel (*Vorsitzende*)

Karin Drewfs (*Frauensprecherin SoVD-Ortsverband Iserbrook/Finkenwerder*)

Wilma Frank (*Frauensprecherin SoVD-Kreisverband West*)

Marie Luise Kaneblei

Ruth Kliesch (*Frauensprecherin SoVD-Kreisverband Süd*)

Dipl.-Päd. Ulrike Piehl

Karin Schulz (*1. Vorsitzende SoVD-Ortsverband Barmbek-Nord*)

HAUPTAMTLICH AKTIV

Unsere Landesgeschäftsstelle

Karin Wöhrmann

Landesgeschäftsführerin
*Abteilungsleitung
Marketing/Presse/
Sozialpolitik*

– Jan-Martin Bettich
– Stefanie Illigen

Projektbezogene Mitarbeit

– Susanne Rahlf
– Stefan Spieler
– Dirk Wäger

Jochen Fischer

Stv. Landesgeschäftsführer/
Finanzbuchhaltung
*Abteilungsleitung
Mitgliederverwaltung/
Interne Dienstleistungen*

– Maren Bunzel-Ruperti
– Christin Hädicke
– Alexandra Holzschneider
– Angela Roth
– Anja Tietgen
– Michael Wulf

Projektbezogene Mitarbeit

– Rüdiger Dutschke
– Jürgen Engel
– Werner Hansen
– Petra Henze

Kai Busse

Abteilungsleitung Sozialrecht

– Tanja Bresch
– Karin Deike
– Katrein Malbeck
– Jule Papemeier
– Karsten Strasser

Projektbezogene Mitarbeit

– Klaus Kröncke
– Brigitte Pawlak
– Anja Szibalski

ALLES AUS EINER HAND

Leistungsspektrum des SoVD Hamburg



Der SoVD schützt vor den Folgen sozialer Härte

Ob Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit, Behinderung oder Pflegefall: Nur, wer umfassend über seine Rechte informiert ist, kann sich optimal vor den Folgen sozialer Härte schützen. Als große Solidargemeinschaft kämpft der Sozialverband SoVD vor diesem Hintergrund seit 100 Jahren für die Interessen von benachteiligten und in Not geratenen Menschen.

Neben der engagierten sozialpolitischen Arbeit rund um das Thema »soziale Gerechtigkeit«, zählt in erster Linie die individuelle sozialrechtliche Beratung und Vertretung der SoVD-Mitglieder zu den Kernkompetenzen des Verbandes. Mit dem Ziel, gerade den Schwächsten der Gesellschaft als starker Partner in sozialen Fragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen – Auswege aus dem Behörden- und Paragraphendschungel zu bieten sowie bestmögliche Ergebnisse bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen zu erwirken.

Der SoVD klärt auf und streitet für Ansprüche

- bei Problemen mit der gesetzlichen Rentenversicherung
- bei Auseinandersetzungen mit Berufsgenossenschaften, Kranken-, Pflege- und Unfallkassen
- bei der Anerkennung von Behinderung und Schwerbehinderung
- bei Widrigkeiten mit Leistungen der Sozialhilfe und Grundsicherung oder dem Arbeitslosengeld

Die Juristinnen und Juristen des SoVD bringen sowohl fundierte Fachkenntnisse auf allen Gebieten der gesetzlichen Sozialversicherung als auch langjährige praktische Erfahrungen im Umgang mit den entsprechenden Leistungsträgern mit. Eine Mischung, die im Bereich des Sozialrechts, welches gerade diejenigen unserer Mitmenschen berührt, die sich in prekären Lebenssituationen befinden und geringe finanzielle Mittel zur Verfügung haben, schwerlich zu finden ist. Denn nicht nur in der juristischen Ausbildung spielt der sozialrechtliche Zweig eine lediglich untergeordnete Rolle. Auch unter Rechtsanwältinnen stellt die enorm umfangreiche Thematik ein eher unbeliebtes Terrain dar und gilt zudem als vergleichsweise wenig lukrativ.

In insgesamt acht Beratungsstellen in der Hansestadt klärt der SoVD seine Mitglieder rund um ihre Ansprüche auf, hilft bei der fachgerechten Antragstellung, prüft Leistungsbescheide und informiert über alle erforderlichen Schritte, um ihr gutes Recht durchzusetzen – und führt sie so sicher durch das Dickicht der Bürokratie. Im Fall der Fälle unterstützen die Fachjuristinnen und -juristen des SoVD auch über die Er-

*Links:
Podiumsdiskussion »Armut verhindert Teilhabe an der Gesellschaft« am 7.5.2009 im Hamburg-Haus (v.l.n.r.: Gabriele Wegner, Hans-Joachim Raben, Marina Marquardt, Prof. Dr. Felix Welti, Klaus Wicher)*

Wir haben geholfen: Das Jobcenter irrte

Wir konnten einem Mitglied helfen, das vom Jobcenter in die vorzeitige Rente gezwungen werden sollte, was erhebliche Abschläge zur Folge gehabt hätte. Der SoVD konnte nachweisen, dass das Jobcenter sich irrte.

Frau U. hatte für die Zeit von Januar bis August 2016 Leistungen nach dem SGB II beantragt, die vom Jobcenter abgelehnt wurden, da Frau U. ein Einkommen erzielte, welches oberhalb des Bedarfs lag. Im September 2016 hatte Frau U. wieder Anspruch auf Hartz IV. Stattdessen forderte das Jobcenter sie aber auf, innerhalb von zwei Tagen eine Altersrente mit Abschlägen zu beantragen. Das Jobcenter begründete das mit einem derzeitigen Leistungsbezug nach dem SGB II und vermutete zudem, Frau U. könne einen vorrangigen Anspruch auf eine geminderte Altersrente realisieren. Mithilfe des Hamburger SoVD legte Frau U. Widerspruch ein. Der SoVD-Sozialberater verwies darauf, dass Frau U. aufgrund der geltenden Unbilligkeitsverordnung keinesfalls zur Rentenantragstellung verpflichtet sei. Dies ergebe sich zum einen aus der korrekten Ablehnung von Hartz-IV-Leistungen laut Bescheid vom Dezember 2015. Der SoVD argumentierte ferner, dass es, selbst bei einem jetzigen Leistungsanspruch, unbillig sei, eine Rente mit lebenslangen Abschlägen beantragen zu müssen, denn die Abschläge stünden in keinem Verhältnis zu einer möglichen Leistung durch das Jobcenter.

Einen Tag nach Eingang des Widerspruchs teilte das Jobcenter Frau U. mit, dass sie keinen Antrag auf Altersrente stellen müsse. Der vom SoVD dargestellte Sachverhalt sei stimmig. Der Aufforderung läge eine Unachtsamkeit des Sachbearbeiters zugrunde, für die man sich entschuldige.

folg aussichten eines Widerspruchs- oder Klageverfahrens und bieten, wo erforderlich, individuellen Rechtsbeistand gegenüber Ämtern, Behörden und dem Sozialgericht.

Die Rechtsabteilung in der Landesgeschäftsstelle in Hamburg-Barmbek erstreitet so jährlich über eine Million Euro für die Hamburger SoVD-Mitglieder. Individuelle Klagen helfen dabei nicht nur den unmittelbar Betroffenen. Oftmals führen diese als Musterklagen zur Rechtssicherheit für Millionen andere Menschen – denn die Rechtsfragen einzelner SoVD-Mitglieder betreffen andere gleichermaßen.

Das neue Rundum-Sorglos-Paket des SoVD Hamburg

Gemeinsam mit externen Partnern und internen Experten hat der SoVD Hamburg 2016 ein erweitertes Angebot mit neuen Beratungs- und Serviceleistungen für seine Mitglieder entwickelt und die tradi-

Wir haben geholfen: Kampf um Rente gewonnen

Die Rechtsberatung des SoVD Hamburg kämpfte vor Gericht um eine Erwerbsminderungsrente für sein Mitglied Ina S. Der SoVD erreichte, dass ein neues Gutachten erstellt wurde, auf dessen Grundlage die lange eingeforderte Rente schließlich bewilligt wurde.

Sehr vielen Versicherten ist leider nicht hinreichend bewusst, dass es für den Bezug einer Rente oder deren Bewilligung nicht ausreicht, wenn ihr Gesundheitszustand sehr schlecht ist. Vielmehr müssen auch bestimmte Beitragsvoraussetzungen erfüllt sein. Zum einen muss ein Betrag für eine Mindestwartezeit zurückgelegt worden sein. Zum anderen muss in einem Zeitraum von fünf Jahren, der unmittelbar vor Eintritt des Leistungsfalles liegt, eine Mindestanzahl von Pflichtbeiträgen belegt sein. Ist dies nicht gegeben, muss ein Rentenanspruch abgelehnt werden und zwar völlig unabhängig von der medizinischen Befundlage.

Erster Prozess um Rente war erfolglos: So war es im Falle unseres Mitglieds Ina S. Ihr Antrag auf Rente wurde abgelehnt, ebenso der Widerspruch. Daraufhin ging Frau S. vor Gericht. In dem Prozess gelangte der Gutachter zu der Auffassung, dass die Klägerin noch in der Lage sei, ganztägig körperlich leichte und geistig anspruchsarme Tätigkeiten zu verrichten. Sie zog daraufhin die Klage zurück.

Zu einem späteren Zeitpunkt stellte Ina S. einen erneuten Rentenanspruch. Jetzt erkannte der Rentenversicherungsträger an, dass bei ihr volle Erwerbsminderung eingetreten war. Mit dem Datum des anerkannten Leistungsfalles waren jedoch die beitragsrechtlichen Voraussetzungen nicht mehr gegeben. Ihr Widerspruch blieb daher erfolglos.

Zweiter Prozess mithilfe des SoVD war erfolgreich: Mithilfe des Rechtsschutzbüros des Hamburger SoVD klagte Frau S., und es konnte eine für das Gericht nachvollziehbare Argumentation entwickelt werden. Daraufhin wurde ein neuer Gutachter vom Gericht zugezogen. Der stellte fest, dass das Datum des Leistungsfalles zu einem weitaus früheren Zeitpunkt anzunehmen war, als aktuell vom Rentenversicherungsträger festgestellt. Somit waren die beitragsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt, und unser Mitglied erhält jetzt eine laufende Rente wegen voller Erwerbsminderung ausgezahlt. Zusätzlich erhielt Frau S. eine Nachzahlung von 43.788 Euro.

tionelle Leistungspalette der Sozialrechtsberatung und -vertretung unter dem Motto »Alles aus einer Hand: Mehr Leistungen. Besser geschützt.« damit deutlich optimiert.

Mit der **Vor-Ort-Rentenberatung** bietet der SoVD Hamburg zusammen mit den qualifizierten Versichertenberaterinnen und -beratern der DAK-VRV e.V. (Versicherten- und Rentnervereinigung seit 1977 bei der

DAK Gesundheit und der Deutschen Rentenversicherung) aktive Unterstützung rund um die Rentenantragstellung. Sowohl nach individueller Terminabsprache als auch zu festen Sprechzeiten bekommen die SoVD-Mitglieder in verschiedenen Bezirken die Möglichkeit, ihre Fragen zum Rentenantrag zu klären, Hilfe beim Ausfüllen der Antragsformulare zu erhalten und überprüfen zu lassen, ob ihr Rentenanspruch korrekt berechnet wurde. Dabei tritt der SoVD lediglich als Vermittler auf und erbringt die Beratungsleistung nicht im eigenen Namen, haftet also auch nicht.

Zum Thema **Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht** hat der SoVD Hamburg ein komplett neues Angebot für seine Mitglieder geschnürt: Neben einer ausführlichen Beratung setzen die Juristinnen und Juristen in der Landesgeschäftsstelle nach individueller Terminabsprache auch verbindliche, rechtsgültige Dokumente auf, die die persönlichen Entscheidungen für den Ernstfall rundum absichern. Denn nur wer rechtzeitig vorsorgt, kann sein Selbstbestimmungsrecht wahren – auch, wenn der eigene Wille vielleicht nicht mehr frei artikuliert werden kann.

In Kooperation mit »Die ANGEHÖRIGENSCHULE – DANs (gemeinnützige UG, haftungsbeschränkt) bietet der SoVD Hamburg ein umfangreiches **Beratungs- und Kursangebot für pflegende Angehörige** an. Qualifizierte Pflegeberaterinnen und -berater unterrichten nicht nur in regelmäßigen Kursen und Sprechstunden rund um die häusliche Pflege – vom Krankheitsbild Demenz hin zu Organisations- und Finanzierungsfragen. Nach individueller Terminabsprache können sich SoVD-Mitglieder in konkreten Fällen auch in den eigenen vier Wänden beraten und pflegepraktisch schulen lassen; auch hier tritt der SoVD als Vermittler auf, erbringt die Beratungsleistung nicht im eigenen Namen und haftet nicht.

Ob akute chronische Erkrankung, Unfall oder Behinderung: die ehrenamtlichen Spezialisten des SoVD Hamburg informieren fundiert über alle Geld- und Sachleistungen sowie die Hilfsmittelversorgung der Kranken- und Pflegeversicherung. Mit ausgewiesenem **Expertenwissen zu allen Kassenleistungen** stehen sie den SoVD-Mitgliedern als erste Ansprechpartner zur individuellen Terminvereinbarung zur Verfügung und klären, ob Leistungsansprüche bestehen oder gegen einen vorliegenden Bescheid Widerspruch eingelegt werden sollte.

Wir haben geholfen: SoVD erzielt wichtigen Erfolg vor Gericht

Bereits im Kindesalter wurde Brigitte M. (Name geändert) körperlich und seelisch misshandelt. Eine Beschädigtenrente nach dem Opferentschädigungsgesetz wurde ihr bisher jedoch nicht zuerkannt. Mithilfe von Diana Dubiel, Referentin der Bundesrechtsabteilung des SoVD, konnte Brigitte M. vor dem Bundessozialgericht in Kassel einen wichtigen Teilerfolg erzielen.

Der Fall von Brigitte M. ist ebenso kompliziert wie tragisch. Jahrelang, so das SoVD-Mitglied, sei sie in ihrem Elternhaus geschlagen und sexuell missbraucht worden. Stichhaltig beweisen konnte die heute 50-Jährige ihre Angaben bisher jedoch nicht. Das musste sie auch nicht, urteilte das Bundessozialgericht.

Die Kassler Richter entschieden, dass im Fall von Brigitte M. durch die vorherige Instanz ein zu strenger Beweismaßstab angelegt wurde. Dieser hätte auch in einem zugrunde gelegten Gutachten zu ihrer Glaubwürdigkeit berücksichtigt werden müssen. Im Bereich der Opferentschädigung, so das Bundessozialgericht, existiert eine Vorschrift zur Beweiserleichterung, wonach allein die Angaben der Geschädigten zugrunde gelegt werden dürfen, wenn diese ausreichend glaubhaft erscheinen. Eben das aber war zuvor nicht geschehen. Da sich durch den herabgesetzten Beweismaßstab geringere Anforderungen an die Glaubhaftmachung der Angaben von Brigitte M. stellen, wurde die Sache zur weiteren Feststellung an das Landessozialgericht zurückverwiesen.

Das Urteil ist für die Klägerin ein wichtiger Teilerfolg, wenngleich in der Frage einer Beschädigtenrente an sich damit noch keine Entscheidung gefallen ist. Unterstützt durch den SoVD wird Brigitte M. dennoch weiter für eine Anerkennung der ihr zustehenden Leistungen streiten.

Mehr erleben, mehr erfahren, mehr erreichen mit dem SoVD Hamburg

Freizeit und Ehrenamt: Solidarität und Zusammenhalt werden beim SoVD großgeschrieben und gelebt. Bei den Mitgliederversammlungen der Ortsverbände stehen daher Kaffee und Klönschnack ebenso auf der Tagesordnung, wie regelmäßige Informations- und Kulturveranstaltungen oder gemeinsame Ausflüge und Reisen – auch über die Grenzen der Hansestadt hinaus.

Sowohl in den Kreis- und Ortsverbänden als auch auf der Ebene des Landesverbandes bietet der SoVD zudem Teilhabe- und Gestaltungsräume für ehrenamtliches Engagement. Von der aktiven Vorstandsarbeit über die Mitarbeit im Frauen- und Sozialpolitischen Ausschuss hin

Leistungs- und Hilfsppektrum des SoVD Hamburg



SoVD-Infostand auf der Altonale 2016.

zur Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter in den Beratungsstellen, bildet das Ehrenamt eine tragende Säule des Verbandslebens.

Information: In regelmäßigen Fach- und Informationsveranstaltungen klärt der SoVD Hamburg über gesellschaftliche Missstände und Problemlagen auf – und diskutiert seine Forderungen nicht nur mit der breiten Öffentlichkeit, sondern auch direkt mit Vertreterinnen und Vertretern politischer Parteien, Behörden, zivilgesellschaftlicher Institutionen und Interessengruppen.

Mit der Mitgliederzeitung »Soziales im Blick« informiert der SoVD monatlich über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen sowie Neuigkeiten aus dem Verbandsleben und gibt wertvolle Service- und Gesundheitstipps. Zusätzlich erscheint mit dem SoVD-Magazin seit 2013 ein neues Online-Medium, welches einzelne Berichte und Schwerpunktthemen der SoVD-Zeitung für Computer und mobile Endgeräte aufbereitet, und über die SoVD-Website abrufbar ist. Eine Vielzahl the-

menbezogener Faltblätter und Fachbroschüren kann zudem jederzeit über den Landesverband Hamburg und den Bundesverband angefordert oder direkt von der SoVD-Website heruntergeladen werden.

Seit 2016 hält der SoVD Hamburg seine Mitglieder und alle Interessierten auch mit dem E-Mail-Newsletter »Veto.« und dem print-Newsletter »SoVDepesche« auf dem Laufenden. Das Informationsblatt »Veto.« greift in erster Linie aktuelle sozialpolitische und verbraucherrelevante Themen in der Hansestadt auf. Die »SoVDepesche« richtet sich speziell an die Mitglieder und Funktionäre des Landesverbandes und berichtet über die Aktivitäten der Landesgeschäftsstelle sowie der Kreis- und Ortsverbände in Hamburg.

Exklusive Vorzugskonditionen und Vergünstigungen: Warum nicht die Glanzpunkte und Publikumsmagneten der Hamburger Theaterlandschaft, die Autostadt Wolfsburg oder den Moviepark Germany in Bottrop entdecken und erleben – und das zum vergünstigten Preis? Von der Entspannung im Heilbad über den Nachmittag im Tierpark hin zu exklusiven Vorsorgeleistungen beim Mieterverein zu Hamburg, dem Großhamburger Bestattungsinstitut GBI oder der ERGO Versicherungsgruppe. SoVD-Mitglieder profitieren dank einer Vielzahl von Kooperationspartnern deutschlandweit von attraktiven Vorzugskonditionen.

Verfügungsfonds

Der SoVD Hamburg hilft Menschen in Not auch ganz konkret. Mit unserem Verfügungsfonds können wir

- bedürftigen Frauen im Einzelfall helfen,
- bedürftigen Männern und Frauen einen Erholungsurlaub bezuschussen
- Mitgliedschaften für bedürftige Frauen übernehmen.

Mit einer kurzen E-Mail oder auch mit einem Brief an unsere Landesgeschäftsführerin können betroffene Menschen ihr Problem darlegen. Die Angaben werden streng vertraulich behandelt und das vorgetragene Anliegen individuell bearbeitet. Der SoVD Hamburg überprüft das Vorliegen der Bedürftigkeit.

Ein Rechtsanspruch auf Zahlungen aus dem Verfügungsfonds des SoVD Hamburg besteht allerdings nicht. Sind die zur Verfügung stehenden Gelder für das laufende Kalenderjahr erschöpft, können wir die Anfrage erst zu einem späteren Zeitpunkt berücksichtigen.

Es ist dem SoVD Hamburg eine Herzensangelegenheit, möglichst vielen Menschen konkret zu helfen.

Der Sozialverband Deutschland und die VBG
haben ein gemeinsames Ziel:

Menschen nach Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten
bestmöglich zu helfen, damit sie selbstbestimmt und gleichberechtigt
am Leben in unserer Gesellschaft teilhaben.

Wir gratulieren ganz herzlich zum Jubiläum.

Auf gute Nachbarschaft in
Hamburg-Barmbek!



Eine starke Lobby für Menschen seit 100 Jahren!



Die Gesundheitsexperten für berufliche Rehabilitation
und Integration des **Berufsförderungswerk Hamburg**
gratulieren dem SoVD zu seinem Jubiläum und freuen
sich auf die weitere gute Zusammenarbeit im Dienste des
Menschen !

BFW Berufsförderungswerk Hamburg GmbH
August-Krogmann-Straße 52 | 22159 Hamburg
Tel. 040 64581-0 | www.bfw-hamburg.de



Zum 100-JÄHRIGEN JUBILÄUM sagen wir

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

DANKE für die gute Zusammenarbeit!

Mit Rat und Tat - Das SoVD Magazin

Hamburg 1
FÜR HAMBURG



DINGE, DIE MAN IM LEBEN
GETAN HABEN SOLLTE

#4 Einen Prinzen retten

»Ich bin eingetreten und habe es bis heute nicht bereut«

Interview mit der Zweiten Bürgermeisterin
Katharina Fegebank



SoVD: Sie sind seit dem 1. April 2013 Mitglied im SoVD Hamburg. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?

Damals war ich sozialpolitische Sprecherin der Grünen Bürgerschaftsfraktion und Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration und Landesvorsitzende der Hamburger Grünen und verantwortlich für die Weiterentwicklung der Grünen Programmatik rund um das Thema Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt. In Gesprächen mit den Menschen vor Ort, sozialpolitischen Akteuren und den Vertreterinnen und Vertretern der Sozial- und Wohlfahrtsverbände sind neue Impulse entstanden, die die Entwicklung der Grünen sozialpolitischen Ansichten vorangebracht haben.

In meiner täglichen Arbeit als Abgeordnete habe ich mich dafür eingesetzt, dass Hamburg eine Stadt der Chancen für alle wird und eine Stadt wird, die sich durch einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt auszeichnet. Durch meine Arbeit habe ich auch den SoVD kennengelernt. Er ist wichtig als zentrale Beratungsstelle zu allen Fragen des Sozialrechts und als sozialpolitischer Interessensverband. Um seine Arbeit zu unterstützen, bin ich damals eingetreten und habe es bis jetzt nicht bereut.

SoVD: Sie haben mit dem 1. Landesvorsitzenden Klaus Wicher politisch zusammengearbeitet. Wie schätzen Sie diese Arbeit und die des SoVD ein?

Herr Wicher setzt sich unermüdlich für die sozialpolitischen Forderungen des SoVD Hamburg ein und gibt den Verbandsmitgliedern eine starke Stimme. Dafür schätze ich ihn sehr.

Starke sozialpolitische Interessensverbände wie der SoVD sind wichtig, damit auch Hamburgerinnen und Hamburger, die in Notlagen oder in besonderen Lebenssituationen sind, bei denen man Unterstützung benötigt, eine starke Stimme haben.

Der regelmäßige Austausch mit Herrn Wicher war für mich als Sozialpolitikerin wichtig. Im gemeinsamen Gespräch sind viele wichtige Ideen entstanden und Herr Wicher hat immer wieder auf bestehende Probleme hingewiesen. Politik lebt vom gegenseitigen Austausch. So kann man voneinander lernen und Probleme aus unterschiedlichen Perspektiven angehen und die geeignetste Lösung finden

SoVD: Seit dem 15. April 2015 sind Sie Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg und Senatorin sowie Präses der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung im Hamburger Senat. Welche besonderen Herausforderungen haben die Ämter für Sie mitgebracht?

Als Zweite Bürgermeisterin habe ich den Anspruch, alle Hamburgerinnen und Hamburger zu vertreten und mich für Hamburgs Interessen einzusetzen – in Hamburg und bundesweit. Ich habe den Anspruch, politische Probleme zu lösen und Grüne Politik für die Stadt zu machen. Das bedeutet manchmal auch, dass man in Verhandlungen Kompromisse eingehen muss. Das gefällt nicht jedem. Aber ich trage lieber zur Lösung bei, als am Rande des Spielfeldes zu meckern und nichts zu bewegen.

Als Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung setze ich mich jeden Tag dafür ein, dass sich Hamburg weiter zu einer Wissenschafts- und Innovationsmetropole der Vielfalt entwickelt. Nur so werden wir auch in Zukunft Fortschritt, Wohlstand und sozialen Frieden sichern können. Ich möchte, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger ihr persönliches und berufliches Potenzial ausschöpfen können. Zum eigenen Wohl und zum Wohl Hamburgs.

Ich bin Mitglied im SoVD Hamburg, ...



weil die Stärkung des Sozialstaats und die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft weiter vorangetrieben werden muss, um soziale Gerechtigkeit und damit einhergehend die gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu realisieren. Hierfür tritt der SoVD ein und diese Forderungen möchte ich durch meine Mitgliedschaft unterstützen.

Brigitte Krebelder

2. Landesvorsitzende SoVD-Landesverband Hamburg



weil er nun schon 100 Jahre verlässlich an der Seite der sozial Schwächeren steht: Wenn es gilt, seine Mitglieder sozialrechtlich zu beraten und zu vertreten. Wenn es gilt, die sozialpolitische Entwicklung kompetent, konstruktiv und kritisch zu begleiten. Wenn es gilt, sich für eine sozial gerechte Gesellschaft auch mal zu streiten. Seit rund 30 Jahren befasse ich mich als Sozialrechtler und Sozialpolitiker intensiv mit den Rechten von Arbeitnehmern, Rentnern und Menschen mit Behinderungen und bin froh, dass ich dabei auch auf die Expertise des SoVD zurückgreifen kann. Von der Arbeit des SoVD profitieren nicht nur mehr als 500.000 Mitglieder, sondern wir alle miteinander. Bleib also hörbar, lieber SoVD. Deine Stimme ist unverzichtbar!

Dr. Matthias Bartke, MdB

Fraktion SPD



weil ich für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft eintrete. Es muss eine starke Gemeinschaft geben, die die Interessen der benachteiligten Menschen vertritt.

Michael Burkard

1. Vorsitzender SoVD-Ortsverband Niendorf/Schnelsen



weil er einfach eine wunderbare Arbeit macht. Gerade die Mischung aus praktischer Hilfe für Menschen in Not und der politischen Arbeit für mehr soziale Gerechtigkeit ist für mich beispielhaft. Auf dass der SoVD in den nächsten 100 Jahren so erfolgreich ist, dass es ihn dann vielleicht gar nicht mehr braucht!

Jan van Aken, MdB
Fraktion DIE LINKE.



weil mir die Versammlungen im Langenhorner Bürgerhaus so gut gefallen haben, dass ich mich gleich selbst im dortigen Ortsverband engagieren wollte. Und so wurde ich 2003 als 1. Vorsitzender des OV Langenhorn gewählt und bin seit 2011 gleichzeitig 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Ost. Da ich gern über den Tellerrand hinweg schaue, hatte ich von Beginn an einen guten Kontakt zum Landesverband und engagiere mich dort auch im Landesvorstand. Die ehrenamtliche Mitarbeit im SoVD ist zwar recht anspruchsvoll und zeitaufwendig – mir macht mein Engagement aber noch immer sehr viel Freude.

Wolfgang Seipp
Beisitzer SoVD-Landesverband Hamburg



weil ich gut informiert werde. Es gibt interessante Dialoge und Gespräche mit Menschen aus Wissenschaft und Sozialversicherung, die wertvolle Anstöße für den SoVD geben. Mit der Mitgliederzeitung, themenbezogenen Broschüren oder Fach- und Informationsveranstaltungen bleibe ich immer auf dem Laufenden, wenn es um aktuelle sozialpolitische Entwicklungen geht.

Peter Deutschland
2. Landesvorsitzender SoVD-Landesverband Hamburg

Ich bin Mitglied im SoVD Hamburg, ...



weil ich mich als Landesfrauensprecherin dafür einsetzen kann, dass frauenpolitische Themen wie Frauenarmut, Gewalt gegen Frauen oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft dauerhaft eine der wichtigsten Forderungen des SoVD bleiben und öffentlich Gehör finden – nicht nur am Equal Pay Day.

Susanne Langhagel

Frauensprecherin
SoVD-Landesverband
Hamburg



weil ich mich gemäß dem Leitsatz: »Soziale Härte kann jeden treffen ...« auch selbst in den Schutz des SoVD begeben habe. Die Bereitschaft zur Hilfe für andere Menschen ist mir immer ein Bedürfnis gewesen und deshalb möchte ich ein kleines Rädchen sein an einer großen Uhr, um zu verhindern, dass diese einmal stehen bleibt.

Werner Rowoldt

Beisitzer SoVD-Landesverband Hamburg



weil der SoVD denen Gehör verschafft, die im Getümmel der Interessengruppen sonst überhört werden.

Dr. Burchard Bösche

Vorstand Heinrich-Kaufmann-Stiftung



weil mir die ehrenamtliche Arbeit viel Kraft gibt. Durch eine Nachbarin bin ich 1987 zum Ortsverband »Junge Mitglieder« mitgenommen worden. Ich sitze im Rollstuhl seit 1979 und habe mich geschämt aus dem Haus zu gehen. Im Ortsverband wurde ich sehr freundlich aufgenommen, danach hat sich mein Leben positiv gestaltet. Im Jahr 2017 bin ich 30 Jahre Mitglied im SoVD. Der Höhepunkt meines Ehrenamts ist, dass ich das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten habe. Am 31.12.2015 bin ich aus dem Landesvorstand ausgeschieden. Als Abschiedsgeschenk erhielt ich eine Urkunde als erstes Ehrenmitglied im Landesverband Hamburg. Für mich eine wunderbare Auszeichnung.

Inge Jefimov

2004-2011 Landesvorsitzende des SoVD Hamburg



weil ich persönlich von der kompetenten sozialrechtlichen Beratung und Vertretung des SoVD profitiert habe und mir wünsche, dass auf diese Weise noch vielen anderen – insbesondere am Existenzminimum oder in Armut lebenden – Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu ihrem Recht verholfen werden kann.

Martin von Kampen

Landesschatzmeister SoVD-Landesverband Hamburg



weil ich seine wichtige Arbeit und bedeutende Rolle, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen, fördern möchte. Der SoVD ist eine konsequente und konsistente Stimme für soziale Gerechtigkeit, für ein menschenwürdiges Leben und eine existenzsichernde Arbeit, für eine verlässliche Alterssicherung und eine gute Pflege- sowie Gesundheitsversorgung. Er initiiert unermüdlich öffentliche Debatten darüber, dass Armut und Benachteiligung strukturell und nachhaltig bekämpft werden müssen und dabei die sogenannte Schuldenbremsenpolitik die soziale Spaltung noch verschärft. Ich bedanke mich bei dem unermüdlichen Engagement der Aktiven und wünsche viel Kraft und Zuversicht.

Sabine Boeddinghaus

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Ich bin Mitglied im SoVD Hamburg, ...



weil ich mich gern für das Wohl anderer engagiere und mir die ehrenamtliche Arbeit im SoVD Hamburg schon seit Jahren viel Spaß bringt. Es gibt mir ein gutes Gefühl, wenn die Mitglieder aus meinem Ortsverband nach unseren Sitzungen zufrieden nach Hause gehen und sich mit mir auf die nächste Versammlung freuen.

Marianne Neumann

1. Vorsitzende SoVD-Ortsverband Bahrenfeld



weil ich mich mit den sozialpolitischen Positionen des Verbandes persönlich identifizieren kann. Insbesondere die aktuellen Stellungnahmen und Publikationen zu den Themen »Rechte der behinderten Menschen«, »Altersarmut« und »Langzeitarbeitslosigkeit« finde ich sehr überzeugend und unterstütze diese Ansätze. Aus diesem Grund bin ich auch Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss (SPA) des SoVD Hamburg geworden – so kann ich die inhaltliche Ausrichtung des Verbandes ganz persönlich beeinflussen und unterstützen.

Prof. Bernd Petri

Geschäftsführung
Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG)



weil das ehrenamtliche Engagement eine tragende Säule des SoVD ist und unsere Arbeit hier wirklich wertgeschätzt wird. So kann ich nicht nur aktiv am Verbandsleben teilhaben, sondern habe die Möglichkeit selbst mitzugestalten, eigene Ideen einzubringen und diese auch zu verwirklichen.

Ursula Bracker-Juchem

Sprecherin der Revisoren
SoVD-Landesverband
Hamburg



weil der SoVD Lobbyarbeit macht für die, die sonst keine Lobby haben, wie Erwerbslose, Kranke, Behinderte, Pflegebedürftige und Rentner mit kleiner Rente. Der SoVD macht auf Menschen aufmerksam, die aufgrund ihrer persönlichen Situation am finanziellen Rande der Gesellschaft stehen und setzt sich dafür ein, dass die Politik diese Menschen ernst nimmt und ihre Situation verbessert. Der SoVD berät seine Mitglieder in den acht über Hamburg verteilten Sozialrechtsberatungsstellen und hilft bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche. So sorgt der SoVD für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Anja Szibalski

Landesschriftführerin SoVD-Landesverband Hamburg



weil soziale Härte jeden treffen kann – meist aus heiterem Himmel. Im SoVD finden Betroffene im Fall der Fälle einen verlässlichen Partner, der ihnen in allen sozialen Fragen mit Rat und Tat zur Seite steht. Diese gemeinnützige Arbeit möchte mit meiner Mitgliedschaft fördern und wertschätzen.

Rosemarie Kotras

2. Vorsitzende SoVD-Kreisverband Süd



weil sich die Kluft zwischen Arm und Reich trotz florierender Wirtschaft immer weiter vertieft und viele Menschen hart um ihre soziale Sicherheit ringen müssen. Gerade deshalb bedarf es – heute wie zu Gründerzeiten des SoVD – einer starken Stimme in Politik und Öffentlichkeit, die den Interessen benachteiligter Menschen Gehör verschafft.

Günter Ramcke

Beisitzer SoVD-Landesverband Hamburg
(bis 1.1.2017)

Ich bin Mitglied im SoVD Hamburg, ...



weil ich die wachsende Armut und soziale Spaltung in unserer Gesellschaft einfach arm finde und der SoVD nach allen Kräften dagegen ankämpft.

Karsten Strasser

1. Vorsitzender
SoVD-Ortsverband Osdorf



weil mein Großvater Ernst Heilmann bereits nach dem 1. Weltkrieg den Reichsbund mitbegründet hat. Schon damals wusste er, dass es im Kampf um soziale Gerechtigkeit einen langen Atem braucht. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Preussischen Landtag und Reichstagsabgeordnete wurde 1940 nach einem grausamen Martyrium im KZ Buchenwald umgebracht. Angesichts der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, der zunehmenden Alters- und Kinderarmut oder ungleicher Bildungschancen und der Inklusion von Menschen mit Behinderung benötigen wir nach wie vor eine starke Stimme in Politik und Öffentlichkeit, die Missstände immer wieder anprangert und Verbesserungsvorschläge präsentiert. Dem SoVD weiterhin viel Kraft und Erfolg – denn sein Engagement ist unverzichtbar.

Ernst M. Heilmann

Vorsitzender DGB Bergedorf



weil auch mein Herz für soziale Gerechtigkeit schlägt – wenn auch nicht schon seit 100, sondern erst seit 11 Jahren. Schon lange bin ich ehrenamtlich aktiv im SoVD und bin noch immer glücklich, hier eine parteipolitisch unabhängige »Heimat« gefunden zu haben. Gemeinsam mit dem SoVD engagiere ich mich mit vollem Einsatz für den Kampf gegen Altersarmut.

Gabriele Greguhn

Beisitzerin SoVD-Landesverband Hamburg



weil ich als Leiterin einer Seniorenwohnanlage und auch als Sprecherin meiner Fraktion für Menschen mit Behinderung weiß, wie wichtig der SoVD für Menschen ist, die sich selber kaum oder auch gar nicht (mehr) selbst vertreten können. Für diese Menschen und deren Rechte setzt sich der SoVD seit 100 Jahren ein. Heute wie damals ist der SoVD eine wichtige, tragende und zukunftsweisende Säule für unseren Sozialstaat.

Regina Jäck

Sprecherin für Menschen mit Behinderung
SPD-Bürgerschaftsfraktion
Hamburg

Mieterverein zu Hamburg

im Deutschen Mieterbund 

Unser Rat zählt.

 **879 79-0**

Beim Strohhause 20 · 20097 Hamburg
mieterverein-hamburg.de

Am besten heute
alles regeln –
am besten GBI
Tel. **040 - 24 84 00**



Ich bin ein Vorsorger!

Ich geh' gern auf Nummer sicher – auch bei meinem Finale auf Erden. Komme, was wolle: Alles ist jetzt in besten Händen.

Fuhlsbüttler Str. 735, Hamburg-Ohlsdorf
www.gbi-hamburg.de

GBI
Großhamburger
Bestattungsinstitut rV

**WIR GEBEN
ALTEN DINGEN
WIEDER EINEN
WERT**



-  **COMPUTER, FAHRRÄDER, TEXTIL- & HOLZPRODUKTE**
-  **GÜNSTIGE PREISE**
-  **ABGABE NUR AN BEDÜRFTIGE MENSCHEN***

*mit Einkommen unter der Pfändungsfreigrenze von 1079,99 (gültig bis 30.06.2017)

NUTZMÜLL e.V.

WWW.NUTZMUELL.DE



Ich schätze die Arbeit des SoVD Hamburg, ...



weil er durch seine Mitarbeit in der LAG ein verlässlicher Partner in der Durchsetzung des Rechts auf Teilhabe behinderter Menschen ist. Er tritt in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit der LAG gegen Diskriminierung ein. Darüber hinaus leistet er einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Lage sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen transparent gemacht wird. In einer komplexer werdenden Gesellschaft brauchen die Schwächeren die Unterstützung eines starken Streiters. Ich wünsche dem SoVD, dass er auch zukünftig in der Politik in Hamburg wahrgenommen wird und weitere 100 Jahre seinen Einfluss im Interesse benachteiligter Menschen geltend machen kann.

Johannes Köhn

Geschäftsführer Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen (LAG)



weil er sich seit 1917 für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Gestartet als Kriegsopferverband mischte er bald bei der Gesetzgebung mit: Damals beim Reichsversorgungsgesetz von 1920, heute beim Einsatz für einen inklusiven Arbeitsmarkt, für die Entgeltgleichheit von Frau und Mann oder für faire Renten und gegen Altersarmut. Vor allem aber macht die konkrete Hilfe für die über 540.000 Mitglieder den SoVD zu einem starken Partner. Als Sozialdemokratin freue ich mich, dass er den Einsatz für Frieden, Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Wir müssen nicht bei jedem Gesetz einer Meinung sein, aber uns eint das gleiche Ziel: Die solidarische Gesellschaft. Der SoVD gibt Menschen eine Stimme, die sonst nicht gehört würden.

Aydan Özoğuz

Staatsministerin, MdB, stv. Vorsitzende der SPD



weil durch diese u.a. Rentner, Patienten, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung eine Stimme bekommen. Insbesondere die Unterstützung der SoVD-Mitglieder, damit diese sich im tagtäglichen Bürokratie-Dschungel zurechtfinden, ist eine wertvolle Aufgabe und gleichzeitig Mahnung an die Politik, den Sozialstaat verständlicher zu gestalten.

André Trepoll

Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg

Ich schätze die Arbeit des SoVD Hamburg, ...



weil er sich nicht nur für die Schwächeren in unserer Gesellschaft einsetzt und ihnen damit eine Stimme gibt, sondern auch konkrete Vorschläge zur Verbesserung ihrer Situation unterbreitet. Außerdem begleitet der SoVD die Politik mit Sachverstand und Erfahrung – und hilft damit, den Weg in eine gute Zukunft zu finden. Dafür haben Sie Dank verdient: Herzlichen Glückwunsch zum hundertjährigen Jubiläum und zu den Leistungen, die Ihr Verband in dieser langen Zeit für die Mitglieder und die Allgemeinheit erbracht hat. Aus der Sozialpolitik ist der SoVD nicht wegzudenken. Für die zukünftige Arbeit wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg.

Dirk Fischer, MdB
Fraktion CDU/CSU



weil es beim Sozialverband Deutschland keine Floskel ist, »den Finger auf die Wunde legen«. Immer wieder nimmt er eine vermittelnde Rolle ein, die die Aufgabe eines Frühwarnsystems erfüllt und auf Dinge aufmerksam macht, die wir verbessern können. Der SoVD steht für eine tatkräftige Interessenvertretung seiner Mitglieder, die sich im Laufe der Jahrzehnte gewandelt hat. Aber auch noch heute liegt der Fokus auf den Benachteiligten und dem Aufzeigen von sozialen Missständen. So ist der SoVD ein bedeutendes Sprachrohr, wenn es um das Thema drohender Altersarmut oder die Regelsätze jener Menschen geht, die Leistungen der Grundsicherung in Anspruch nehmen müssen. Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit und wünsche uns noch viele weitere Jahre.

Dirk Heyden
Geschäftsführer Jobcenter
team.arbeit.hamburg



weil er sich konsequent auf die Seite derjenigen stellt, die auf Hilfen angewiesen sind, sich gegen Armut engagiert und sich für eine inklusive Gesellschaft einsetzt, in der alle eine Chance auf echte Teilhabe haben. Als sozialpolitische Sprecherin habe ich häufig Kontakt mit dem SoVD und bin oft bei seinen Diskussionsveranstaltungen zu Gast. Nicht zuletzt liegt die Geschäftsstelle des SoVD Landesverbandes Hamburg in Barmbek und damit in meinem Wahlkreis. Auch wenn ich die Positionen des SoVD nicht immer teile und wir so manchen kritischen Dialog geführt haben, sind wir uns in den Grundanliegen doch einig: Mehr soziale Gerechtigkeit, Teilhabechancen für alle und eine solidarische Gesellschaft.

Ksenija Bekeris
Stv. Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin
SPD-Bürgerschaftsfraktion
Hamburg



weil sie seit 100 Jahren eine starke Stimme im Kampf für soziale Gerechtigkeit ist. Der SoVD tritt in der Öffentlichkeit und in der Politik für die Bekämpfung von sozialen Missständen ein und steht Betroffenen in schwierigen Situationen zur Seite. Er stärkt sie, berät und vertritt ihre Rechte und Interessen. Welche Maßnahmen sind notwendig, um die soziale Spaltung in der Stadt zu bekämpfen? Was muss die Politik gegen die wachsende Altersarmut tun? Wie weit ist die Barrierefreiheit in der Stadt umgesetzt? Der SoVD legt immer wieder Finger in die Wunden. Und das ist gut so! Ich danke den Ehrenamtlichen des SoVD für ihr unermüdliches Engagement.

Cansu Özdemir

Co-Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürger-
schaft



weil die Menschen hier eine Stimme bekommen, die sonst nicht gehört werden. Der SoVD trägt die Themen Einzelner in den öffentlichen Diskurs und setzt sich gleichzeitig für gesamtgesellschaftliche Belange ein. Die Erfolge des SoVD, wie etwa die bemerkenswerte Arbeit in der Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen, machen auch anderen Menschen Mut, sich für größtmögliche soziale Gerechtigkeit einzusetzen.

Manuel Sarrazin, MdB

Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN



weil es für rat- und hilfesuchende Menschen wichtig ist, einen verlässlichen Partner an der Seite zu wissen. Als sich der SoVD gründete, gab es nach dem Ersten Weltkrieg großes Elend und die Beratungs- und Hilfsangebote waren begrenzt. Notleidende Menschen gibt es immer noch, die Unterstützungsmöglichkeiten wurden facettenreicher. Sich darin zurechtzufinden bedarf neben kundigem Rechtsbeistand auch Lotsen, die durch die Vielfalt der Angebote begleiten. Darüber hinaus ist der SoVD von Beginn an mit seinen Mitgliedern sowie ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern die soziale Stimme, stets hörbar mit dem Ruf nach selbstbestimmtem Leben und Teilhabe für alle Menschen.

Sönke Fock

Vorsitzender der Geschäfts-
führung Agentur für Arbeit
Hamburg

Ich schätze die Arbeit des SoVD Hamburg, ...



weil er denen eine Stimme gibt, die auf Hilfe dringend angewiesen sind. Als Partner in der freien Wohlfahrts-pflege verfolgt der SoVD ähnliche Ziele wie die AWO: Er setzt sich für Familien, Kinder und Jugendliche ein, fördert die Altenhilfe und das bürgerschaftliche Engagement. Der Sozialstaat braucht die kritische Einmischung des SoVD, um weiterhin die Lebenssituation vieler Menschen in Hamburg und bundesweit verbessern zu können. Denn es lohnt sich, gemeinsam für eine sozial gerechtere Gesellschaft zu kämpfen, in der sich jede*r frei nach den jeweiligen Möglichkeiten entfalten und verwirklichen kann. Für diese wichtige Aufgabe wünsche ich dem SoVD viel Kraft und Erfolg.

Michael Schröder

Landesgeschäftsführer AWO
Landesverband Hamburg e.V.



weil sie Rentnern, Patienten, behinderten und pflege-dürftigen Menschen eine Stimme gibt. Durch seinen Einsatz für Chancengleichheit, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit leistet der SoVD einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen. Er fördert das solidarische Zusammenleben der Generationen in Deutschland und trägt zu einer gerechten, zukunfts-fähigen Gestaltung unseres Sozialstaates bei. Für mich als Bundestagsabgeordneter ist der SoVD seit Jahren ein wichtiger und verlässlicher Partner in allen Fragen der Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik – in Hamburg wie auch auf Bundesebene. Zum 100-jährigen Jubiläum meine herzlichen Glückwünsche und alles Gute für die Zukunft!

Jürgen Klimke, MdB

Fraktion CDU/CSU



weil der Verband sich für Menschen einsetzt, die es oft nicht leicht haben im Leben. Er gibt so jenen eine starke Stimme, die alleine oft nicht ausreichend gehört würden und hilft ihnen Tag für Tag nicht aufzugeben, Mut zu schöpfen und mit neuer Kraft den Alltag zu meistern. Als Gesellschaft können wir froh sein, dass es Menschen gibt, die sich mit solch unermüdlichem Einsatz engagieren. Ich schätze auch den offenen und konstruktiven Austausch mit dem SoVD, aus dem wir wertvollen Input für unsere parlamentarische Arbeit erhalten. Auch oder vielleicht gerade weil wir in allen Punkten nicht immer einer Meinung sind, ist der Dialog für mich als Politikerin so wertvoll.

Katja Suding

Fraktionsvorsitzende
FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft



weil er sich mit großem Engagement für die sozial Schwachen und Benachteiligten in der Gesellschaft einsetzt. Der SoVD leistet für seine Mitglieder einen wichtigen Beitrag zu Beratung und Orientierung in einem nicht immer einfachen sozialrechtlichen Umfeld. Nicht zuletzt ist er aber auch ein Verband engagierter Mitglieder, die vielfältige Aktivitäten für Jung und Alt organisieren. Der SoVD bietet seinen Mitgliedern deshalb auch als soziale Organisation Rückhalt. Durch seine regelmäßigen politischen Diskussionsrunden, seine Öffentlichkeitsarbeit und auch seine Beteiligung zum Beispiel an Expertenanhörungen im Sozialausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft ist der SoVD eine unverzichtbare und vernehmbare Stimme, wenn es in Hamburg um Sozialpolitik geht.

Dr. Andreas Dressel
Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg



weil er ähnlich wie der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt mit seinem Auftrag immer dicht am Menschen steht. Mit seinem vielfältigen Beratungsangebot und seinen Unterstützungsmöglichkeiten für sozial Schwache, Rentner und Pflegebedürftige leistet der SoVD einen wertvollen Beitrag bei der Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit. Die Überwindung von gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten ist uns ebenfalls ein wichtiges Anliegen, stehen sie doch unserem christlichen Menschenbild in Arbeit und Wirtschaft entgegen. Als kirchlicher Fachdienst fühlen wir uns daher der Arbeit des SoVD verbunden.

Gudrun Nolte-Wacker
M.A. Leiterin Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland



weil er sich seit Jahrzehnten erfolgreich und aktiv für Leistungen zur Verbesserung des Lebens und der Rechte benachteiligter Gruppen einsetzt. Auch als politische Entscheidungsträger können wir auf die kompetente Expertenmeinung und Beratung des SoVD vertrauen. Unter Mitwirkung des SoVD ist unser Sozialsystem an vielen Stellen gerechter geworden. Der SoVD geht an dieser Stelle mit gutem Beispiel voran und wir beglückwünschen Sie dafür sehr.

Dr. Anjes Tjarks
Fraktionsvorsitzender
GRÜNE Bürgerschaftsfraktion Hamburg

Ich schätze die Arbeit des SoVD Hamburg, ...



weil der SoVD stets die Interessen der sozial Schwachen im Blick behält. Wohlfahrts- und Sozialverbände setzen sich unermüdlich für die Bedürfnisse von Menschen ein, die in Altersarmut leben, für Obdachlose, Menschen mit Behinderung, für Kinder- und Jugendliche aus prekären Lebensverhältnissen u.a.m. Diese Gruppen haben sonst kaum eine Stimme, auf die gehört wird, und keine mächtigen Lobbygruppen. Daher spielt das kontinuierliche öffentliche Präsenz des SoVD eine so wichtige Rolle. Er bleibt ein wichtiger Partner im Konzert der Sozial- und Wohlfahrtsverbände in Hamburg zugunsten der Menschen in dieser Stadt, die unsere Hilfe brauchen.

Michael Edele

Stellvertretender Direktor Caritasverband für Hamburg



weil er sich als Anwalt sozial benachteiligter und von Ausgrenzung bedrohter Menschen versteht. Sich für Senioren, Menschen mit geringem Einkommen oder Handicap einzusetzen oder sich für Chancengleichheit von Frauen stark zu machen, verbindet mich als Sprecher für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der Union mit dem SoVD. Gemeinsam haben wir über den richtigen Weg zur Stabilisierung und Weiterentwicklung unseres Sozialstaates bei sich ständig ändernden Koordinaten diskutiert. Ich wünsche mir, dass der SoVD auch in Zukunft politische Entscheidungen kritisch und konstruktiv begleitet und wir gemeinsam um die besten Lösungen für eine soziale Balance in Hamburg und bundesweit ringen.

Marcus Weinberg, MdB
Fraktion CDU/CSU



weil er die Belange der Arbeitnehmer hervorragend vertritt – dank Klaus Wicher gibt es dennoch kaum Berührungspunkte gegenüber unternehmerischen Positionen. Dabei weiß ich als Vorsitzender des VBG-Vorstands sehr genau, dass es nicht immer einfach ist, einen guten Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern zu finden. Mehr als 10 Jahre war Klaus Wicher mein Weggefährte im Berufsbildungsausschuss der Handelskammer. Ein Mann, der sich selbst vor der Diskussion kontroverser Themen nicht scheute. Er hat stets durch eine »faire Brille« geschaut. Ich wünsche dem SoVD und ihrem Landesvorsitzenden nur das Beste – auch wenn ich als Arbeitgebervertreter manches Mal anderes vertritt.

Volker Enkerts

Vorsitzender des Vorstandes
Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG)



weil er seit Jahren beim Thema Pflege der Frage nachgeht, wie wir alle in Würde alt werden können. Der demografische Wandel wird die Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten prägen. Deswegen ist es wichtig, dass der SoVD die Interessen jener Menschen vertritt, die im Alter auf Hilfe angewiesen sein werden. Was muss getan werden, damit Seniorinnen und Senioren sich einen Heimatplatz auch wirklich leisten können? Wie können wir Altersarmut verhindern? Hier bezieht der SoVD Stellung, wenn es darum geht, soziale Gerechtigkeit mit Leben zu füllen. Der Verband beweist, was uns allen Mut machen kann: dass man gemeinsam, mit vereinten Kräften auch den Schwachen in einer Gesellschaft Gehör verschaffen kann.

Metin Hakverdi, MdB
Fraktion SPD



weil wir mit ihm seit 100 Jahren eine sozialpolitische Kraft in der Mitte unserer Gesellschaft besitzen, die nicht nur ein wachsames Auge auf soziale Benachteiligungen hat, sondern sich wirkungsvoll einmischt und mitgestaltet. Die Lebenshilfe Hamburg ist dem SoVD u.a. durch das gemeinsame Ziel, der Stärkung, Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung verbunden. Besonders hervorheben möchte ich das Engagement in den 1960er Jahren, als sich der SoVD für einen Paradigmenwechsel von der diskriminierenden Armenfürsorge zur Schaffung des Bundessozialhilfegesetzes einsetzte. Ich möchte dem SoVD herzlich danken für 100 Jahre couragiertes Auftreten und Einsetzen für soziale Gerechtigkeit.

Axel Graßmann
Landesgeschäftsführer
Lebenshilfe Landesverband
Hamburg



weil der SoVD wichtige sozialpolitische Interessen vertritt und sich beständig für eine gerechte Gesellschaft einsetzt. Teilhabe für alle und insbesondere für Frauen. Das ist ein Ziel, das auch bei uns Grünen ganz oben auf der Agenda steht. Wir wollen Vielfalt fördern und Diskriminierung bekämpfen. Eine soziale Stadtgesellschaft braucht Akteurinnen und Akteure wie den SoVD.

Mareike Engels
Sprecherin für Soziales,
Frauen und Gleichstellung
GRÜNE Bürgerschaftsfraktion
Hamburg

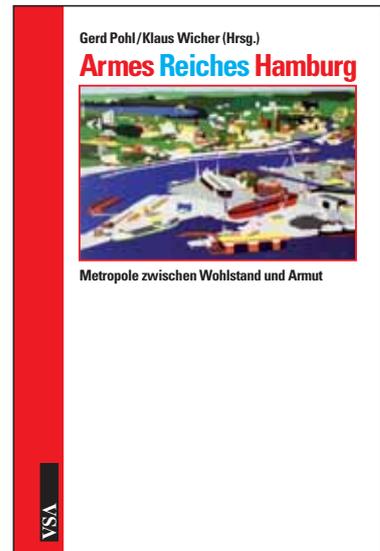
VSA: Mit dem SoVD gegen soziale Spaltung



Klaus Wicher (Hrsg.)
Altersarmut: Schicksal ohne Ausweg?
Was auf uns zukommt, wenn nichts geändert wird | 192 Seiten | EUR 16.80
ISBN 978-3-89965-759-3



Gerd Pohl/Klaus Wicher (Hrsg.)
Hamburg: Gespaltene Stadt?
Soziale Entwicklungen in der Metropole
204 Seiten | EUR 16.80
ISBN 978-3-89965-562-9



Gerd Pohl/Klaus Wicher (Hrsg.)
Armes Reiches Hamburg
Metropole zwischen Wohlstand und Armut | 192 Seiten | EUR 14.80
ISBN 978-3-89965-471-4

Bücher im Buchhandel oder direkt bei
VSA: Verlag Hamburg, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

www.vsa-verlag.de



Rechtsanwaltskanzlei Pukatzki
Eilbeker Weg 86 | 22089 Hamburg | Tel. 040-24 87 44 01
E-Mail: kanzlei@pukatzki.de | www.kanzlei-pukatzki.de



Mit Recht gut beraten.

Arbeitsrecht | Erbrecht | Gesellschaftsrecht | Vereinsrecht | Vertragsrecht

Wir schützen den SoVD Hamburg vor schlechter Werbung.

Gratulation zu 100 Jahren SoVD Hamburg. Und zu 5 Jahren Zusammenarbeit mit wägersworte. Weiter So(VD)!

abcdefghijklmnopqrstuwägerswortexyz
www.waegersworte.de



**Hundert Jahre Schutz vor den Härten des Lebens.
 Wir gratulieren unserem Kooperationspartner zum
 Jubiläum!**

DAK-VRV e.V.

DAK – Versicherten- und Rentnervereinigung seit 1977 bei der
 DAK-Gesundheit und der Deutschen Rentenversicherung



Soziale Härte kann jeden treffen ...

Eine Beratung in einer unserer Geschäftsstellen schützt Sie davor. Denn der SoVD Hamburg hilft seinen Mitgliedern seit 100 Jahren und berät zu allen Fragen des Sozialrechts.

Wir informieren Sie darüber, was Ihnen zusteht und helfen Ihnen bei der Antragstellung und bei Widersprüchen oder Klagen gegen ablehnende Bescheide.

Informieren auch Sie sich in einer unserer Beratungsstellen in Ihrer Nähe:



100 Jahre!

Sozialverband Deutschland.
Eine stolze Leistung!

Wir gratulieren zum Jubiläum.

Meine Bank heißt Haspa.

 **Haspa**
Hamburger Sparkasse